Sind die Deutschen schizophren? Seite 8

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 49 – 11. Dezember 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Nach geschlagener Schlacht
Folgen und Lehren des Streits um Stuttgart 21 – Die SPD als große Verliererin **2**

Preußen / Berlin

Späte Aufarbeitung
20 Jahre nach der Wiedervereinigung bekam Brandenburg nun eigene Stasi-Beauftragte **3**

Hintergrund

Zusatzstoff macht Kuchen geel
Künstliche Hilfsmittel und Zusätze haben Essen und Essgewohnheiten verändert **4**

Deutschland

Abstieg wegen Beliebigkeit
Der CDU droht 2011 eine Serie von Niederlagen, mehrere Ministerpräsidenten wanken **5**

Ausland

Japan in der Falle
Folgen des Perfektionismus: Viel Geld, wenig Kinder **6**

Kultur

Raffinesse der Primitiven
Malerei: Niederländer beeinflussten deutsche Kollegen **9**

Preußen

Wie »Südpreußen« geboren wurde
Die Zweite Teilung Polens **11**



Medwedew besucht Warschau: Gegenüber Russland will Polen eine saubere Aufarbeitung der Vergangenheit. Bild: action press

Zwischen Moskau und Berlin

Polens Geschichtspolitik misst mit zweierlei Maß – Unbehagen erkennbar

Symbolträchtig am selben Tag empfing Polens Präsident Bronislaw Komorowski den russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew in Warschau, während Ministerpräsident Donald Tusk in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über bevorstehende EU-Verhandlungen in Sachen Euro beriet.

Seit Jahrhunderten steht die polnische Außenpolitik im Spannungsfeld zwischen Deutschland (respektive Preußen) im Westen und Russland im Osten. Diese geopolitische Lage war für Warschau seit jeher Herausforderung und Chance zugleich. So war es gewiss kein Zufall, sondern symbolträchtiges diplomatisches Arrangement, dass am Montag dieser Woche die beiden führenden Vertreter des Landes nahezu zeitgleich mit Russland und Deutschland verhandelten.

Zwischen Moskau und Warschau ging es ausdrücklich um einen „Neuanfang" der Beziehungen. Seit acht Jahren hatte kein russischer Präsident mehr Polen besucht, alte und neue Konflikte hatten sich angesammelt. Zu den neuen Streitpunkten gehört Polens überaus US-freundliche Politik der letzten Jahre: Warschau war bereit, US-Abfangraketen auf seinem Staatsgebiet zu stationieren. Es nahm auch in den Konflikten um Georgien und bei der „orangenen" Revolution in der Ukraine eine Position ein, die Moskau als unfreundlich empfand.

> Katyn soll aufgeklärt werden, das Unrecht der Vertreibung nicht

Hinzu kommen historische Lasten. Moskau bestreitet nicht mehr seine Verantwortung für die Massaker von Katyn 1940. Doch Polen drängt auf restlose Aufklärung und Öffnung der Archive und stellt spitze Fragen nach der Verantwortung Russlands für den Einmarsch im Osten Polens ab dem 17. Oktober 1939, bei dem viel polnisches Blut floss. Hier ist Moskau bislang weniger klar als in Sachen „Katyn", was das geschichtsbewusste Polen zu Recht nicht hinnehmen will.

Allerdings zeigt sich genau hier der volle Kontrast des deutsch-polnischen zum deutsch-russischen Verhältnis. Während Moskau noch nicht in vollem Umfang zu seiner Verantwortung aus der Geschichte steht, verfällt Berlin ins andere Extrem. Zur (selten offen ausgesprochenen) Irritation Warschaus übernimmt der deutsche Staat die Verantwortung selbst für solche Untaten, die ihm allenfalls sehr indirekt zuzurechnen sind. Die von Außenminister Joseph Fischer (Grüne) eingeführte Sprachregelung, letzte Ursache der Vertreibung der Deutschen sei Hitlers Angriffskrieg, weswegen darüber nicht weiter zu sprechen sei, kommt vielen älteren Polen gut bekannt vor: So stand es schon in den Geschichtsbüchern der stalinistischen Zeit. Und jeder in Polen wusste, dass es nicht viel wahrer ist als die dort ebenfalls zu lesende deutsche Schuld an Katyn.

Dass nun seit Johannes Rau und Gerhard Schröder auch deutsche Präsidenten und Kanzler so reden, ist für Polen bequem und wird gern genutzt. Geheuer ist es der politischen Klasse Polens, deren moralische Kategorien teilweise stabiler sind als die ihrer deutschen Gesprächspartner, allerdings nicht (siehe Leitartikel und Kommentar Seite 8). *K. B.*

KONRAD BADENHEUER:

Fehlender Mut

Blickt man auf die Gespräche, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und Polens Ministerpräsident Donald Tusk am Montag führten, könnte man meinen, das deutsch-polnische Verhältnis sei wirklich so gut, wie in beiden Hauptstädten penetrant versichert wird: Ohne erkennbare Spannung wurde über die Ostseepipeline und die Zukunft des Euro beraten.

Doch man musste nur einen Blick auf die polnisch-russischen Gespräche am selben Tag werfen, um die Defizite zu erkennen. Warschau engagiert sich gegenüber Moskau für eine Aufarbeitung historischer Belastungen – Stichwort Katyn. Das Land denkt aber gar nicht daran, den Maßstab des allgemeinen Völkerrechts auch gegenüber den deutschen Vertriebenen gelten zu lassen.

Zu Recht erinnerte deswegen der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU, Helmut Sauer, kurz vor Tusks Besuch an das Sonderopfer der Vertriebenen: „Im Rückblick auf das Gedenkjahr 2010 vermissen wir Heimatvertriebenen bei vielen Reden eine ausreichende Würdigung unseres Schicksals und unserer Opferbereitschaft." Altbundeskanzler Helmut Kohl habe diesen Beitrag noch anerkannt, heute werde er verschwiegen. Erst 1990 seien die Oder-Neiße-Gebiete aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der polnischen Souveränität unterstellt worden. „Keine Persönlichkeit des politischen Lebens hatte den Mut, diese historische Tatsache zu erwähnen", bedauert Sauer. Dieses Schweigen zeige „schlechtes Gewissen, Gedankenlosigkeit sowie fehlendes Geschichts- und Unrechtsbewusstsein" auch bei Parteien und staatlichen Organen.

Der »Leuchtturm«

Deutsch-polnisches Geschichtsbuch

Lange haben deutsche Politiker davon geträumt, nun scheint es Wirklichkeit zu werden: Schon im Jahre 2012 soll der erste Band eines gemeinsamen, deutsch-polnischen Geschichtsbuchs für den Schulgebrauch erscheinen. Das neue Werk für die Sekundarstufe I soll in fünf Epochen von der Antike bis zur Gegenwart europäische sowie globale Geschichte aus deutsch-polnischer Perspektive darstellen. Erarbeitet wird das Geschichtsbuch von der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, die bereits 1972 gegründet wurde.

> »Keine Kontroversen« über die Vertreibung

Robert Traba, Vorsitzender des Expertenrats auf polnischer Seite, bekundete seine Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit in der Schulbuchkommission: Selbst das Thema Vertreibung hätte keine Kontroversen ausgelöst. Sein deutscher Gegenpart Michael Müller sagte, das Geschichtsbuch werde deutschen Schülern „helfen, ihren Platz in Europa besser zu begreifen". Die Koordinatorin für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, Staatsministerin Cornelia Pieper (FDP), würdigte das geplante Buch als „Leuchtturmprojekt" (siehe Kommentar Seite 8). *PAZ*

Westerwelle doppelt unter Druck

Auf das Machwerk »Das Amt« hereingefallen – Metzners Verrat sollte ohne Folgen bleiben

Bundesaußenminister Guido Westerwelle ist doppelt in Verlegenheit. Mehr als peinlich für den FDP-Chef ist das katastrophale Echo, das die 880-seitige Auftragsarbeit „Das Amt" über das Auswärtige Amt in der NS-Zeit unter Experten gefunden hat. Angesehene Historiker bescheinigen dem Werk „massive Fehler", „Oberflächlichkeit", „bodenlose Passagen", „Unkenntnis oder Ignoranz der Aktenlage", berichtet der „Spiegel". Der Mainzer Historiker Sönke Neitzel hält dem Hauptautor, Eckart Conze, gar „Geschichtspornographie" vor, weil er – wie dem Auftraggeber Joschka Fischer sichtlich willkommen und genehm – dem AA in der NS-Zeit bescheinigt hatte, es sei eine „verbrecherische Organisation" gewesen.

Dass die vier Autoren Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann mit dieser Arbeit für den resozialisierten Linksextremisten Joschka Fischer ihren wissenschaftlichen Ruf ramponiert haben, ist das eine. Das andere ist, dass Westerwelle das Buch ohne Not öffentlich gelobt hat: Es werde künftig ein fester Bestandteil der Ausbildung deutscher Diplomaten sein, erklärte er, machte es zur Pflichtlektüre für die Auslandsvertretungen und ordnete in einem Runderlass an, dass Botschaften Bilder von verstorbenen Diplomaten, die in dem Buch kritisiert werden, abhängen müssen.

> Mehr als großzügig mit dem »Maulwurf« Helmut Metzner

Kaum weniger heikel für den FDP-Chef: Ausgerechnet sein Büroleiter Helmut Metzner war der „Maulwurf", der im Herbst 2009 höchst vertrauliche Interna aus den Koalitionsverhandlungen „brühwarm" der US-Botschaft überbracht hatte – unter anderem das Drängen Westerwelles, die USA sollten ihre letzten Atomwaffen aus Deutschland abziehen. Den USA war klar, wie sensibel diese Informationen waren, denn sie nannten Metzner in ihren Akten nicht beim Namen, sondern in bester Geheimdienstmanier nur „Quelle". Zwar hat Metzner, ein „verpartnerter" Homosexueller wie der FDP-Chef, seine Stelle als dessen Büroleiter verloren. Doch weitere Konsequenzen will Westerwelle nicht ziehen, und zunächst sogar überhaupt keine. Die Kritik an diesem Verhalten ist massiv. Wie eine Kampfansage wirkte die Erklärung des FDP-Politikers Lars Lindemann, es sei für ihn „nicht vorstellbar", dass Metzner etwas getan habe, was nicht „mit der Parteiführung abgestimmt war". Zu Deutsch: Westerwelle soll die Durchstechereien gewollt haben. *K. B.*

MELDUNGEN

Restitution mit Nebenwirkung

Moskau – Präsident Dmitrij Medwedew hat das Gesetz über die „Übertragung von Grundbesitz mit religiöser Bedeutung an die Russisch-Orthodoxe Kirche" unterzeichnet, am 3. Dezember trat es in Kraft. Im Kern besagt es, dass der russische Staat den seit 1917 enteigneten Besitz der Russisch-Orthodoxen Kirche zurückgibt. In Ostpreußen und in Karelien läuft die „Rückgabe" indes oft auf eine neuerliche Enteigung ehemals evangelischer oder katholischer Gotteshäuser hinaus, was auch von russischer Seite kritisiert wird (die *PAZ* berichtete). Forderungen an Medwedew, das Gesetz an die Sondersituation im Königsberger Gebiet anzupassen, blieben unberücksichtigt. Patriarch Kyrill dankte Medwedew. Mit dem Gesetz sei „die Gerechtigkeit wiederhergestellt worden". *MRK*

Palästina wird anerkannt

Tel Aviv – In Israel reagiert man mit Erschütterung auf die Bekanntgabe Brasiliens, Argentiniens und Uruguays, einen „freien und unabhängigen" Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 anzuerkennen. Damit reagieren die südamerikanischen Staaten auf die Bitte von Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas. Der argentinische Außenminister Hector Timerman machte kein Geheimnis daraus, dass es das Ziel sei, auf diese Weise Druck auf Israel auszuüben. Mit der Anerkennung wolle man das Interesse an einem Gelingen des Friedensprozesses bekunden, nachdem die Ziele der Oslo-Verträge verfehlt worden seien, was nach fast zwei Jahrzehnten tiefe „Frustrationen" verursacht habe. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Fehlplanung

Nach dem World Conference Center Bonn lässt ein weiteres Prestige-Projekt das Land Nordrhein-Westfalen ächzen: Die Baukosten des Landesarchivs in Duisburg sind von 30 Millionen offenbar nicht ganz zufällig auf über 140 Millionen Euro explodiert. Der Fall hat inzwischen die Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen, die im Auftrag der neuen rot-grünen Landesregierung auch prüfen soll, inwieweit der Duisburger Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU), der in diesem Jahr schon durch Fehlplanungen bei der Loveparade in die Kritik geraten war, Geheimnisverrat begangen habe. Angeblich soll er den zuständigen Projektentwickler in die Pläne des Landes eingeweiht haben, woraufhin dieser rasch das vorgesehene Grundstück günstig für 3,85 Millionen Euro erworben hat. Später aber habe dieser es dann zusammen mit dem Verzicht auf den Mietvertrag und seine Dienstleistung für 29,9 Millionen Euro an das Land verkauft. Der Mietvertrag war an die Baukosten gekoppelt und somit inzwischen von 3,8 Millionen auf über elf Millionen Jahresmiete explodiert. *Bel*

1.709.643.650.875 €

Vorwoche: 1.708.083.788.852 €
Verschuldung pro Kopf: 20 913 €
Vorwoche: 20 894 €

(Dienstag, 7. Dezember 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Schwarz-grüner Kuppler

Folgen der S21-Schlichtung: Die SPD hat spät erkannt, dass sie die große Verliererin ist – Heikle Folgen

Nachdem sich der Pulverdampf verzogen hat: Was sind die Lehren des Streits um Stuttgart 21? Die Umsetzung des Schlichterspruchs kann teuer werden, dennoch sind die Befürworter des Vorhabens politisch eindeutig die Gewinner der Schlichtung. Größter Verlierer sind nicht etwa die Grünen, sondern die SPD, die in dieser Frage nun völlig im Abseits steht.

In einem Punkt ist der Schlichterspruch von Heiner Geißler sonnenklar: Eine „nachgeschobene" Volksabstimmung – nach vollzogenen Parlamentsbeschlüssen und Gerichtsurteilen – kann es nicht geben. Obwohl dieser Teil seiner Empfehlung am wenigsten überraschend gekommen ist, hat sich die SPD ausgerechnet an diesem Punkt festgebissen. Noch zu Anfang dieser Woche erklärte ihr Bundestags-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, angesichts der Massenproteste brauche das Projekt eine „zusätzliche Legitimation": „Die Volksbefragung zum Bau des Bahnhofs bleibt auf dem Tisch."

Beobachter aller Seiten in Berlin und Stuttgart rätseln, wieso Steinmeier sich ausgerechnet auf diese unwahrscheinlichste aller Varianten versteift hat, zumal der letzte „Massenprotest" nur noch von einem Häuflein von 3000 Bahnhofsgegnern getragen wurde. Die wohl einzige Erklärung: Nachdem die SPD bereits einmal in der S21-Frage eine Kehrtwende hingelegt hat – vom „Ja" zum „Jein mit Volksabstimmung", wäre ein zweiter Positionswechsel schlicht unmöglich.

Dass nicht etwa die Grünen, sondern die SPD die ganz große Verliererin des Tauziehens in Stuttgart ist, wurde vielen Sozialdemokraten erst nach einigen Tagen klar. Zwar machten die Grünen in der Öffentlichkeit zunächst lange Gesichter angesichts des bedingten „Ja" Geißlers zum unterirdischen Bahnhof in Stuttgart. Doch auf den zweiten Blick hatte das Ergebnis auch für sie seine guten Seiten. Angesichts der erheblichen Kostensteigerungen, die Geißlers Nachbesserungsforderung bedeuten, können die Grünen sogar inhaltlich mit dem Schlichterspruch durchaus argumentieren. Vor allem aber: Der Ökopartei wäre wohl – gerade nach einem Wahlerfolg im März 2011 – angesichts der eindeutigen Rechtslage gar nichts anderes übrig geblieben, als den Bahnhof weiterbauen zu lassen. Da ist es doch komfortabler, wenn nicht etwa ein erträumter grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann, sondern der CDU-Veteran Geißler der Überbringer dieser, aus Sicht der grünen Anhängerschaft schlechten Nachricht ist.

So sieht man es unterdessen auch bei der SPD. „Die Aussagen von Heiner Geißler machen klar, dass er nicht nur als Schlichter unterwegs war, sondern sich auch noch als schwarz-grüner Kuppler verstanden hat", fauchte SPD-Landeschef Nils Schmid zu Wochenbeginn. Der zweite Herausforderer von Ministerpräsident Mappus nannte Geißler denn auch einen „Paartherapeuten" für die „schwarz-grüne Beziehung".

Jeder in Stuttgart und Berlin weiß, dass CDU und Grüne weiterhin als Koalitionspartner füreinander in Frage kommen, seit Ende November sogar mehr als zuvor. Kretschmann hat auf einem Landesparteitag ausdrücklich vor „Ausschließeritis" mit Blick auf die CDU gewarnt. Mappus seinerseits hat schwarz-grünen Ideen zwar eine schroffe Absage erteilt, aber eben nicht wirklich „Nein" gesagt: „Die Grünen sind Populisten und fallen gerade zurück in ihre Vergangenheit als Protestpartei", erklärte Mappus. Mit so jemandem könne man Baden-Württemberg nicht regieren. So entschlossen das klingt: Mappus schließt ein Bündnis damit nicht aus – denn vielleicht „muss" er ja mit den Grünen regieren, falls einfach das Wahlergebnis nichts anderes mehr zulässt.

Nur noch 24 Prozent wollen die Landtage entscheiden lassen

Jenseits der Parteitaktik hat die Schlichtung auch das Meinungsbild zu S21 bedeutend verändert: Waren vorher noch 47 Prozent gegen Stuttgart21, so sind es jetzt nur noch 43 Prozent. Die Zahl der Befürworter dagegen stieg von 37 auf ebenfalls 43 Prozent. Nur elf Prozent der befragten Baden-Württemberger sehen die Bahnhofsgegner als Sieger der Schlichtung, und vor allem: Vor der Schlichtung fühlten sich nur 25 Prozent genügend informiert, jetzt sind es 48 Prozent.

Auch die Parteipräferenzen haben sich verändert: Anfang Oktober, auf dem Höhepunkt der Hysterie und unter dem Eindruck des harten Polizeieinsatzes vom 30. September stand die CDU bei 34 Prozent, die Grünen bei 32 Prozent. Aktuell kann die CDU auf 39 Prozent hoffen, während die Grünen bei etwa 27 Prozent liegen. Die SPD krebst unterdessen bei rund 18 Prozent. Der Politologe Frank Brettschneider erwartet jetzt ein weiteres Abflauen der Proteste: „Die Kritiker lassen sich für Demonstrationen nicht mehr so leicht mobilisieren." Die Menschen fühlten sich nun besser informiert, zumal die Bahn „auf Druck Geißlers einiges an Daten" habe zugänglich machen müssen.

Apropos Daten: Natürlich versuchen die Beteiligten längst, den Schlichterspruch weitestmöglich in ihrem Sinne zu interpretieren. Die CDU will das Votum erklärtermaßen akzeptieren, rechnet aber dennoch die Mehrkosten klein und vermeidet in diesem heiklen Punkt letzte Festlegungen.

Damit ist ein sensibler Punkt berührt, der ans „Eingemachte" der Demokratie geht: Das Budgetrecht der gewählten Parlamente. Faktisch war die Folge der Schlichtung in Stuttgart nämlich die, dass Heiner Geißler ohne echtes demokratisches Mandat Wünsche auflisten konnte, die dann nach Lage der Dinge erfüllt werden mussten. Das empfohlene „Umtopfen" alter Bäume ist hier eher ein Kuriosum, aber richtig teuer wären die beiden zusätzlichen Gleise, die Geißler ebenfalls empfiehlt.

An dieser Stelle beginnt ein Grundsatzproblem: Selbst wenn Geißler inhaltlich Recht hätte, werden hier die ureigenen Rechte des Landtags, aber auch Gerichtsurteile im Grunde offen in Frage gestellt. Das Thema könnte bald zurückkehren: Umfragen ergaben 74 Prozent Zustimmung zu weiteren Schlichtungsverfahren bei Großprojekten. Nur noch 24 Prozent der Bürger wollen die Landtage über solche Projekte entscheiden lassen, 72 Prozent bevorzugen Volksabstimmungen. Die Schweiz zeigt, dass dabei sehr vernünftige Ergebnisse erzielbar sind. Andernfalls allerdings droht eine weitere „Talkshowisierung" der Politik. *Konrad Badenheuer*



Nur Gegner oder auch Partner? Stefan Mappus (CDU) und Winfried Kretschmann (Grüne), (v.l.) Bild: pa

Das Ende aller Diskretion

Wikileaks und die Folgen – Neue »sicherheitsrelevante« Liste

Wer steckt hinter Wikileaks? China? Oder Al-Kaida? Oder gar beide? Die Vorstellung, die fernöstlichen staatsmonopolkapitalistischen Kommunisten könnten sich des islamistischen Terrorismus als „bewaffneter Arm" bedienen, ist furchterregend, aber keineswegs völlig abartig.

Schon die Veröffentlichung der 250 000 Dokumente aus dem US-Außenministerium hatte den Verdacht nahegelegt, dass die Internet-Enthüllungsplattform vorrangig die schwächelnde Führungsmacht der westlichen Welt im Visier hat. So war (worauf in dieser Zeitung bereits hingewiesen wurde) aufgefallen, dass chinesische Diplomaten offenbar die weltweit einzigen sind, über die nichts Ehrenrühriges oder zumindest Banal-Lächerliches zu berichten ist.

Die Ankündigung, als nächstes den internen Schriftverkehr einer amerikanischen Großbank ins Netz zu stellen, stärkt den Verdacht, dass hier unter dem Deckmantel der „Transparenz" knallharte Machtpolitik betrieben wird. Und auf der selben Linie bewegt sich auch die Liste, die nun – unangekündigt – auf den noch verbliebenen Wikileaks-Server für erneute Unruhe sorgt: eine umfangreiche Auflistung „sicherheitsrelevanter" Einrichtungen der Industrie und der Verkehrsinfrastruktur. Zum Teil sind sie direkt – etwa über Kapitalbeteiligungen – mit amerikanischen Interessen verknüpft, zum Teil tangieren sie zumindest indirekt die globalen politischen, finanziellen und militärischen Interessen der USA.

Auch Einrichtungen in Deutschland geraten ins Visier

Auch eine Reihe deutscher Firmen und Einrichtungen findent sich auf dieser Liste. Dabei handelt es sich keineswegs nur um den Bereich der Rüstungsindustrie. Deutsche Pharma- und Chemiekonzerne gelten in Washington ebenso als „sicherheitsrelevant" wie mittelständische Tüftler, die sich auf dem Weltmarkt spezielle Nischen erarbeitet haben.

Für Al-Kaida, Taliban und andere der US-dominierten westlichen Welt nicht wohlgesonnene Netzwerke dürfte ein Großteil dieser neuen Veröffentlichung nicht neu sein. Zumindest aber können sie ihre eigenen Listen lohnenswerter Anschlagsziele abgleichen und aktualisieren – alles frei Haus geliefert von Wikileaks.

Aus deutscher Sicht könnte nicht nur die Auflistung einheimischer Einrichtungen „sicherheitsrelevant" werden, sondern möglicherweise auch der Bericht des US-Botschafters über ein „Erpressungsangebot", mit dem die Bundesregierung angeblich Israel zu einer Umkehr in seiner Siedlungspolitik bewegen wollte.

Wie diese „Enthüllung" im Nahen Osten aufgenommen wird, lässt sich noch nicht abschätzen. Ansonsten aber kann Berlin mit den amerikanischen Botschafter-Berichten entspannt umgehen: Sie enthalten überwiegend aus Pressequellen zusammengestückelte Banalitäten, die eher peinlich denn politisch brisant sind. Die eigentliche Gefahr liegt darin, dass Wikileak einen bedenklichen Trend des privaten und gesellschaftlichen Lebens auf die internationale Politik überträgt: die systematische Aufhebung aller Diskretions- und Schamgrenzen. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Wahl ohne Wähler

Demokratie-Debakel in Ägypten

Viele waren aufgerufen, aber wenige haben gewählt – denn von den 29 Millionen wahlberechtigten Ägyptern gingen bei der zweiten Runde der Parlamentswahlen letzten Sonntag selbst nach offiziellen Angaben „deutlich weniger" als bei der ersten Runde eine Woche davor zu den Urnen. Damals waren es offiziell 35 Prozent, nach Angaben der Opposition und ausländischer Beobachter aber höchstens 15 Prozent. Macht ohnehin keinen Unterschied, denn schon beim ersten Mal waren fast ausschließlich Parteigänger von Präsident Hosni Mubarak gewählt worden, während die traditionelle liberale Wafd-Partei nur zwei Sitze erhielt, und die bisher mit 88 Abgeordneten vertretene Muslim-Bruderschaft völlig leer ausging. Beide Oppositionsparteien hatten daher – so wie der Nobelpreisträger und prominenteste Regime-Kritiker Mohammed el-Baradei bereits vor der ersten Runde – zum Boykott der zweiten Runde aufgerufen.

Tatsächlich macht die Abwicklung der Wahlen das Ergebnis gänzlich wertlos: Die Zensur war verschärft worden, private Sender wurden geschlossen, massenhaft wurden Oppositionelle, vor allem Muslimbrüder, verhaftet, und zahlreiche Bewerber wurden gar nicht als Kandidaten zugelassen. An den Wahltagen waren im aufmüpfigen Alexandria ganze Wahlbezirke vom Urnengang ausgeschlossen, vielfach wurden Personen selbst mit gültiger Eintragung in den Wählerlisten nicht zugelassen oder durch Schlägertrupps vom Wahllokal ferngehalten, Stimmzettel und mit Sicherheit auch Auszählungen wurden gefälscht.

Aufmüpfige Wahlbezirke ausgeschlossen

Unter den Wikileaks-Veröffentlichungen findet sich übrigens auch ein Dokument, in dem Mubarak mit der Aussage zitiert wird, dass „jeder in der Region große Angst vor einem Atomstaat Iran" habe und dass Ägypten allenfalls selbst über eine Atombewaffnung „nachdenken" würde. Das glaubt er wohl nicht einmal selber, aber er weiß eben, wie man die sonst so auf Demokratie versessenen USA davon überzeugen muss, dass man ein verlässlicher Verbündeter ist. *R. G. Kerschhofer*

Berlin – ein Adventsmärchen

Von Vera Lengsfeld

Die Berliner Weihnachtsmärkte präsentieren sich in diesem Jahr voll und schön wie nie.

Der frühe Wintereinbruch hat die Stadt in schalldämpfende weiße Watte gehüllt. Immer mal wieder rieselt leise der Schnee. Das schmückt die Weihnachtsmärkte auf besondere Weise. In Mitte sind sie so dicht beieinander, dass man von einem zum andern schlendern kann:

Vom Gendarmenmarkt zum Opernpalais, von dort zum Fernsehturm, schließlich zum Alexanderplatz und wieder zurück, weil's so schön war. Wer nicht laufen mag, kann eine der Pferdekutschen besteigen, die aus dem 19. Jahrhundert zu stammen scheinen und den Parcours in dicke Decken gehüllt absolvieren.

Überall das gleiche Bild: Die fröhliche Menge drängt sich zwischen den Ständen, belagert die Glühwein-, und Bratwurstbuden. Der Andrang ist so groß, dass man warten muss, ehe das begehrte Getränk genossen oder der Appetit gestillt werden kann.

An den Wochentagen verwandeln in den frühen Abendstunden die Beamten des Regierungsviertels die Stehtische der Buden im Schatten der preußischen Prachtbauten in eine riesige „After-Work-Party“. Am Wochenende dominieren die Familien mit ihren großen und kleinen Kindern, die alle auf ihre Kosten kommen, auf dem Karussell, der Geisterbahn, dem Riesenrad. Von hoch oben sieht die verschneite Stadt am schönsten aus. Der Wechsel von einem Riesenrad zum anderen bringt immer neue Ausblicke.

Ist etwas anders als sonst? Ja, nicht nur der Schnee dämpft die Geräusche, sondern die Beschallung der vergangenen Jahre fehlt. Schuld sind die hohen Gebühren, die von der GEMA für die Weihnachtsmusik verlangt werden. So kommen der Leierkastenmann oder die Sänger von Weihnachtsliedern besser zur Geltung. Das erhöht ihren Verdienst und ist gut für die weihnachtliche Stimmung.

War da nicht noch was? Ach ja, kurz vor Beginn der Adventszeit gab unser Innenminister de Maizière eine Terrorwarnung heraus. Deutschland sei ins Visier der Islamisten geraten. Der Reichstag und die Weihnachtsmärkte wurden als mögliche Anschlagsziele genannt.

Die Politiker ließen sofort Bewaffnete rund um den Reichstag aufziehen und die Reichstagskuppel schließen.

Das Volk demonstriert Gelassenheit und zeigt mit seiner Präsenz, dass es sich der Hysterie seiner Politiker nicht anzuschließen gedenkt. Wie gut!

Die verspätete Aufarbeitung

Erst 20 Jahre nach der Vereinigung bekam Brandenburg nun eine eigene Stasi-Beauftragte



Schwieriges Pflaster: Dort, wo Täter und Opfer der DDR-Staatssicherheit Tür an Tür leben, muss Ulrike Poppe (vorn r.) nun die Vergangenheit aufarbeiten. Da sie mit beiden Seiten gut zusammenarbeiten will und muss, möchte sie sich auch von keiner Seite vereinnahmen lassen.

Bild: pa

In Brandenburg, wo seit gut einem Jahr Rot-Rot regiert, hat Ulrike Poppe als erste Stasi-Beauftragte im März dieses Jahres den Dienst angetreten. Stolz verweist sie schon jetzt auf erste kleine Erfolge.

Ulrike Poppe (57) war als Bürgerrechtlerin in der DDR inhaftiert. Seit März ist sie „Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD)“ in Brandenburg. Ähnlich lang wie der offizielle Titel ist die Liste ihrer Aufgaben. „In Brandenburg gibt es offenbar mehr Nachholbedarf bezüglich der Aufarbeitung der DDR-Geschichte als in den anderen neuen Bundesländern“, so Poppe. Ganze 20 Jahre haben sich SPD wie Linkspartei gegen die Einsetzung einer „Stasi-Beauftragten“ gesperrt.

Aufgabe und Begriff „Stasi-Beauftragte“ sind in den meisten neuen Ländern inzwischen fester Bestandteil staatlichen Umgangs mit der Vergangenheit, auf Bundesebene wurden viele Erkenntnisse gewonnen – nicht so in Brandenburg. Poppe hört die Kurzform nicht gern. Wenn, dann passe „Aufarbeitungs-Beauftragten“ besser, sagt sie. Die Ausgangslage: Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) setzt sich seit dem Start der rot-roten Koalition für eine „Versöhnung“ mit der Linkspartei und den für die DDR-Vergangenheit Verantwortlichen ein. In Brandenburgs Landtag sitzen gleich mehrere Abgeordnete, die auf verschiedene Weise für die Stasi gespitzelt haben. Platzeck ging die aktuelle Koalition mit der Linkspartei 2009 trotzdem ein. So verwundert es nicht, dass Poppe zum Auftakt ihrer Arbeit Forderungen stellte: sieben Mitarbeiter, Dienstsitz im Zentrum Potsdams und Unabhängigkeit.

Seit dem Zusammenbruch der DDR habe sich in der Mark wenig in Sachen Aufarbeitung von SED-Unrecht getan, kritisieren Opferverbände. „In Brandenburg ist es eine verspätete Institution“, kommentierte die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) die Berufung Poppes. Es war die CDU, die gegen Ende der Großen Koalition im Juli vergangenen Jahres das Amt durchsetzte.

> Stasi-Beauftragte wurde noch von der CDU durchgesetzt

„Ich habe bisher eher gute Erfahrungen mit der Fraktion gemacht“, sagt Poppe zur Linkspartei. „Nach meinem Eindruck ist seitens der Politik inzwischen die Bemühung erkennbar, bisher Versäumtes nachzuholen.“ Nachholbedarf gibt es viel, besonders an den Schulen, wo die Stasi und die SED lange kaum Thema waren. Seit Poppes Amtsantritt zeigen sich positive Entwicklungen: „In den Rahmen-Lehrplänen sind in letzter Zeit Veränderungen aufgenommen worden, die ein intensiveres Befassen mit DDR-Geschichte ermöglichen“, so Poppe. Die einst selbst mit „Zersetzungsmaßnahmen“ des DDR-Geheimdienstes Belegte hat sich ein umfassendes Ziel gesetzt: „Es kommt darauf an, mit einer differenzierten Aufarbeitung der DDR-Geschichte das Wesen einer Diktatur zu beschreiben, einschließlich des systembedingten Unrechts.“ Als Maßstab für die Bewertung des politischen Systems müssten dabei die Menschenrechte gelten. Von einem „Unrechtsstaat“ will sie indes nicht sprechen – dies sei „unfruchtbar“. Sie sagt stattdessen: „Da sich die kommunistische Herrschaft nur durch permanente Verletzung von Grundrechten halten konnte, gehörte staatliches Unrecht zu ihrem politischen Programm.“ Seit Ende November ist Poppe ihrem Ziel der Aufarbeitung etwas näher. Eine vom Landtag berufene Kommission zur Überprüfung von Abgeordneten auf ihre Stasi-Vergangenheit kann jetzt mit der Arbeit beginnen. „Alle Unterlagen und Stellungnahmen der Betroffenen liegen vor“, stellt die neue Beauftragte zufrieden fest.

Es bleibt ein später Start. Die bisherige Überprüfung gilt in vieler Hinsicht als unbefriedigend und unvollständig. Entsprechend groß sind die Erwartungen an die ruhige Rostockerin. Poppe reist viel, hält Vorträge, sucht den Kontakt zu den Bürgern und spricht von einem „breiten Interesse an DDR-Themen“. Abwehr herrsche nur „gegen oberflächliche Pauschalisierungen“. Sie begegnet diesen mit dem Hinweis, „dass es auch vielfältige Formen der Verweigerung und der Opposition gab, dass trotz des repressiven Systems viele Menschen ein durchaus integeres Leben gelebt haben“. Auf einer Vortragsreihe „Brandenburgs Weg zur Demokratie“ im Oktober sprach sie sich dafür aus, neben der offiziellen Geschichte die Empfindungen der Menschen nicht zu kurz kommen zu lassen, und nannte die Erfahrungen der Grenzstreifen-Anwohner und die Ohnmacht nach dem Mauerbau.

Derzeit beraten zwei Mitarbeiter ihrer Behörde Opfer der Diktatur „und haben sehr viel zu tun“, so die Landesbeauftragte. Schon in den ersten Wochen meldeten sich Hunderte bei ihr – „Menschen, die Unterstützung in ihrem Rehabilitierungsverfahren erwarten, die Haftentschädigung oder Ausgleichzahlungen beanspruchen, die versuchen, ihr zu DDR-Zeiten entwendetes Eigentum zurückzuerhalten oder psychosoziale Hilfen brauchen“.

Neben den Anliegen der Opfer von DDR-Unrecht ist sie auch mit alten Seilschaften konfrontiert: Stasi-Täter, die sich öffentlich zu ihren Taten bekennen, gebe es zwar, aber nicht viele. „Ich habe gehört, dass ehemalige Angehörige der Stasi unter Druck gesetzt werden, wenn die Gefahr gesehen wird, dass sie von ihrer damaligen Tätigkeit berichten“, so Poppe. Sie setzt dem gern ihr Motto entgegen: „Letztlich können Beziehungen nur Bestand haben, die auf Wahrheit aufbauen.“

Sverre Gutschmidt

So nicht gemeint

Grünen-Politiker durch Wikileaks in Nöten

Enthüllungen von Wikileaks im Internet setzen die US-Außenpolitik unter Druck, allen voran US-Botschafter Philip Murphy. Die aus seinem Haus öffentlich gewordenen Einschätzungen gehen auch hart mit Berlins Landespolitik ins Gericht. Drei bei Wikileaks veröffentlichte Berichte befassen sich direkt mit der Lokalpolitik: „The state of Berlin leaves much to be desired“, heißt es da – Berlin lässt viel zu wünschen übrig.

Es sind Lageeinschätzungen, viele auf der Basis offizieller Gespräche zwischen Diplomaten und Berliner Politikern. Özcan Mutlu, Grüner im Abgeordnetenhaus, sprach 2006 auf einem Wahlempfang mit einem US-Diplomaten und sagt jetzt: „Ich bin irritiert und verärgert, dass ein solches Gespräch nach Washington geht.“ Ihm wird zugeschrieben, 2006 ein rot-grünes Bündnis als „anstrengender“ für die SPD gesehen zu haben. Die USA interessierten sich demnach dafür, dass Mutlu eine Mehrheit von sieben bis acht Abgeordnetenhaus-Mandaten für nötig hielt – wegen der grünen Flügelkämpfe und Unwägbarkeiten. Öffentlich lobt Mutlu nun die Meinungsvielfalt seiner Partei. Die Grünen seien „finanziell gemäßigter“ und allgemein „vorzeigbarer“ als die Linkspartei, meldete die Botschaft, doch Berliner Grüne stünden „weit links im grünen Spektrum“.

> »Flügelkämpfe« werden zu »Meinungsvielfalt«

Die Spree-SPD beobachtet die USA besonders kritisch – wegen der Verbindungen zur Linkspartei. Linksparteiler seien „neo communists“, notierten Diplomaten nach Washington. Insgesamt maß die Botschaft Berlin und den dortigen Wahlen 2006 wenig Bedeutung für den Bund bei.

SV

Säugling in Sippenhaft

Eltern zu rechts: Präsident Wulff sollte auf Patenschaft verzichten

Alle sind aufgefordert, für ein Klima zu sorgen, in dem Kinder demokratisch erzogen werden“, erklärte Bundespräsident Christian Wulff, als er am Mittwoch vergangener Woche die Ehrenpatenschaft für ein Neugeborenes im mecklenburgischen Lalendorf bei Güstrow übernahm. Lalendorfs Bürgermeister Reinhard Knaack (Linke) hatte sich geweigert, die Urkunde und die dem Kind vom Bundespräsidenten zugedachten 500 Euro zu überbringen.

Der Postkommunist begründet seine Weigerung mit der seiner Ansicht nach rechtsradikalen Gesinnung der Eltern: „Das hätte ich nicht mit meiner politischen Grundhaltung vereinbaren können.“ Rasch formierte sich eine geschlossene Front von Linker, SPD, CDU und FDP gegen die siebenfachen Eltern. Der SPD-Fraktionschef im Landtag, Norbert Nieszery, forderte Wulff auf, die Patenschaft zurückzuziehen und „ein Zeichen für unsere Demokratie“ zu setzen. Patenschaft und Prämie gehen jedem siebten Kind einer Familie zu.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für den Lalendorfer Fall geht offenbar auf einen Artikel der Journalisten Andrea Röpke und Andreas Speit zurück, die in der „taz“ von einer „rechtsradikalen Familie“ berichteten, die „seit Jahren in der rechten Szene aktiv“ und zuvor in der inzwischen verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ tätig gewesen sei.

> Linke-Politiker wollte Prämie für siebtes Kind nicht übergeben

Petra Müller, die junge Mutter, räumt Kontakte zu den angegebenen Organisationen ein. Allerdings seien weder ihr Mann noch sie bei der NPD. Weder Röpke noch Knaack hätten sie persönlich zu den Vorwürfen befragt, beklagte sich die 37-Jährige.

Rainer Becker, Schweriner Landesvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe, kritisierte die Kampagne. „Ein Neugeborenes für seine Eltern auch nur mittelbar haftbar zu machen, erinnert an die sogenannte Sippenhaft, die in der Geschichte eher den Nationalsozialisten zuzuordnen ist.“ Bei aller Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit nationalsozialistischem Gedankengut dürfe man Menschen nicht ausgrenzen. Man müsse sich nicht zu ihren Freunden machen, „aber wir sollten uns daran erinnern, dass sie trotzdem Menschen bleiben“.

Landessozialministerin Manuela Schwesig (SPD) kritisierte Wulff. Dieser hätte sich klarer von der Gesinnung der Eltern distanziert müssen. Als die Eltern von Knaack wissen wollten, wie ihr Fall in die Presse gelangt sei, wollte sich der Linke-Politiker dazu nicht äußern.

Hans Lody

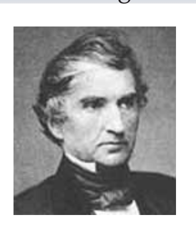
DPolG klagt gegen Berlin

Berliner Polizeibeamte sollen ab dem nächsten Jahr ein Namensschild an ihrer Uniform tragen. Nur Beamten in geschlossenen Einheiten profitieren von einer Sonderregel: Die bisherige vierstellige Rückenkennung auf den Einsatzanzügen wird um eine Zahl ergänzt. Personalratschef Karl-Heinz Droppmann kritisiert den Entschluss scharf: „Nummern hängt man an Schweine, aber nicht an Menschen.“ Polizeipräsident Dieter Glietsch drohte hingegen, eine Weigerung, das Namens- oder Nummernschild zu tragen, „kann ein Dienstvergehen darstellen und disziplinarisch geahndet werden“.

Dazu wird es aber vielleicht gar nicht kommen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) im Deutschen Beamtenbund bereitet zwei Musterklagen vor. Landesvorsitzender Bodo Pfalzgraf erklärte, hierzu sollten stellvertretend eine Polizistin und ein Polizist klagen. Die Gewerkschaft der Polizei im DGB (GdP) prüft die Angelegenheit hingegen noch.

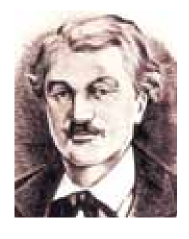
H.L.

Zeitzeugen



Justus Freiherr von Liebig – Der Chemiker wurde am 12. Mai 1803 als Sohn eines Drogisten und Farbenhändlers in Darmstadt geboren. Die an Cholera erkrankte Tochter eines Freundes brachte Liebig dazu, ein „Fleischinfusium" zu entwickeln. Menschen mit schweren Magen- und Darmleiden sollten mithilfe dieser Infusion vor dem Tod bewahrt werden. Er war es auch, der Backpulver erfand, um von der leicht verderblichen Hefe unabhängig zu sein.

Johann Heinrich Grünberg – Der Koch lebte von 1819 bis 1872 in Berlin. Er erfand 1866 das erste Fertiggericht, die Erbswurst, mit dem die Truppenernährung im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 gesichert wurde. Er verkaufte sein Fertiggericht an den preußischen Staat und produzierte in seiner Konservenfabrik bis zu 65 Tonnen Erbswurst pro Tag.



Hippolyte Mège-Mouriès – Der Chemiker, am 24. Oktober 1817 in Daguignan geboren, entwickelte im Auftrag der französischen Regierung unter Napoleon III. einen Butterersatz. Mit diesem Ersatz sollte das Militär kostengünstig versorgt werden, da er günstiger in der Herstellung und zudem länger haltbar war. Dieses Streichfett, bekannt geworden unter dem Namen Margarine, verkaufte der französische Chemiker 1871 an die niederländische Firma Jurgens, die später in der Unilever aufging.

Julius Michael Maggi – Der Gründer der Firma Maggi (1846–1912) erfand 1886 die Maggi-Würze. Seitdem gilt er als einer der Pioniere der industriellen Lebensmittelproduktion. Maggi war das jüngste von fünf Kindern eines italienischen Einwanderers aus der Lombardei. Er warb geschickt für seine Produkte, sodass die Handelsmarke Maggi bald weltweit bekannt war.



Constantin Fahlberg – Nach einem Chemie- und Physikstudium an der Polytechnischen Schule in Moskau führt der Weg des 1850 Geborenen zur Erforschung der Rohrzuckerproduktion nach Mittel- und Südamerika. 1878 habilitierte er sich an der Johns Hopkins Universität in Baltimore, wo er am Chemischen Institut Zucker-Analysen durchführte und bei Untersuchungreihen an Verbindungen aus Steinkohlenteer den Zuckeraustauschstoff Saccharin entdeckte.

Zusatzstoff macht Kuchen geel

Künstliche Hilfsmittel und Zusätze haben Essen und Essgewohnheiten verändert

Gerade die Leckereien zur Weihnachtszeit enthalten so manchen Zusatzstoff, der eigentlich eher den Appetit verdirbt – so wir denn wissen, um welchen es sich handelt.

„In der Weihnachtsbäckerei gibt es manche Leckerei ...", singt Rolf Zuckowski in dem berühmten Weihnachtskinderlied. Bestimmt hat er damit nicht folgende Zutaten gemeint: Sorbit, Mono- und Diglycerin, Guakernmehl, Pektin, Citronensäure, Lecithine, Natriumhydrogen- und Kaliumcarbonate, Aroma oder Ammoniumhydrogencarbonat. Man könnte auch sagen: E 420, E 472e, E 412, E 410, E 440, E 330, E 322 ... Trotzdem freut man sich auf Weihnachten mit seinen vielen Leckereien wie Lebkuchen, Spekulatius, Stollen und Dominosteinen, deren Zutatenlisten diese Zusatzstoffe führen. E-Stoffe, derzeit 318 Einzelstoffe, sind vom Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) (siehe Kasten) genehmigte Stoffe, die zur technologischen Herstellung eingesetzt werden. Für jeden E-Stoff gibt es auch einen ADI-Wert, der besagt, wie viel ein Mensch täglich verzehren darf, ohne seiner Gesundheit zu schaden. Aromen und Enzyme hingegen sind gesetzlich keine Zusatzstoffe. Ergo sind auch keine ADI-Werte für diese Zusatzstoffe ausgerechnet, was der Industrie erlaubt, beliebig große Mengen zu verwenden.

Über Aromen gelangen gewöhnlich in geringer Menge zahlreiche weitere Zusatzstoffe wie Lösungsmittel, Trägerstoffe, Streck-mittel, Antioxidantien oder Konservierungsmittel in die Nahrung. Vanillin wurde jahrzehntelang Säuglings- und Kleinkindernahrung zugesetzt, um Kinder an den Geschmack zu gewöhnen – eine sogenannte „Futterprägung".

> Ein Schimmelpilz, der Citronensäure und Gips produziert

Aspergilus niger lautet der Name des Schimmelpilzes, den manch einer aus der Dusche kennt. Kleine schwarze Flecken, die sich in Fugen bilden. Aus diesem Schimmelpilz wird industriell Citronensäure und zum gleichen Teil Gips produziert. Wer ein Aroma genießen möchte, das aus dem gemacht ist, nach dem es schmeckt, sollte auf das Wort „Extrakt" achten.

Vielfach herrscht eine Panikmache gegenüber Zusatzstoffen, sie seien gesundheitsschädlich, sie befördern Allergien. Es laufen Tests dazu, doch zu jeder Studie gibt es Gegenstudien. „Problematisch wird es, wenn die Untersuchungen von der herstellenden Industrie durchgeführt werden", so Dilyana Madanska, Ökotrophologiestudentin und Angestellte im Zusatzstoffemuseum in Hamburg.

Dass Sorbit (E 420) in hoher Dosierung Durchfall hervorrufen kann, weiß man. Dass aber Mono- und Diglyceride bei Tierversuchen Nieren- und Herzschäden hervorgerufen haben, ist weniger bekannt. Emulgatoren verändern die Durchlässigkeit von Membranen und damit auch die Darmoberfläche, sogar Zellen können sie auflösen. Damit einher geht eine erhöhte Durchlässigkeit von allergieauslösenden Nahrungsbestandteilen, dabei ist eine Deklaration in den meisten Fällen nicht erforderlich. Der regelmäßige Verzehr von Phosphor, nicht nur in colahaltigen Getränken, sondern auch in Schmelzkäse und Gefrierpommes, steht in Verdacht, Osteoporose zu fördern, weil Phosphat mit Calcium reagiert und dieses aus dem Knochen herauslösen kann. „Jeder einzelne E-Stoff wird überprüft, aber die Kombinationen unterschiedlicher Zusatzstoffe werden nur in vereinzelten Studien analysiert", so Madanska. In dieser Wissenslücke verbirgt sich jedoch eine Gefahr, weil eben nicht bekannt ist, wie Stoffe miteinander in einem Organismus wirken. Ein Rat: Essen Sie bewusst und genießen Sie Saisonprodukte direkt vom Erzeuger. Und sollten Sie sich über schöne rote, gewachste Äpfel freuen, es ist Schellack (E 904). *C. Rinser*



Lieber Selberbacken als Fertigplätzchen mit Kunstaroma kaufen?: Bei Aromen unterscheidet man zwischen natürlich, naturidentisch und künstlich. Die natürlichen Aromen haben eine tierische und pflanzliche Herkunft und werden beispielsweise aus Schimmelpilzen oder Sägespänen hergestellt. Natürliches Himbeeraroma wird aus Zedernholzspänen produziert. Naturidentisches Vanillin wird aus einer Sulfit-Ablauge hergestellt, die bei der Zellstoffgewinnung anfällt, oder es wird aus Erdöl synthetisiert.

Foto: pa

Was sind Zusatzstoffe?

Nach Paragraph 2 Absatz 3 des Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) sind Lebensmittelzusatzstoffe alle Stoffe, die überwiegend zu technologischen Zwecken eingesetzt werden. Solche Zwecke können vor allem Verbesserung von Verarbeitungseigenschaften, zum Beispiel Streich-, Fließ- oder Backfähigkeiten, die Veränderung der chemischen Eigenschaften wie das Oxidationsverhalten, Stabilisierung, Homogenisierung oder Verlängerung der Haltbarkeit, aber auch die Veränderung der sensorischen Eigenschaften wie Farbe und Konsistenz sein.

Gewürze, Aromen, Vitamine oder andere natürliche oder naturidentische Stoffe, die den Nährwert, den Geruch oder Geschmack des Lebensmittels verändern sollen, gehören rechtlich jedoch zu den Zutaten und nicht zu den umstrittenen Zusatzstoffen. Allerdings werden sie gemeinhin auch als Zusatzstoff verstanden. Wird beispielsweise Ascorbinsäure als Antioxidans eingesetzt, muss es als Zusatzstoff deklariert werden, soll es hingegen den Vitamingehalt eines Produktes erhöhen, gilt es als Zutat.

> Leichtere Verarbeitung, erhöhte Haltbarkeit

Zu den Zusatzstoffen zählen im Allgemeinen Farbstoffe, Konservierungsstoffe, Verdickungsmittel, Antioxidantien, Säuerungsmittel und Säureregulatoren, Süßstoffe und Zuckeraustauschstoffe, Trägerstoffe und Trägerlösemittel, Geschmacksverstärker, Trennmittel und Nahrungsergänzungsmittel. *C.R.*

Weitere Informationen: Deutsches Zusatzstoffmuseum, Auf der Brandshofer Schleuse, Grossmarkt, Tor Ost, 20097 Hamburg, geöffnet mittwochs, freitags, sonnabends und sonntags von 11 bis 17 Uhr und donnerstags von 14 bis 20 Uhr. Eintritt: 3,50/1,50 Euro

Gründe fürs Reinheitsgebot

Kleine Geschichte der Zusatzstoffe – Der letzte Schrei: Nano-Silikate

Zusatzstoffe sollen dem Menschen helfen, seine Lebensmittel haltbarer, besser verwertbar oder schöner zu machen. Folglich verwundert es nicht, dass Zusatzstoffe bereits 3500 v. Chr. im alten Ägypten verwendet wurden. Mit Farbstoffen wurden Lebensmittel appetitlicher und Salz konservierte den Fisch. Um 700 vor unserer Zeitrechnung begann die „Panscherei" mit Wein, ein Harzzusatz verlängerte die Haltbarkeit, Gewürze, Marmor, Kalk und Muschelschalen klärten und entsäuerten, Bleizucker (Bleiacetat) süßte den Wein, was eine gängige Methode noch bis ins 19. Jahrhundert gewesen ist, und schädigte das zentrale Nervensystem.

1156 gab Kaiser Barbarossa der Stadt Augsburg eine neue Rechtsordnung, in der das Bierpanschen unter Strafe gestellt wurde. Der bayerische Herzog Wilhelm IV. beschloss 1516 das Reinheitsgebot für Bier, nach dem nur noch Gerstenmalz, Hopfen und Wasser verwendet werden durften. Zuvor war Malz durch günstigere Rohstoffe wie Stärkezucker oder Weizenmehl ersetzt worden, Hopfen durch giftige Bitterstoffe, unter anderem Strychnin, Wermut. Anschließend kam die Süße durch Süßholz, und Glycerin machte das Bier wieder vollmundig. Die Beimischung giftiger Pflanzen wie Bilsenkraut oder Stechapfel sorgte für den Rausch.

Im 16. Jahrhundert wurde Natron für die Brotherstellung entdeckt. Seit 1500 wird aus tierischem Dung Salpeter hergestellt, der als Pökelsalz für Fleisch Verwendung findet, wodurch die Wurst länger hält und besser schmeckt.

> Vieles ist nützlich, weniges giftig, anderes nur ekelhaft

Im 18. Jahrhundert wurde Gelatine aus Knochen, Knorpeln und anderen Abfallprodukten gewonnen. In Frankreich wurde 1742 verordnet, dass Lebensmittel ausschließlich mit ungiftigen Pflanzenteilen gefärbt werden durften. Preußen verbot 1797 die Verwendung von arsen-, blei-, quecksilber- und antimonhaltigen Farben in Lebensmitteln und Spielzeug. Bis dahin waren diese Stoffe in Konfekt, Bonbons und Backwaren enthalten.

1847 stellte Justus Freiherr von Liebig das erste Fleischextrakt her. Das erste Fertiggericht wurde 1866 vom Berliner Koch Johann Heinrich Grünberg erfunden, die Erbswurst. Wilhelm Haarmann und Ferdinand Tiemann synthetisierten 1873 Vanillin. Die Lebensmittelkonservierung durch Salicyl- und Benzoesäure gelang 1875. Am 14. Mai 1879 wurde das erste deutsche Nahrungsmittelgesetz erlassen. Julius Maggi löste 1886 Bohnenmehl in Salzsäure auf und erhielt ein Imitat von Liebigs Fleischextrakt.

1969 wurde in Japan Glutaminsäure als Geschmacksverstärker verwendet. Nach der Entdeckung synthetischer Emulgatoren (1919) wurde 1938 das Buttergelb verboten, weil dieser Azofarbstoff als krebserregend eingestuft wurde. 1950 wurde in den USA die chemische Mehlbleichung verboten, nachdem Haustiere daran gestorben waren. 1965 begann das Zeitalter der Enzyme mit Knud Aunstrups Schimmelpilzentdeckung, den er zur Herstellung pflanzlichen Labs nutzte, um Milch dickzulegen. Und 2005 kamen die ersten Nano-Silikate zur Regulierung der Fließgeschwindigkeit von Ketchup zum Einsatz. *C.R.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3216**

Abstieg wegen Beliebigkeit

Im Jahr 2011 droht der CDU eine Serie von Niederlagen – Mehrere Ministerpräsidenten könnten fallen

Nicht nur der schlechte Start in die schwarz-gelbe Koalition in Berlin beschert der CDU schlechte Umfragewerte. Auch mehrere Spitzenkandidaten auf Landesebene können mangels Profil und Programm nicht überzeugen.

Nach dem Platzen der schwarz-grünen Koalition in Hamburg stehen in den kommenden 15 Monaten nicht nur sieben, sondern acht Landtagswahlen an. Und wenn sich die aktuelle Stimmungslage nicht durchgreifend verändert, müssen dann die CDU-Landesväter von Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt (siehe Seite 24), Schleswig-Holstein und Hamburg ihre Posten räumen. Umgekehrt können sich in Berlin oder Rheinland-Pfalz Christdemokraten kaum die Hoffnung auf eine Regierungsübernahme machen.

Besonders der Bruch der schwarz-grünen Koalition in Hamburg kommt für die CDU-Führung um Angela Merkel definitiv zur Unzeit. Die Hamburger Bürgerschaftswahl am 20. Februar liegt einen Monat vor der wegweisenden Wahl im einstigen Musterländle, wo die CDU seit 57 Jahren regiert. Eine Niederlage im hohen Norden könnte eine Kettenreaktion auslösen, befürchten Parteistrategen.

Ähnlich wie die Sozialdemokraten scheinen die Christdemokraten ihren Status als Volkspartei zu verlieren. Spötter sprechen bereits von der „Volkspartei en miniature“, wenn man zwar „das ganze Volk vertreten“ will, wie Sigmar Gabriel (SPD) unlängst verkündete, aber nur ein Viertel der Wählerstimmen erringen kann.

Für die Christdemokratie dramatisiert sich die Lage, weil ihr die Koalitionspartner ausgehen. Die besonders vom neuen Parteivize Norbert Röttgen favorisierte schwarz-grüne Option löste sich an der Elbe in Nichts auf. Die Selbstverleugnung in vielen Sachfragen – bei beiden Koalitionspartner an der Elbe – geht offenbar zu Lasten der CDU. Die Grünen scheinen trotz ihrer krachenden Niederlage bei der Volksabstimmung über die Schulpolitik im letzten Sommer eindeutig die Profiteure zu sein. Sie befinden sich nach neuesten Umfragen mit 20 Prozent auf einem Höhenflug, während die CDU zwischen 22 und 28 Prozent (nach 42 Prozent bei der letzten Bürgerschaftswahl) krebst.

Fast als Drohung erschien daher vielen hanseatischen Christdemokraten das Angebot des ehemaligen Bürgermeisters Ole von Beust, aktiv in den bevorstehenden Wahlkampf einzugreifen. Beust war es schließlich, der selbst vor einem Bündnis mit der hanseatischen Linkspartei nicht zurückschreckte und nicht nur damit die eigene Wählerschaft vor den Kopf gestoßen hat. Sein Nachfolger Christoph Ahlhaus gilt als zwar fähiger, aber uncharismatischer Verwaltungsfachmann. Ein Koalitionspartner ist derzeit für ihn nirgends in Sicht, da die FDP unter fünf Prozent gehandelt wird.

Ein Hauch von »Tea Party« in Deutschland?

Im Ausland werden für das heraufziehende Desaster bei den Landtagswahlen vor allen Dingen die Freien Demokraten verantwortlich gemacht. Die „Neue Zürcher Zeitung“ warf der FDP-Führung unter Außenminister Guido Westerwelle katastrophale Fehler seit der schwarz-gelben Regierungsübernahme in Berlin vor. Dazu zähle die Übernahme des Entwicklungshilfeministeriums, das man einst abschaffen wollte. Ebenso der Außenminister, der im Ausland wenig Respekt genieße, wie jüngst die amerikanischen Botschafts-Depeschen zeigten. Hinzu kämen die nicht eingelösten und vielleicht auch nicht einlösbaren Wahlversprechen von „mehr Netto vom Brutto“ und einem neuen Gesundheitssystem.



Wenig überzeugend: Selbst bei der Eröffnung des historischen Hamburger Weihnachtsmarktes vermittelte der 41-jährige Christoph Ahlhaus (CDU) nicht gerade den Eindruck von Siegesgewissheit. Bild: ddp images

Die Schweizer Analytiker halten jedoch auch die CDU-Führung für einen Teil des Problems. Obwohl sich Angela Merkel in letzter Zeit entschlossener gebe, wisse keiner so recht, wo die CDU wirklich stehe. Die Bundeskanzlerin verkünde zwar das Ende von „Multikulti“, aber der christdemokratische Bundespräsident Christian Wulff werbe weiter für eine „bunte Republik Deutschland“. Das alles sorge bei bürgerlichen, konservativen und christlichen Wählern für Verunsicherung und führe zur Stimmenthaltung.

Der ehemalige Chefredakteur der „Bild“-Zeitung, Hans-Hermann Tiedje, meinte, die CDU sei gerade dabei sich selber wegen „von oben verordneter Beliebigkeit abzuschaffen“. Mit der Frauenquote und der Problematik der „Metro-Menschen“ seien keine Wahlen zu gewinnen.

Alle derzeitigen Prognosen könnten allerdings schnell Makulatur werden, wenn Bewegungen jenseits der etablierten Parteien Wahlerfolge erringen könnten. Ein „Hauch von Tea-Party“ wehe durch Deutschland, meinte Tiedje. In Hamburg werden den bei der Volksbefragung siegreichen Schulreformgegnern zehn bis 20 Prozent der Wählerstimmen zugetraut. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

»Mini-Sarrazin« ärgert die SPD

Magdeburg – Eine Art Mini-Sarrazin macht der SPD im Landtagswahlkampf von Sachsen-Anhalt Kummer. Hans Püschel, immerhin seit 17 Jahren Bürgermeister, hatte nach einem Besuch des NPD-Parteitags in einem Leserbrief viel Lob für die Rechtsaußen geäußert – fast wie auf einem SPD-Parteitag habe er sich gefühlt. Nach einer Anhörung, bei der Püschel offenbar „zurückruderte“, wollte die SPD es zunächst bei einer Rüge belassen. Doch die Hoffnung, den peinlichen Vorgang damit loszusein, trog. Püschel erklärte inzwischen, nicht die NPD gefährde den Rechtsstaat, sondern die Parteien der Mitte, die sich nicht um Probleme wie etwa die demografische Entwicklung kümmerten. Jetzt soll der „Westentaschen-Sarrazin“ doch aus der Partei ausgeschlossen werden, was aber ein nicht risikoloses Verfahren erfordert. Der Spott der Konkurrenz ist der SPD schon sicher. *PAZ*

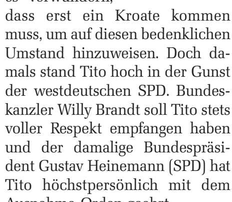
SPD: Streitpunkt Kindergeld

Berlin – Wenige Wochen vor ihrer kurzen Auszeit wegen der Geburt ihres ersten Kindes versucht SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, Ruhe in ihre Partei zu bekommen. Doch der linke wie der rechte Parteiflügel fordern sie heraus, indem sie die Kürzung des Kindergeldes zugunsten des raschen Ausbaus von Kinderbetreuung und Ganztagsschulen verlangen. „Das höchste Maß an Gerechtigkeit erreichen wir nicht durch höhere Transfers, sondern durch den Ausbau der sozialen Infrastruktur“, so Garrelt Duin, Sprecher des „konservativen“ Seeheimer Kreises in der SPD. Björn Böhning, Sprecher der SPD-Linken, schließt sich Duin an. Und auch der hessische SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel stellt steile Forderungen: Er wünscht einen Spitzensteuersatz von 60 Prozent. *Bel*

Mörder, nicht Held

De Maizière soll Tito Orden aberkennen

Seit Anfang Dezember liegt Innenminister Thomas de Maizière (CDU) der Antrag des Kroaten Gojko Bosnjak vor, dem ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Josip Broz Tito den höchsten deutschen Orden, die Sonderstufe des Großkreuzes, postum abzuerkennen. Angesichts all dessen, was in den letzten Jahren über den ehemaligen Partisanenführer und Kommunisten Tito bekannt wurde und bei der Verleihung 1974 auch bereits bekannt war, mag es verwundern, dass erst ein Kroate kommen muss, um auf diesen bedenklichen Umstand hinzuweisen. Doch damals stand Tito hoch in der Gunst der westdeutschen SPD. Bundeskanzler Willy Brandt soll Tito stets voller Respekt empfangen haben und der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann (SPD) hat Tito höchstpersönlich mit dem Ausnahme-Orden geehrt.



Voller Respekt füreinander: Tito (l.) und Willy Brandt Bild: pa

Doch neben den bekannten Massakern mit Zehntausenden Toten, für die Tito die Verantwortung trägt, und zahlreichen Vertreibungsverbrechen hat de Maizière auch urdeutsche Gründe, um Bosnjaks Wunsch zu entsprechen. So liegen der Bundesanwaltschaft zahlreiche Hinweise zu 22 Morden an Exilkroaten der Jahre 1970 bis 1989 vor, die vom Geheimdienst SDS des 1980 verstorbenen Präsidenten in Auftrag gegeben wurden. Einige Morde soll Tito sogar persönlich angeordnet haben. Doch bis heute wurden weder die Täter noch ihre Auftraggeber bestraft. Zwar liegt beispielsweise ein Haftbefehl gegen Josip Perkovic vor, der im Auftrag des SDS Regimegegner im Exil eliminieren ließ, aber Zagreb liefert den im Ruhestand lebenden ehemaligen Berater des kroatischen Verteidigungsministers, dessen Sohn Alexander Sicherheitsberater des sozialdemokratischen Präsidenten Ivo Josipovic ist, nicht aus.

Eine Aberkennung des deutschen Ordens könnte ein Zeichen für die Opfer und ihre Angehörigen, aber auch eines an Zagreb sein. *Bel*

Zensus 2011 läuft langsam an

Bundesländer sind unterschiedlich weit mit den Vorbereitungen zur »Volkszählung«

Die Stimme der Beamtin spiegelt Unzufriedenheit wider. „Wir wissen leider auch noch nichts Genaues“, sagt die in ihrer Stadt für die Umsetzung des Zensus 2011 Zuständige und betont, dass sie selber gern schon in Anzeigen nach Interviewern für die Volksbefragung suchen würde, aber die übergeordnete Stelle habe noch keine Informationen rausgegeben. Doch auch dort wartet man auf Informationen aus dem Statistischen Landesamt für Hamburg und Schleswig-Holstein. Auf Anfrage geben die Nordlichter zu, dass andere Bundesländer bei den Vorbereitungen für den Zensus schon weiter seien.

In vielen südlichen Landkreisen werden bereits in den Lokalzeitungen Interviewer gesucht. Sie sollen volljährig sein, zuverlässig und verschwiegen, so die allgemeine Vorgabe. Bayern setzt auch ein gepflegtes Äußeres und gute Deutschkenntnisse voraus. Dort hat man auch schon die Vorabbefragung an ausgewählte private Wohnungseigentümer rausgeschickt, betont aber, dass die Hessen und die Thüringer noch schneller bei der Erledigung der Aufgabe gewesen seien, die im Rahmen der von der Europäischen Union aufgenötigten Volkszählung anfielen. Allerdings heißt diese erste Volkszählung seit der Wiedervereinigung nicht Volkszählung, sondern Mikrozensus, was auch daran liegt, dass bundesweit nur etwa jeder zehnte Haushalt befragt wird, nur bei den Immobilienbesitzern findet eine Totalbefragung statt. Und außerdem sind da noch die historischen Erfahrungen, die vor dem Wort Volkszählung zurückschrecken lassen. Bei der letzten von 1987 hatte es Jahre vorher Proteste gegeben. Bisher sind in Karlsruhe aber nur zwei Verfassungsbeschwerden deswegen eingegangen, eine davon wurde bereits kurz und knapp als „ungenügend begründet“ abgeschmettert.

Angst vor Bürgerprotest scheint unbegründet

Schon bei der Ausarbeitung der Fragen haben sich die zuständigen Berater und die Politik sehr zurückgenommen. Bereits die Frage, ob ein oder beide Elternteile erst nach 1955 in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind, war nur schwer durchzusetzen, galt sie doch als zu „speziell“. Die Frage, welche Sprache im jeweiligen Haushalt gesprochen wird, wurde auch prompt abgelehnt. Dabei wäre es durchaus sinnvoll gewesen, wenn man in Deutschland zu derartigen Themen verlässlichere Statistiken statt nur Schätzungen besäße. Zumal die Ängste vor Widerstand offenbar nicht begründet sind. Zumindest bis jetzt reagieren Bürger und Medien mit Desinteresse auf die am 9. Mai 2011 beginnende Volksbefragung. Was vielleicht auch daran liegt, dass viele denken, sie seien nicht betroffen. So werden in Ballungszentren nur knapp fünf Prozent der Bevölkerung befragt, in ländlichen Gebieten bis zu 15 Prozent.

Während man sich in Bayern schon über die ersten Rückläufer der Vorabbefragung bei Wohneigentümern freuen kann und die von Meldeämtern vorab weitergeleiteten Daten aktualisiert, beispielsweise weil eine als Wohnimmobilie gemeldete Immobilie inzwischen als Zahnarztpraxis, also als Gewerbeimmobilie, geführt wird, will man in Hamburg und Schleswig-Holstein im Januar mit der Aussendung der Bögen beginnen. Im Mai soll dann bundesweit der Fragenkatalog an 17,5 Millionen Immobilienbesitzer rausgeschickt werden. Auch die Suche nach Interviewern beginnt im Norden im Januar, wobei das knapp wird, denn eigentlich sollten ab März bereits die Schulungen laufen. Vom 9. Mai bis Ende Juli sollen die Interviewer dann zu den ihnen zugeteilten Adressen gehen und die Interviews starten.

Während der Ablauf des Zensus von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich organisiert wird – es soll sogar unterschiedliche Bußgeldverfahren für Verweigerer geben –, ist die Bezahlung der Interviewer bundesweit einheitlich: 7,50 Euro pro erfolgreich durchgeführtem Interview. Da die Tätigkeit ehrenamtlich ist, ist ein Betrag von 2100 Euro steuerfrei. Da aber Terminplanung, Anfahrt und Gespräche von den Interviewern selbst organisiert werden müssen und teilweise viel Zeit in Anspruch nehmen werden, dürfte ein sehr geringer Stundenlohn herauskommen.

Sollten sich nicht überall genügend Interviewer melden, so plant man in Bayern, wo man insgesamt 16 000 bis 20 000 Freiwillige benötigt, schon die Wahlhelfer zu rekrutieren. Ende 2012 sollen dann die Ergebnisse des Zensus vorliegen, damit Behörden bedarfsgerechter planen können. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Spannungen in Elfenbeinküste

Abidjan – Der Erzbischof von Bouaké, eine Stadt im Zentrum der Elfenbeinküste, ruft Christen und Moslems zur Ruhe auf. Er fürchtet religiöse Unruhen, nachdem sich der mit 54,1 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervorgegangene Oppositionsführer Alassane Ouattara und Amtsinhaber Laurent Gbagbo beide zum Präsidenten haben vereidigen lassen. Ouattara ist ein gemäßigter Moslem, Gbagbo ein Christ. Erst 2007 war der Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste beendet worden, der neben religiösen und ethnischen Ursachen auch rein machtpolitische Gründe hatte. *Bel*

Kopfgeld auf eine Christin

Islamabad – In Pakistan haben sich die Todesdrohungen gegen eine wegen angeblicher Gotteslästerung zum Tode verurteilte Christin verschärft. Nachdem bereits islamische Extremisten mit der Ermordung der 45-jährigen Asia Bibi gedroht hatten, hat ein Imam eine Kopfprämie von umgerechnet knapp 5000 Euro auf sie ausgesetzt. Pakistans Minderheitenminister Shahbaz Bhatti verurteilte den Mordaufruf scharf. Der Christ hält Bibi für unschuldig und unterstützt ein Gnadengesuch an Staatspräsident Asif Ali Zardari. Das Oberste Gericht hat jedoch eine Begnadigung untersagt, solange der Fall nicht abgeschlossen sei. Bibis Verteidiger fechten das Todesurteil juristisch an, das am 8. November in Lahore ergangen war. Weil ihr Leben auch hinter Gittern in Gefahr war, wurde sie Ende November aus dem Gefängnis von Sheikupura entlassen. Sie hält sich nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte mit ihrem Ehemann und ihren elf und 13 Jahre alten Töchtern im Untergrund auf. *idea*

Japan in der demographischen Falle

Hohe Lebenserwartung, wenig Geburten: Der Perfektionismus einer reichen Gesellschaft belastet die Familie

Im einstigen asiatischen Wirtschaftswunderland zählt Fleiß zwar bis heute zu den großen Tugenden, doch der Familiensinn wurde vom Indivdualismus abgelöst. Die ökonomischen Folgen belasten die Gesellschaft nun schwer.

Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 85,5 Jahren (für den Jahrgang 2007) ist nicht nur die Lebensführung der meisten Japaner einigermaßen vorbildlich. Auch die Sozial- und Gesundheitspolitik muss einiges richtiger machen als die der meisten anderen Industriestaaten mit einem ähnlichen Entwicklungsstand und einer wesentlich geringeren Lebenserwartung, die andernorts für vermeidbares frühes Leiden und Siechtum, reduzierte Lebenschancen, das Unglück der betroffenen Familien und den Ausfall produktiver Arbeiter verantwortlich ist.

Dabei ist Japan kein umfassender Wohlfahrtsstaat. Die Hypothese liegt deshalb nahe, dass die verbliebenen Härten gegenüber arbeitsfähigen Arbeitslosen und die weitgehende Verweigerung von Frührenten gerade die Vitalität und den Lebenswillen vor allem der Männer, die sich primär über den Beruf definieren, stärkt – während in Europa ein arbeitsloses Mindesteinkommen und ein erodiertes Selbstwertgefühl diese schädigen.

Soziales Denken, das nationaler Solidarität entsprang, war der paternalistischen Denkart der Meiji-Reformer nicht fremd. Schon früh wurden staatliche Hilfen für alleinstehende Arme, Altersrenten für Kriegsinvalide und Waisenrenten für Hinterbliebene eingeführt. Seit 1911 gibt es Entschädigungszahlungen für die Opfer unverschuldeter Arbeitsunfälle. 1922 begann man mit einer gesetzlichen Krankenversicherung für Arbeiter in Industrie und Bergbau, die 1936 auf Bauern, Selbständige und Rentner ausgeweitet wurde.

Im Prinzip deckt das gesellschaftliche Sicherungssystem alle großen Lebensrisiken im Fall von Krankheiten, Alter, Arbeitslosigkeit, beruflichen Unfällen und Pflegebedürftigkeit ab. Dabei setzt das japanische Modell stärker als Europa auf die Selbstverantwortung sowie auf die Solidarität der Familie und örtlichen Gemeinschaft. Obwohl es gegenüber dem Alter relativ großzügig ist, bleibt die Unterstützung bei Sozialhilfefällen und Arbeitslosigkeit bewusst minimalistisch, auch um die „Europäische Krankheit" demotivierender Sozialstaatsabhängigkeit zu vermeiden. Trotz wiederholter Versuche zur Ausgabenbegrenzung und finanzieller Mitbeteiligungen an den Krankheitskosten leiden die Sozialversicherungssysteme weiter an chronischen Defiziten.

Mit über 1800 betrieblichen Krankenkassen sind die Qualitätsunterschiede der Deckungen beträchtlich. Mit Abstand am besten sind jene der Großbetriebe und des öffentlichen Dienstes für ihre Beschäftigten und deren Familienangehörigen. Es folgt die Pflichtversicherung, in der Klein- und Mittelbetriebe ihre Angestellten und Arbeiter versichern müssen. Die Krankenhäuser selbst leisten in der Regel nur die medizinische Betreuung. Für die Nahrung und die Hygiene des Patienten müssen die Angehörigen in der Regel selbst sorgen. Doch werden angesichts der Beengtheit der häuslichen Lebensverhältnisse kränkelnde ältere Verwandte auch aus geringeren Anlässen in Spitälern deponiert, so dass die Verweildauer dort im internationalen Vergleich sehr lang ist. Das staatliche Gesundheitssystem gilt als chronisch unterfinanziert. Allein die Ausgaben für Ältere machen mehr als ein Drittel aus.

Kinderwunsch und Ehe spielen eine immer kleinere Rolle

Trotz jener kritischen Anmerkungen sollten die Errungenschaften der japanischen Gesundheitspolitik, die höchste Lebenserwartung und eine der geringsten Säuglingssterberaten der Welt, nicht unerwähnt bleiben. So leben in Japan mehr als 40000 Hundertjährige (2009). Im Jahre 2050 soll es deren bereits nahezu eine Million geben.

Ab 2003 begann man sich der Familienpolitik zuzuwenden, indem man in sinnig benannten „Angel Plans" Elternurlaube einführte, Firmen dazu aufrief, kinderkompatible Arbeitsplätze und Laufbahnregeln einzurichten und mehr Krippenplätze einzurichten. Bei einer Geburtenrate von 1,25 pro Frau verpufften diese halbherzigen Maßnahme vorhersehbar. Zwar sind finanzielle Anreize ab und einschließlich der Geburt, die Schaffung einer kinderfreundlichen Umgebung, die ausreichende Bereitstellung ganztägiger Krippen und die Geschlechtergleichstellung am Arbeitsplatz mit der Nichtdiskriminierung der Mütter, längst überfällig und sinnvoll, doch ist möglicherweise der anti-familiale Wertewandel der jüngeren Generation soweit fortgeschritten, dass diese Maßnahmen, so sie je energisch umgesetzt werden sollten, schlicht zu spät kommen.

So wird der Ehe- und Kinderwunsch unter jungen Frauen rapide zum Minderheitenprogramm. Je besser ihre Ausbildung und ihr Gehalt, desto höher sind für sie die Opportunitätskosten des Kinderkriegens und der Laufbahnunterbrechung. Der Arbeitsplatz gilt als wertvoller denn die Erziehungs- und Hausarbeit. Oft als Einzelkinder mit reduzierten sozialen Erfahrungen und Kommunikationsmöglichkeiten großgeworden, fehlt es ihnen schlicht an Selbstvertrauen, den eigenen Nachwuchs großziehen zu können, zumal sie sich selbst der Erwartung ausgesetzt sehen, möglicherweise die eigenen Eltern und Großeltern als einziger Erbe und Familiennachfolger pflegen zu müssen.

Vielen jungen Erwachsenen fehlen angesichts vermeintlich mangelnder sozioökonomischer Attraktivität ohnehin die Ehepartner sowie die Finanzen zur Familiengründung. Japan stellt so ein ebenso interessantes wie tragisches Paradox dar. Obwohl die Gesellschaft so reich ist wie nie zuvor in ihrer Geschichte, fühlt sie sich aus materiellen Motiven zum Aussterben verurteilt. Erlebte Sozialisationsmuster bestärken den Trend. Es ist der rigide Perfektionismus seines konformismus- und wettbewerbsorientierten Erziehungswesens, der sozialen Norm der in ihren Kindern erfolgreichen „education mama", der in ihren Töchtern den dringenden Wunsch weckt, sich den ganzen nervtötenden und unbedankten Aufwand zu schenken. Sie sind aber gleichzeitig auch zu ich-schwach und konformistisch, um sich der Kindererziehung unkonventionell und lebensfreudiger zu nähern und sie ohne Leistungsstress durchzuziehen. So begründet sich absurderweise finis Nipponiae.

Albrecht Rothacher



Steinige Zukunft: In Japan werden nur 1,25 Kinder pro Frau geboren. Bild: plainpicture

Zwangsrasur für »Terroristen«

Länder in Mittelasien kämpfen erfolglos gegen den Islamismus

In Mittelasien wächst die Zahl radikaler Islam-Anhänger. Vor allem unter Jugendlichen ist das Tragen von Kopftüchern, traditioneller hochgeschlossener Kleidung und langen Bärten wieder in Mode. Koranschulen und Moscheen haben immer mehr Zulauf. Ob in den Industriegebieten Turkmeniens, im armen Kirgisien oder in der konfliktreichen Region des usbekischen Fergana-Tals: Überall bilden sich radikale Zellen.

Die Regierungen der betroffenen Länder suchen nach Wegen, die religiösen Fanatiker aufzuhalten. Ein Verbot des Hidschab, des arabischen Kopftuchs, die Schließung von Moscheen und sogar die Kontrolle der Bartlänge durch die Polizei vor islamischen Einrichtungen zählen zu den eilends getroffenen, aber kaum wirksamen Maßnahmen. Die Zahl radikaler Islamisten steigt dennoch.

In Atyrau, mitten im Herzen der ölreichen Kaspi-Region, wurde eine Gruppe Studentinnen von der staatlichen Universität entfernt, weil sie sich weigerten, auf dem Campus die Kopftücher abzulegen und keine „Scharia-typische" Kleidung zu tragen. Sie wurden von der Polizei als Gefahr für die Sicherheit eingestuft. Kasachstan, dank der großen Öl- und Uranvorkommen eines der am weitesten entwickelten Länder der Region, hat vor allem in westlichen Regionen Probleme mit Radikalen. Beobachter führen diese Entwicklung auf die starken regionalen Ungleichgewichte im Land zurück. Weil rohstoffreiche Regionen aufblühende Städte wie Astana und Alma-Ata finanzieren müssen, entstehen in der Provinz Arbeitslosigkeit und Krankheiten.

Tadschikistans Präsident Emomali Rachmon zieht in seinem Land die Schrauben besonders fest an. Er lässt die Bartlänge Gläubiger sogar mit dem Lineal nachmessen. Wer die gesetzliche Länge überschreitet, wird beschuldigt, Terrorist zu sein, und zwangsrasiert. In den Gebirgsregionen ließ er 28 Moscheen, die als Brutstätten des radikalen Islamismus galten, schließen. Im November wurden 14 Aktivisten verhaftet, die zu Rassenhass und zur Auflehnung gegen die Staatsmacht aufgerufen haben sollen.

Hilflose Polizei misst die Bartlänge mit dem Lineal

Rachmon geht noch weiter. Derzeit bereisen tadschikische Diplomaten Koranschulen in Pakistan, Ägypten und dem Iran mit dem Ziel, die Studenten zur Heimkehr zu bewegen. Da Tadschikistan während des Bürgerkriegs Anfang der 90er Jahre besonders schwer unter islamischen Extremisten zu leiden hatte, ergreift die Regierung nun alle Mittel, um die Kontrolle auch über die damals zugelassene islamische Partei zu bekommen.

Bei der Eröffnung eines nahe der Staatsuniversität gelegenen Lyzeums wütete Bildungsminister Abduschabbor Rachmonow: „Jagt Eltern mit Kopftüchern davon! Und ihre Kinder ebenfalls!" Einerseits zeigte die Rückrufaktion erste Erfolge. Über 700 Koranschüler kamen aus dem Iran, Pakistan und Ägypten zurück, darunter auch zehnjährige Jungen. Andererseits führen Zwangsmaßnahmen dazu, dass Regierungspolitiker als Ausbeuter und Besetzer des eigenen Landes betrachtet werden. Sie diskreditieren sich selbst und treiben Gläubige nur weiter in die Arme von Fanatikern.

Russland befürchtet indes die bislang unterschätzte Gefahr des Exports islamischer Ideologie. Es gibt viele Probleme mit Migranten aus Usbekistan und Tadschikistan, die zu Hause mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind und sich als Imame in russischen Moscheen verstecken. *M. Rosenthal-Kappi*

Royal Navy wird geschrumpft

Prinz Andrew sieht Soldaten im Auslandseinsatz in Gefahr

In der letzten Novemberwoche besuchte der 22000 Tonnen große britische Flugzeugträger „HMS Ark Royal" Hamburg. Die marinefreundlichen Hamburger mussten Wartezeiten in Kauf nehmen, so groß war der Andrang. Es war die letzte Tour dieses Kriegsschiffes mit dem traditionsreichen Namen. Der Träger, der erst am 1. November 1985 in Dienst gestellt wurde, tritt aus Kostengründen zur Reserve. Erst 1999 und 2004 war das Schiff aufwändig modernisiert worden. Dennoch ist die Royal Navy gezwungen, massiv abzurüsten. Wie stark die Einschnitte sind, kann man daran erkennen, dass die Navy künftig nur noch über 19 Zerstörer und Fregatten verfügen soll. 18 Schiffe dieser Kategorie gestand man 1955 der Bundesmarine anlässlich des Beitritts Westdeutschlands zur Nato zu.

1975 besaß Großbritannien noch drei Flugzeugträger, zwei Kreuzer, zehn Zerstörer und 59 Fregatten. Die sozialistische Labourregierung reduzierte bald danach die Flotte so dramatisch, dass 1982 Argentinien sich stark genug fühlte, die Falklandinseln anzugreifen.

Unter Margret Thatcher stabilisierte sich die Royal Navy auf niedrigem Niveau und besaß zum Ende des Ost-West-Konfliktes drei Flugzeugträger, 13 Zerstörer und 35 Fregatten, um im Verteidigungsfall einen Beitrag für den Schutz der Atlantik-Konvois leisten zu können. Seither geht es haltlos bergab. Zurzeit verfügt die Flotte noch über drei kleinere Flugzeugträger, 23 Zerstörer und Fregatten, vier strategische U-Boote und sechs Kampf-U-Boote. Zwei große Flugzeugträger von über 60000 Tonnen Größe sind im Bau, sie zu stornieren wäre teurer gewesen, als sie fertig zu bauen. Sie werden aber erst 2016 beziehungsweise 2020 fertig gestellt. Bis dahin wird die Navy über keinerlei Kampfflugzeuge mehr verfügen. Später sollen die Träger möglicherweise gemeinsam mit der französischen Marine genutzt werden.



Auf Abschiedstour: Die „HMS Ark Royal" wird aus Kostengründen außer Dienst gestellt. Bild: pa

In der öffentlichen Debatte gab es auch Kritik an verschieden Sparvorschlägen der Regierung. Jede Interessengruppe beklagte die auf sie entfallende Reduzierung, aber als Novum hat sich nun ein Angehöriger der königlichen Familie eingemischt. Prince Andrew diente selbst 1982 im Falklandkrieg als Hubschrauberpilot auf der „HMS Invincible". Als ehemaliger Frontsoldat interessieren ihn in erster Linie die Soldaten, die heute in Afghanistan im Einsatz stehen. Er drückte sich im „Daily Telegraph" nicht sehr vornehm aus, als er sagte, die Politiker bekämen ihre „fetten Hinterteile" nicht hoch, während britische Soldaten mit zweitklassiger Technik auskommen müssten. Das Verteidigungsministerium sei „ein komplett hoffnungsloser Fall". *Hans Lody*

Euro-Befürworter setzen auf Angst

Exporteinbruch, Flüchtlingsströme, sogar Krieg: Was nach dem Scheitern der Einheitswährung drohen soll

Die Opfer, welche die Deutschen für den Erhalt des Euro bringen sollen, werden immer unübersehbarer. Also erhöht man den psychologischen Druck auf sie.

Unter dem Eindruck wachsender Nervosität wegen der Zukunft des Euro verstärken sich die Stimmen, die vor Spekulationen auf ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaftswährung warnen. Unter den Warnern sind nicht bloß Politiker und Notenbanker, die sich quasi von Amts wegen vor die Einheitswährung stellen. Auch Wissenschaftler zeichnen düstere Zukunftsvisionen für den Fall eines „Euro-Crashs“. Sie verweisen Forderungen nach einer neuen Währungsstruktur anstelle des Euro ins Reich von gefährlicher Träumerei und verantwortungslosem Populismus.

Besonders drastisch äußerte sich der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), Thomas Straubhaar. Er attackierte dabei besonders den früheren Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel. Henkel propagiert die Teilung des Währungsraums in einen harten Nord- und einen weichen Süd-Euro. In einem Beitrag für die „Welt“ nennt Straubhaar Henkels Vorschlag „absurd“.

Der Schweizer Straubhaar argumentiert auf drei Schienen: Zunächst hebt er hervor, dass die vertraglichen Vereinbarungen zur Währungsunion den Ausschluss eines Landes verböten. Zudem wären, selbst wenn dies ginge, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen für die dann (wieder) mit schwacher Währung ausgestatteten Südländer verheerend. Darunter würde auch Deutschland schwer zu leiden haben: Der HWWI-Chef malt Ströme von Armutsflüchtlingen, die aus einem verarmenden Südeuropa nach Deutschland drängen würden, und den Einbruch des deutschen Exports in diese Länder an die Wand.

Straubhaar räumt indes ein, dass es „aus heutiger Sicht“ einfacher für Deutschland wäre, wenn es die Euro-Einführung nie gegeben hätte. „Aber die Geschichte wollte es anders“, so der Wirtschaftsweise. Der von Frankreich als Preis für die Zustimmung zur deutschen Einheit aufgedrängte Euro sei eine Realität. „Deshalb kann es nachhaltige Lösungen nur mit ihm und nicht ohne ihn geben.“

Kanzlerin Angela Merkel geht noch weiter und stilisiert den Erhalt des Euro zur Frage von Krieg und Frieden. Sie folgt damit dem Agrumentationsmuster, das schon für die Euro-Befürworter der 90er Jahre kennzeichnend war. Die euroskeptischen Deutschen fürchten schließlich nichts so sehr wie einen weiteren europäischen Krieg. Einen europäischen Konflikt prophezeiten aber interessanterweise auch strikte Euro-Gegner. Sie sagten eine Welle von Hass unter den Völkern, ausgelöst vom Euro, voraus. Von den Unruhen in Griechenland und anderswo sehen sie sich heute bestätigt.

Straubhaar räumt indes ein, dass wenn auch ein Ausschluss von Euro-Ländern vertraglich nicht möglich sei, so doch die Möglichkeit besteht, dass ein Land (oder eine Gruppe von Ländern) die Währung freiwillig verlässt. Beispielsweise könnte ein Staat wie Griechenland zu dem Schluss gelangen, dass seine Volkswirtschaft auch nach allen Sanierungsmaßnahmen außerstande sein würde, den Stabilitätsanforderungen einer Einheitswährung mit Ländern wie Deutschland, Österreich oder den Niederlanden nachzukommen.

Auswege aus dem Euro werden strikt ausgeblendet

Zwar würde Griechenland seine neue Währung dann rasch abwerten und so die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zügig verbessern: Die Waren „made in Greece“ fielen im Preis, Urlaub in Hellas würde günstiger und attraktiver. Andererseits, und darauf spielt der HWWI-Chef an: Athens Altschulden blieben durchweg in Euro bestehen. Wer Kredite in Euro (oder einer anderen Währung) aufnimmt, kann diese nicht eigenmächtig in eine andere Valuta überführen. Als Ausweg bliebe das, was Ökonomen feinsinnig als „Umstrukturierung der Schulden“ bezeichnen, also: die Planinsolvenz. Viele verstehen darunter die Staatspleite mit dem Ausfall aller Kredite. Doch diese Sicht ist viel zu grob, letztlich sogar falsch.

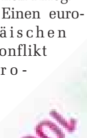
Denn tatsächlich bieten sich hier verschiedenste Maßnahmen, um die Schuldenlast Griechenlands in Euro zu reduzieren.

Da wäre zunächst die Stundung von Zinsen. Entscheidend für die Wirkung einer Schuldenlast ist (wie bei Privatleuten auch) nicht die absolute Höhe der Schulden, sondern die Kosten, die sie verursachen. Ließen sich die Gläubiger auf eine Stundung oder Reduzierung der Zinsen ein, würde diese Last vermindert.

Auch könnten die Rückzahlungstermine verschoben werden. Damit verringert sich die Last der „Refinanzierung“. Sie wird fällig, wenn alte Anleihen auslaufen und ausgezahlt werden müssen. Da die Staaten das Geld nicht haben, müssen sie dafür neue Anleihen ausgeben. Bei Ländern, deren Zahlungsfähigkeit im Zweifel steht, steigen die Zinsen (wie derzeit bei vielen Euro-Ländern) an, die Schulden werden „teurer“.

Sollte dies nicht reichen, bleibt der in den Medien immer öfter ins Spiel gebrachte „hair cut“, zu deutsch Haarschnitt: Ein Teil der Schulden wird erlassen. Wie bei den Stundungen lassen sich Gläubiger auf einen Teilerlass ein, wenn sie fürchten müssen, sonst ginge der Schuldner gänzlich pleite und alles Geld wäre weg. Angesichts der verzweifelten Lage etlicher früherer Weichwährungsländer erscheint ein Austritt aus dem Euro in Verbindung mit dem „hair cut“ durchaus gangbar. Straubhaars Befürchtungen müssten sich in diesem Fall nicht erfüllen.

Für die deutschen Exporte, um die Straubhaar sich zudem sorgt, nimmt die Bedeutung der Euro-Zone übrigens ab statt zu – ganz im Gegensatz zu den Prophezeiungen der Euro-Verfechter in den 90ern, die einen dynamischen Anstieg der deutschen Exporte in diese Region vorhersagten. Tatsächlich nahm der Anteil der heutigen Euroländer am deutschen Export von 1995 bis 2009 von 46 auf 43 Prozent ab. *Hans Heckel*



Euro oder Tod: Auch Kanzlerin Merkel tut so, als wenn das Ende des Euro zugleich das Ende des Friedens in Europa bedeuten würde. Bild: alimdi.net

KURZ NOTIERT

Kein Rechtsanspruch: Das Landgericht Berlin urteilte diese Woche, dass Anleger bei einer Bankpleite nur eine Entschädigung in Höhe der gesetzlichen Einlagensicherung einklagen können. Auf die Versprechen des freiwilligen Einlagenschutzes der Banken gibt es dagegen keinen Rechtsanspruch. *Bel*

HRE gibt Garantien zurück: Nachdem die zeitweise mit bis zu 142 Milliarden Euro an Staatshilfen vor dem Zusammenbruch gerettete Hypo Real Estate (HRE) ihre „giftigsten“ Wertpapiere in eine Bad Bank ausgelagert hat, blickt das Unternehmen nun positiv in die Zukunft. Vergangene Woche gab die HRE Bürgschaften in Höhe von 47 Milliarden Euro an den Staat zurück. Bereits im Oktober hatte die Bank auf Garantien in Höhe von 23,5 Euro verzichtet. *Bel*

Nutzlose Stresstests: Der Plan der EU-Kommission, ab 2011 jährlich die europäischen Banken einen Stresstest absolvieren zu lassen, stößt bei Experten auf Skepsis. Schließlich habe sich der Test im Sommer als nutzlos erwiesen, denn außer fünf spanischen Sparkassen, der griechischen ATE und der deutschen HRE hatten alle anderen 84 Banken den Test bestanden. Wenige Monate später stehen nun gleich mehrere irische Banken vor dem Aus. *Bel*

Streit um Pumpspeicherkraftwerke: Die Bundesregierung plant nicht, wie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen, die zurzeit für die Zwischenspeicherung von Atomstrom genutzten Kapazitäten in Pumpspeicherkraftwerken für die Speicherung von überschüssigem Strom aus Wind und Sonne umzuwidmen. Durch einen solchen Eingriff würde „der marktgetriebene und betriebswirtschaftlich motivierte Einsatz von Pumpspeicherkraftwerken“ außer Kraft gesetzt, so die Bundesregierung. Mit Pumpspeicherkraftwerken wird zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht benötigter Strom zwischengespeichert. Dazu gehört nicht nur überschüssiger Strom aus Wind und Sonne, sondern auch Atomstrom. *BT/Bel*

Google schwimmt im Geld

Das US-Internetunternehmen Google hat Probleme, sein Geld zu investieren. Derzeit soll Google auf einer Barreserve von 33 Milliarden US-Dollar sitzen, aber nicht wissen, wie das Geld gewinnbringend investiert werden soll. Angelegt werden muss es aber: Googles Aktienkurs ist in den letzten Monaten bereits gesunken, auch weil das Unternehmen zu wenig investiert, aber gleichzeitig kaum Dividende ausschüttet. Ein mögliches Kaufobjekt wäre das Schnäppchen-Portal Groupon gewesen. Doch dessen Eigentümer waren selbst für sechs Milliarden Dollar nicht bereit, die Unabhängigkeit von Groupon aufzugeben. Als Tochter von Google würde das Unternehmen schließlich auch mit der Mutter in einen Topf geworfen, und die hat derzeit ein Imageproblem. Neben Verstößen gegen Datenschutzbestimmungen bei Google-Streetview hängt Google auch eine Klage der EU-Kommission an. Diese glaubt, dass das Unternehmen seine marktbeherrschende Stellung missbraucht. Zuvor hatten sich einige europäische Internetunternehmen bei der Kommission beschwert, dass Google ihre Internetauftritte bei der Websuche absichtlich an schlechteren Positionen anzeige. *Bel*

Strahlende Zukunft

Die bekannten Uranvorräte sollen für etwa 200 Jahre reichen

Weltweit sind etwa 435 Kernkraftwerke in Betrieb, sie decken rund 15 Prozent der globalen Nachfrage nach Strom. Gerade in der Dritten Welt und in Asien sind neue Atommeiler gefragt, manchmal auch mit kriegerischen Hintergedanken. Großbritannien, die Schweiz, Finnland und Frankreich planen ebenso wie die USA und China neue Anlagen.

Das Bundesinstitut für Geowissenschaften in Hannover hat vor diesem Hintergrund errechnet, dass die Reserven an Uran 235 nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ungefähr 200 Jahre ausreichen. Skeptischer ist der „World Information Service on Energy“, der ein Ende der Ressourcen schon in etwa 70 Jahren prognostiziert. Die Hauptförderländer sind Australien (40 Prozent der Reserven), Kanada (15 Prozent), Kasachstan (13 Prozent), Brasilien (acht Prozent) und Südafrika (6,5 Prozent). Doch auch darüber gehen die Angaben auseinander. Es gibt auch Quellen, die Australien „nur“ 24 Prozent der Weltvorräte zuschreiben. Das entspricht 1,15 Millionen Tonnen Uranerz. In dieser Statistik von Börsenanalysten tauchen als Produzent außerdem Namibia, Usbekistan, Niger und Russland auf. Aber auch in Argentinien sind mit dem sogenannten Olta-Malanzan-Projekt der Uranio AG erfolgversprechende Explorationen im Gang.

Das letzte Wort über die Reserven ist also, ähnlich wie beim Erdöl, noch nicht gesprochen. Die Experten gehen davon aus, dass der laufende Verbrauch durch Entdecken neuer Reserven gedeckt werden kann. Wirtschaftlich ist die Förderung – je nach Urangehalt des Erzes – beim aktuellen Weltmarktpreis bis zu Kosten von etwa 40 Dollar je Tonne. In den Lagerstätten des Erzgebirges liegen die Kosten darüber, weswegen diese Ressourcen seit der Wiedervereinigung praktisch nicht mehr genutzt werden. Uran 238 wäre weit mehr vorhanden (90 Prozent) als Uran 235, doch kann es nur von Schnellen Brütern genutzt werden. Im deutschen Kalkar wurde eine Anlage mit einem Aufwand von rund 3,6 Milliarden Euro – damals als brandneue Technologie – fast fertig gebaut, aber dann nie genutzt. Kalkar gilt als die größte Investitionsruine der Bundesrepublik. Weltweit arbeiten nur wenige Brüter, die auch für die Herstellung waffenfähigen Materials genutzt werden können, etwa in den USA, in Russland und in Indien. Für die rein zivile Nutzung sind sie bei den derzeitigen Uranpreisen (noch) ungeeignet.

Verbrauch übersteigt die Förderung um über 35 Prozent

Doch gegenwärtig übersteigt die Nachfrage das Angebot, die Preise steigen seit Jahren. Der jährliche Bedarf liegt – so die Hannoveraner Anstalt – bei 68 000 Tonnen, gefördert werden aber nur rund 50 000 Tonnen. Die Differenz wird vor allem durch die Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente gedeckt. Und schon wird über einen Uranabbau auf dem Mond spekuliert. Die japanische Sonde „Kaguya“ erstellte bereits eine „Urankarte“, die das sogenannte Meer der Stürme als eine Hauptlagerstätte ausmachte.

Weltweit ungelöst ist bisher die Frage der sicheren Endlagerung des strahlenden Mülls, sie wird immer dringlicher, je mehr Kernkraftwerke am Netz sind. *Joachim Feyerabend*

Grüne frohlocken

Kauf von EnBW birgt ideologische Risiken

Der Coup des wegen des Bauprojektes Stuttgart 21 umstrittenen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) sorgte für Überraschung und viel Beifall: Vorausschauend hatte er dafür gesorgt, dass die landeseigene Holding Neckpari der Electricité de France (EDF) ihren 45-prozentigen Anteil an dem deutschen Stromkonzern EnBW abkaufte, bevor die vom deutschen Strommarkt frustrierten Franzosen ihre Anteils an fremde Investoren veräußerten.

Dass die Franzosen den Verkauf für 2011 planten, war kein Geheimnis, zu oft hatten sie sich darüber geärgert, dass sie sich aufgrund des anderen gleichgestellten Eigentümers, der schwäbischen Kommunen, in ihren Entscheidungen gehemmt waren. Zudem hatte EDF-Chef Henri Proglio oft betont, dass er die Angst der Deutschen vor Atomkraft und die staatlichen Regularien nicht nachvollziehen könne und daher dem deutschen Strommarkt keine große Zukunft gebe. Dies sieht auch der deutsche Stromkonzern Eon so, der derzeit plant, sich vom deutschen Markt zugunsten eines Engagements in Asien zurückzuziehen.

In diesen Strommarkt ist nun das Land Baden-Württemberg mit 4,7 Milliarden Euro für 41,50 Euro pro Aktie (statt 36 Euro, wie an der Börse gehandelt) eingestiegen, nachdem es 1999 seine Anteile direkt an EDF verkauft hatte. Interessanterweise erhält Mappus das größte Lob von der SPD, den Grünen und Greenpeace. Letztere jubelten gar, dass Mappus EnBW von den „atompolitischen Fesseln“ Frankreichs befreit habe und nun zum „Vorreiter einer Energierevolution“ werden könne.

Greenpeace sieht EnBW schon als Vorreiter

Genau davon träumt wohl auch der Spitzenkandidat der Grünen, Winfried Kretschmann, der aufgrund guter Umfragewerte hofft, nach der Landtagswahl im März Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu werden. Zwar plant Mappus, die EnBW-Anteile irgendwann wieder breit gestreut zu verkaufen, doch bis März wird er das kaum tun. Somit steht EnBW nun in Gefahr, ab März bei einem Wahlsieg der Grünen diesen in die Hände zu fallen. *Bel*

Föderalismus

Von Rebecca Bellano

Eigentlich hätte es klar sein müssen, dass das Bundesamt für Statistik zu Fragen nach dem Ablauf der bundesweit durchgeführten Volksbefragung Zensus 2011 in unserem Föderalismuswunderland Deutschland keine Auskunft geben kann. Und natürlich verwies das Bundesamt auf die 14 Landesämter für Statistik (Hamburg und Schleswig-Holstein und Brandenburg-Berlin arbeiten jeweils zusammen). Zwei Stichproben, eine in Bayern und eine in Hamburg, belegten dann auch die Aussage des Bundesamtes, dass jedes Landesamt seinen eigenen Fahrplan zum am 9. Mai 2011 startenden Zensus hatte.

Darf man fragen, wozu das im Falle einer Volksbefragung, die auf einem bundeseinheitlichen Fragenkatalog basiert, gut ist? Wieso müssen 14 Landesämter eigene Arbeitsgruppen haben, die jeweils das Rad neu erfinden?

Natürlich kann man mit der Vielfalt Deutschlands und Eigenständigkeit der Bundesländer argumentieren, doch ehrlich gesagt sind das keine überzeugenden Argumente, zumal es ja auch 14mal Geld kostet, wenn in 14 Landesämtern Personal einen eigenen Ablaufplan erstellt und umsetzt, eigene Informationsbroschüren entwirft und eigene Auswertungspläne ausarbeitet.

Teure Euro-Bonds

Von Hans Heckel

Entscheidend für die Schuldenlast, ob im Falle von Privatpersonen, Firmen oder ganzen Staaten, ist nicht die absolute Höhe der Verbindlichkeiten, sondern die Zinslast. Unter ihr drohen etliche Euro-Länder zusammenzubrechen. Die Zinsen steigen, wenn die Gläubiger Zweifel hegen, ob der Schuldner seine Kredite auch zurückzahlen kann.

Da klingt der Vorschlag von Euro-Zonen-Chef Jean-Claude Juncker doch vernünftig: Wenn alle Euro-Staaten ihre Kreditwürdigkeit in eine einzige Waagschale würfen, dann verflögen die Zweifel schon und auch Griechenland und Co. kämen wieder an Geld zu erträglichen Zinsen. Das Zauberwort heißt „Euro-Bonds", Anleihen, für die alle Euro-Staaten gemeinsam geradestehen.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die Bonität hinter den Euro-Bonds entspräche nämlich nur dem Querschnitt aller Mitgliedsstaaten. Die läge weit unter der Deutschlands, was die Kreditaufnahme für die Bundesrepublik um etliche Milliarden verteuern würde.

Zudem wäre es nur ein weiterer Schritt auf dem falschen Weg, der uns in die Krise geführt hat: Abermals könnten einige Länder auf Kosten von Stabilität, welche andere Staaten aufzubringen haben, Schulden machen. Genau dies hat den Scheinboom an der EU-Peripherie erst möglich gemacht und die Blasen produziert. Die Euro-Bonds wären noch ein weiterer Schritt in die „Transferunion", in der vor allem Deutschland zu zahlen hätte, um die Leichtfüßigkeit anderer zu finanzieren.

Deutsche Schizophrenie

Von Konrad Badenheuer

Ein guter Kenner Osteuropas, vielsprachig und psychologisch versiert, gab einmal folgende Einschätzung über den Mentalitätsunterschied zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn zum Besten: Wenn für die slawischen Völker die Paranoia typisch sein sollte, dann für die Deutschen jedenfalls die Schizophrenie!

Das kleine Bonmot enthält mehr als nur ein Körnchen Wahrheit. Die Furcht Russlands vor der Welt gilt seit Generationen auch unter angesehenen Beobachtern als eine der Konstanten der russischen (und sowjetischen) Politik. In abgestufter Form finden sich ähnliche Phänomene bei anderen slawischen Nationen. Dem serbischen Völkermord in Bosnien in den 90er Jahren etwa ging – um nur ein Beispiel zu nennen – eine primitive, von den Adressaten aber ernstgenommene Propaganda voraus, die Serben selbst seien von Gemetzeln bedroht.

Diese Gefahr bestand so wenig, wie Russland je eine Einkreisung durch ein paar Dutzend US-amerikanische Abfangraketen drohte. Aber das Gefühl war da, und in der Politik sind Emotionen auch dann Fakten, wenn sie im Einzelfall an pathologischen Verfolgungswahn heranreichen.

Eher noch leichter lassen sich Beispiele für die Fähigkeit der Deutschen finden, ungeliebte Vorgänge so gründlich zu verdrängen, dass die Diagnose „Schizophrenie" nahezuliegen scheint.

Ein Beispiel kann der einhellige Jubel dieser Tage über die vor 40 Jahren vollzogene erstmalige politische (nicht völkerrechtliche) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sein. Der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 gilt zunehmend noch nicht einmal als ambivalent, sondern schlicht als Glanzstück der deutschen Außenpolitik. Vieles muss dafür verdrängt werden.

Vieles muss verdrängen, wer den Vertrag von 1970 loben will

Es beginnt bei der völkerrechtlichen Tatsache, dass durch Vertreibung geschaffene Fakten nicht anerkannt werden dürfen, und der Warschauer Vertrag deswegen in seinem zentralen Punkt schlicht völkerrechtswidrig war. Doch das wird von kaum einem Medium und keinem einzigen Bundespolitiker mehr auch nur artikuliert.

Dies gilt erst recht für die vielen Einwände, mit denen selbst enge Weggefährten Willy Brandts (und womöglich er selber) damals ehrenwerterweise noch kämpften: Wird dieser Schritt dem Erbe der Nazi-Gegner aus den Oder-Neiße-Gebieten gerecht (man denke nur an Kurt Schumacher)? Wie wirkt er sich aus auf die damals noch weit über eine Million Deutschen im polnischen Machtbereich? Verschafft die Grenzanerkennung nicht dem Regime einen Triumph, entmutigt sie nicht die demokratische polnische Opposition, die über die Vertreibung oft ganz anders dachte als etwa Joseph Stalin, Joseph Fischer oder Wolfgang Thierse?

All das wird heute, 40 Jahre danach, schlicht unterschlagen. Und so manche Zeitung will selbst von ihrem damaligen eigenen klaren „Nein" zum Warschauer Vertrag heute nichts mehr wissen. Ob es schizophren ist? Deutsch ist es auf jeden Fall.



Der Kniefall Willy Brandts am 7. Dezember 1970 hat sich in die kollektive Erinnerung von Deutschen und Polen eingebrannt. Es gibt Argumente, dass diese Geste richtig war. Sie geschah am Denkmal des Ghetto-Aufstandes und galt insofern den jüdischen Opfern und nicht dem polnischen Volk. Auch die Verlegenheit, die die Geste bei den kommunistischen Diktatoren auslöste, spricht für ihre Richtigkeit. Mehr als problematisch bleibt die zeitliche Nähe zum Akt der Unterschrift unter den Warschauer Vertrag.

Bild: dapd

Moment mal!





Deutschland 21 oder Die verquatschte Republik

Von Klaus Rainer Röhl

Wohin ich auch schaue, ich sehe nur Talkshows. In denen mehr Demokratie gefordert wird. Ist sie am Ende, die direkte Demokratie? In der besten Sendezeit laufen sonntags Talkshows, deren Inhalt jedermann vorher kennt, sobald er weiß, wer teilnimmt. Wenn zum Beispiel über Stuttgart 21 geredet wird und über Heiner Geißler und die „Schlichtung", die jeder ehrfurchtsvoll in Anführungszeichen setzt. Klarer Fall. Und alle, die unzufrieden sind mit der Entwicklung in Stuttgart und in Gorleben und auf den vereisten Straßen und bei der ständig verspäteten Bundesbahn, müssen das auch sagen können, und zwar ohne Gewalt – jedenfalls möglichst. Es muss einfach mehr Bürgernähe geben – wer hat das noch gesagt? War das bei Maybrit Illner, bei Beckmann, bei Plasberg oder bei Anne Will? Eigentlich egal, Bürgernähe und Mitsprache und „gelebte" Demokratie sind gefragt.

Die Talkmeister sind ohnehin beliebig auswechselbar, jeden Abend von Sonntag bis Donnerstag, in dieser Reihenfolge: Anne Will, Beckmann, Maischberger, Plasberg und zum Schluss Maybrit Illner. Und alle sagen am Ende der kostbaren Sendezeit, dass sie leider nun Schluss machen müssten, die Sendezeit sei um und sie müssten nun an Tom Buhrow oder die „heute"-Redaktion abgeben, aber man könne das Thema ja noch im Internet vertiefen. Am Ende der Woche haben alle alles gesagt, was sie schon immer sagen wollten, mindestens einmal Gregor Gysi – oder Sarah Wagenknecht, zweimal Sigmar Gabriel und dreimal Jürgen Trittin und einmal auch der langsam Selbstvertrauen gewinnende FDP-Entwicklungshelfer Dirk Niebel. Und dazu je ein Chaot aus dem Volke, der etwas ganz Besonderes will und sich fest vorgenommen hat, das auch in der Runde vorzutragen, aber schließlich auch nicht so richtig böse zu den anderen sein will, mit denen er ein paar Stunden vorher einen Imbiss eingenommen hat und nun Ellbogen an Ellbogen zusammensitzt, und der die anderen dann doch ausreden lässt, weil er sich sonst wie ein Spielverderber vorkommt (diese Skrupel haben Berufspolitiker nie). Er ärgert sich später, weil er nicht weit damit gekommen ist, sein Geheimrezept gegen den Hunger oder für eine neue Energiequelle, für die er das Rad noch einmal erfunden hat, vorzubringen. Aber schon bald wurde auch er von der Lawine von Allgemeinplätzen vom Reformbedarf und der Erderwärmung bis zur Bürgernähe und dem Mitspracherecht für alle überrollt, und kein Zuschauer weiß am Ende noch genau, wer was am Tag davor gesagt hat und übermorgen sagen wird.

Talkshows vermitteln fälscherlicherweise den Eindruck von Bürgernähe

Aber langsam wird allen klar: So geht es nicht weiter mit Deutschland. Jedenfalls nicht an diesem Abend. Wenn wir nicht eine Bürgerbewegung, eine Protestbewegung und dann eine – Schlichtung bekommen. Und weil bald niemand mehr die immer gleichen Gesichter in der nächsten Woche noch einmal sehen will und keiner den ewigen Spruch von der erneuerbaren Energie und der Zukunft für unsere Kinder, die weder die USA, noch Indien und China – auch Brasilien nicht – begriffen haben, noch einmal hören will, sind am Ende alle gelangweilt, auch von der Aufforderung zu möglichst frühzeitigen Sprachkursen für „Migranten-Kinder". Aber steter Tropfen höhlt den Stein, und langsam setzt sich das Falsche im Richtigen fest. Wenn es nur oft genug in der Talkshow – oder in den Nachrichten gesagt wird. Zum Beispiel eben das Wort „Migranten", das schon allen locker über die Lippen geht, aber ein fauler Trick ist: Das Falsch- und Verwirrwort für unausgebildete, ungebetene Gäste, Asylanten oder „Geduldete", hat sich langsam (wie diese) eingebürgert – während wirklich gut ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Ausland dringend gesucht werden. Darüber, wie die Millionen, die keiner eingeladen hat und als „Geduldete" eine Art Wohnrecht erworben haben und samt ihrer zahlreichen Verwandtschaft Sozialhilfe und ein neues Gebiss auf Staatskosten erhalten, nun bei uns „integriert" werden sollen, und dass ihre in kurzen Abständen geborenen Kinder Deutsch lernen müssen, darüber wird seit Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky zwar viel gesprochen, aber immer nur über das Wie. Nie über das Ob. Ob und wie viel Einwanderung möglich ist, ohne dass alle Deutschen endgültig ihre schon angeknackste Identität verlieren. Darüber wird nie gesprochen. Alle Völker um uns herum und in der Welt haben diese Identität, auch und gerade die Völker mit einem starken Anteil an legalen Zuwanderern aller Farbschattierungen aus den ehemaligen Kolonien wie England und Frankreich haben ein sicheres Gefühl für Zusammengehörigkeit. Und dies entsteht eben nicht nur durch Sprachkurse.

Wenn das Gefühl für Zusammengehörigkeit von den herrschenden Parteien nicht mehr verteidigt wird wie in den Niederlanden, in Belgien, in Dänemark, in Schweden, dann kommt Unmut auf, und es entstehen neue Parteien, die sogleich von unseren Tugendwächtern als „rechtspopulistisch" verteufelt werden. Eine Hochburg solcher Tugendpolizei ist bekanntlich die linksdrehende „taz", die seit langem die Entwicklung in Deutschland mit Stirnrunzeln betrachtet, besonders seit Sarrazins Auftreten. Die „taz"-Redakteure misstrauen den Bürger-Protesten, die in Hamburg per Volksentscheid die Primarschule gekippt oder in der Schweiz den Neubau von Minaretten verhindert haben. Sie misstrauen allen Protestbewegungen, die nicht von linken Kadern organisiert werden wie die einst aus der DDR gesteuerte Antiatombewegung. Sie befürchten, dass aus Stuttgart 21 einmal ein Deutschland 21 werden könnte. Sie befürchten, was wir hoffen dürfen.

Die „taz" vom letzten Sonntag titelt denn auch „In der Mitte wächst der Hass", und auf Seite 3 erklären Wissenschaftler, dass die Fremdenfeindlichkeit dauernd wächst, die Islamfeindlichkeit gleich mit und das, so sagen die „taz"-Soziologen, liegt an den absturzgefährdeten Schichten des Bürgertums. Ein uralter Hut. So wollte man auch den Aufstieg Hitlers erklären. Die These ist überholt. Es wächst der Hass? Eher doch wohl die Vernunft: Noch einmal die Tugend-„taz": „Bisher war stets Verlass darauf, dass Rechtspopulisten hierzulande höchstens flüchtige Erscheinungen sind. Der konservative Handwerksmeister und der Schulrektor mögen keine windigen Demagogen, mit denen man in Deutschland einschlägige Erfahrungen gemacht hat. So war es. Aber so muss es nicht bleiben. Die historische Imprägnierung gegen den Populismus hat Risse bekommen, die Abwehrkräfte schwinden. In der Parteipolitik gibt es kein Anzeichen, dass Rechte bei Wahlen reüssieren könnten. Zum Glück. Doch dahinter kommt langsam etwas ins Rutschen." Schaun wir mal.

Linke lieben Proteste – aber nur wenn sie von ihren Leuten organisiert werden

Ab Donnerstag beginnt für alle die Kehrseite der politischen Dauer-Agitation, das, was im alten Rom „Brot und Spiele" genannt wurde. Hansi Hinterseer und seine aufgetakelten Dirndl-Blondinen und Bergbuben. Wirklich spätrömische Abartigkeit aber erreicht die Blödelschau von Thomas Gottschalk, die letzten Sonnabendabend endlich auch ihn selber traf. Nach dem fast tödlichen Unfall des erbarmungslos in die Arena gejagten Stuntmans, für den Gottschalk die Verantwortung trägt, dürfte diese Art „Brot und Spiele" sich überlebt haben. Gottschalk ist 60 und freut sich wahrscheinlich, endlich einen überzeugenden Grund für seinen lange fälligen Abgang zu haben – in Zukunft werden wir ihn vielleicht nicht nur als Patenonkel der Gummibärchen, sondern auch der Babies in der Sahelzone und in Haiti erleben – und natürlich – als Gast bei Talkshows.

Die Raffinesse der Primitiven

Maler aus den Niederlanden beeinflussten Kollegen in Deutschland nachhaltig – Ausstellung in Brügge

In Brügge zeigt eine prächtige Schau, wie sich die erstaunlich lebensecht wirkende Malerei der südlichen Niederlande in Mittel- und Osteuropa ausbreitete. Zu sehen sind Werke von Van Eyck bis Dürer.

Die Kunstwissenschaft tituliert die während des 15. Jahrhunderts in den südlichen Niederlanden tätigen Maler als „Flämische Primitive“. Das klingt nach Schlichtheit, Dürftigkeit und Unterentwicklung. Doch das Gegenteil ist der Fall. Denn die Flämischen Primitiven brachten eine raffinierte Malerei der augentäuschenden Wirklichkeitsillusion hervor. Und das von Anfang an „in erstaunlicher Vollkommenheit“, wie Till-Holger Borchert urteilt.

Die flämischen Maler verblüfften durch Wirklichkeitsillusion

Borchert ist Kurator einer prachtvollen Schau im Groeningemuseum von Brügge, die rund 300 Gemälde, Grafiken und einige wenige Skulpturen umfasst. Sie veranschaulicht die „Qualitätsoffensive“ der niederländischen Malerei von 1420 bis 1520 und deren Wirkung auf die Kunst Mittel- und Osteuropas. Der neue Ehrgeiz in der Wirklichkeitswiedergabe erfasste berühmte Künstler wie den in Köln tätigen Stephan Lochner, den Augsburger Hans Holbein den Älteren und den im elsässischen Colmar geborenen Martin Schongauer. Doch die von den Flämischen Primitiven angestoßene künstlerische Revolution schlug Wellen bis nach Böhmen und Schlesien, Ungarn und Polen, wie die Schau mit kostbaren Gemälden zeigt.

Grundlage der als „Ars nova“, also „Neue Kunst“, bezeichneten Darstellungspraxis war die Perfektionierung der Ölmalerei. Sie wurde in vielen durchscheinenden Schichten aufgetragen. Das ermöglichte die äußerst präzise Wiedergabe der Oberfläche von Dingen, seien es Brokatstoffe, Stein oder Glas. Damit eng verbunden war die detaillierte Wiedergabe von Spiegelungen, Lichtreflexen und der Brechungen des Lichts. Der Darstellung von Innenräumen und Landschaften, Menschen, Tieren und Pflanzen wurde eine zuvor nicht gekannte Lebensechtheit verliehen.

All das zeichnet in allergrößter Vollendung Jan van Eycks „Madonna des Kanonikers Joris van der Paele“ (1434–1436) aus. Im Bildzentrum thront Maria, das Kind auf dem Schoß. Links steht im Bischofsornat der Heilige Donatian, rechts in funkelnder Rüstung der Heilige Georg. Der Drachentöter hat den Helm gezogen und weist auf den vor ihm knienden Kanoniker und Auftraggeber des Gemäldes, um ihn Maria und dem Jesusknaben zu empfehlen. Das Gemälde besticht durch die täuschend echte Wiedergabe der kostbaren Kleiderstoffe und der Einrichtung des Raums.


Albrecht Dürer: Bildnis eines Unbekannten (Öl, 1521) Bild: Prado, Madrid

Als auffällig unbescheiden erweist sich Auftraggeber van der Paele: Alle Bildfiguren sind auf ihn bezogen. Aber er ist nicht gerade eitel: Der alte, füllige Herr bestand auf der getreuen Wiedergabe seiner markanten, faltigen Gesichtszüge. Er blickt ins Leere, denn Jan van Eyck zeigt eine lediglich durch die Gebetsandacht vor dem inneren Auge van der Paeles erstandene Vision.

Eine ähnliche Meisterschaft in der malerischen Erzeugung von Stofflichkeitsillusion zeichnet das von Heinrich von Werl, Vorsteher der Kölner Ordensprovinz der Minoriten, beim Meister von Flémalle in Auftrag gegebene Gemälde „Heilige Barbara“ (1438) aus. Es gehört zu den frühesten Werke der flämischen Ars nova, die nach Deutschland exportiert wurden. Es ist faszinierend, wie lebensnah das Feuer im Kamin flackert, eine Glasflasche und ihre durchsichtige Flüssigkeit wiedergegeben sind oder die Holzmaserung des Fensterladens dargestellt ist.

Der neue flämische Realismus wurde weiter östlich anfangs nur in einigen Bildpartien aufgegriffen. Aufs Schönste mischen sich Altes und Neues zum Beispiel in der von Johannes Koerbecke gemalten „Taufe Christi“ (um 1470–1480). Das göttliche Himmelreich stellt der westfälische Meister nach althergebrachter Manier als punzierten Goldgrund dar. Im neuen Realismus gibt er hingegen die Landschaft, die Figuren – und vor allem die beiden detailliert beschriebenen Schwertlilien vorn in der Bildmitte wieder. Auch der bayerische Meister der Münchner Marientafeln setzte in der „Geburt Christi“ (um 1450–1460) auf den traditionellen himmlischen Goldgrund. Ansonsten aber hat er niederländische Anregungen mit eigenständigen Erfindungen verknüpft. Mittels der Darstellung von Eiszapfen und Schnee ist er der erste, der in der Tafelmalerei veranschaulicht, dass die Geburt Christi im Winter geschah.

Neben frommen Szenen war der neue Realismus der Flämischen Primitiven bestens für die Porträtmalerei geeignet. Lebensechter als jedes Farbfoto wirken Rogier van der Weydens „Porträt des Philippe de Groy“ (um 1460) und das von dem in Seligenstadt geborenen, in Brügge niedergelassenen Hans Memling gemalte „Bildnis eines betenden Mannes vor einer Landschaft“ (um 1480–1485). Kurator Borchert erklärt: „Die Neuerungen der frühniederländischen Porträtmalerei sind für die Entwicklung der Bildniskunst in Europa von kaum zu überschätzender Bedeutung.“

Das gilt auch für das Schaffen Albrecht Dürers, der das „Bildnis eines Mannes“ (1521) während oder kurz nach seiner Reise in die Niederlande malte. Der Porträttypus und die feinmalerische Darstellung von Gesicht, Haar und Pelz sind Anregungen aus den südlichen Niederlanden zu verdanken. Doch Dürer geht über die dort gepflegte getreue Wiedergabe äußerer Ähnlichkeit hinaus. Seine neuartige Leistung besteht darin, dass er den Dargestellten mit deutlich ablesbaren Charakterzügen ausgestattet hat. Der strenge Blick und die zusammengekniffenen Lippen lassen auf ein energisches und tatkräftiges Wesen schließen.

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung ist bis 30. Januar 2011 im Groeningemuseum, Dijver 12, Brügge, dienstags bis sonntags von 9.30 Uhr bis 18 Uhr zu sehen. Der deutsche Katalog (Belser Verlag) kostet im Museum 39 Euro, im Buchhandel 49 Euro.

IN KÜRZE

Liebermann in Bildnissen

Zum Abschluss des Liebermann-Jubiläumsjahres 2010, in dem an den 75. Todestag des Künstlers erinnert und das 100-jährige Bestehen seiner Villa am Wannsee gefeiert wurde, rückt die Ausstellung „Ein öffentlicher Kopf“ nun die Persönlichkeit des berühmten Malers noch einmal besonders in den Vordergrund. Als Kopf der Berliner Moderne um 1900, Präsident der Preußischen Akademie der Künste und Ehrenbürger der Stadt Berlin stand Liebermann über Jahrzehnte im Fokus der Öffentlichkeit. Er war Zielscheibe der konservativen Kritik und Lieblingsmotiv der Karikaturisten. An Liebermann kam keiner vorbei. Auch Freund und Kollege Heinrich Zille nicht. Zille, der Liebermann seit seiner Tätigkeit bei der Photographischen Gesellschaft kannte, widmete dem Freund und Förderer im Namen der Deutschen Kunstgemeinschaft zum 80. Geburtstag eine Lithografie, die bis 6. Februar 2011 im Museum Georg Schäfer in Schweinfurt ausgestellt wird. Die Berliner Ausstellung präsentiert Selbstporträts sowie Bildnisse von Max Slevogt, Oskar Kokoschka, Conrad Felixmüller und Ernst-Ludwig Kirchner. Zahlreiche Porträtfotografien und Liebermannkarikaturen geben einen charakteristischen und teils amüsanten Einblick in die zeitgenössische Wahrnehmung des Malers. *os*


Heinrich Zille: Geburtstagsblatt zum 80. von Max Liebermann Bild: Museum Georg Schäfer

Die Ausstellung in der Liebermann-Villa, Colomierstraße 3, Berlin, ist bis 28. Februar 2011 täglich außer dienstags von 11 bis 17 Uhr geöffnet.

Eine Fahrt in die gleißende Sonne

Bilder von Ernst Mollenhauer im Ostpreußischen Landesmuseum entführen die Betrachter in ein unvergessliches Wunderland

Es ist ein für den Maler Ernst Mollenhauer (1892–1963) ungewöhnlich kleines Format, das einer Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum den Titel gibt: „Fahrt in die Sonne“. Man sieht einen Fischer in seinem Boot auf ruhigem Wasser der aufgehenden Sonne entgegen staken. Das kleine Gemälde entstand 1945 und wie kaum ein anderes lässt es die Hoffnung erahnen, mit welcher der Maler in die Zukunft blickt. Schon jetzt dominiert das gleißende Licht der Sonne das Motiv, eine Sonne, die man später in dieser Form immer wieder auf Mollenhauers Bildern finden kann. Die Ausstellung in Lüneburg gibt mit geretteten Frühwerken der Zeit von 1919 bis 1925 und Werken der Jahre ab 1945 bis 1962 einen Überblick über das Schaffen dieses ostpreußischen Expressionisten. Dabei bilden die Themen aus Nidden den Schwerpunkt, entsprechend kongenial ergänzt durch eine Serie von Bildern von Sylt. Aber auch Stillleben sowie Motive aus der Eifel, aus Frankreich oder Bayern sind zu sehen.

Wie sein großer Landsmann Lovis Corinth wurde Ernst Mollenhauer in dem kleinen ostpreußischen Städtchen Tapiau geboren. Corinth war es auch, der ein Studium Mollenhauers an der Staatlichen Kunstakademie Königsberg befürwortete. Auf Wunsch des Vaters allerdings absolvierte der junge Ernst zunächst eine kurze Lehrzeit in einer Königsberger Reederei. Von 1913 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, den er als Kompanieführer miterlebte, studierte Mollenhauer unter anderem bei Richard Pfeiffer. Nach dem Krieg kehrte Ernst Mollenhauer nach Königsberg an die Akademie zurück, wo er bis 1922 als Meisterschüler von Arthur Degner blieb.

Schon 1920 fand man den Künstler, der bereits mehrfach in Ostpreußen ausgestellt hatte, in dem kleinen Fischerdorf Nidden auf der Kurischen Nehrung, das dabei war, sich zu einer beliebten Künstlerkolonie zu entwickeln. Im selben Jahr heiratete er Hedwig Blode, die Tochter Hermann Blodes, jenes „Künstlervaters“, der aus dem ererbten Gasthof einen Anziehungspunkt der Künstlerkolonie gemacht hatte. – Max Pechstein, Karl Schmidt-Rottluff, Carl Zuckmayer und Thomas Mann waren damals häufige Gäste in Nidden. – Nach einer Episode in den USA (1922–1925), wo er als erster deutscher Künstler nach dem Krieg ausstellen konnte, ging Mollenhauer zurück auf die Kurische Nehrung. Dort in Nidden hatte er sein Atelier, dort blieb er bis 1945 und baute die Künstlerkolonie weiter aus. Mollenhauer kümmerte sich um das Haus Hermann Blode und wurde zum Mittelpunkt eines Kreises, der sich weitgehend dem Expressionismus verschrieben hatte.


Ernst Mollenhauer: Nehrungssonne (Öl auf Karton, 1948) Bild: Archiv

Während des Dritten Reichs wurde sein Werk wie das so vieler anderer als „entartet“ abgestempelt, Mollenhauer erhielt Ausstellungsverbot. Auch musste er sich vehement wehren, als die große Bildersammlung des Hauses Hermann Blode zerstört werden sollte. Bis zum Schluss hielt er es in Nidden aus, konnte jedoch nicht verhindern, dass sein gesamtes noch in seinem Besitz befindliches Werk wie auch die Gemäldesammlung beim Einmarsch sowjetischer Truppen zerstört oder verschleppt wurde.

Einen Neuanfang gab es zunächst in Kaarst bei Neuss, später in Düsseldorf. Seine ganze Liebe aber galt der See. Auf der Insel Sylt fand er das, was er auf der Kurischen Nehrung hatte zurücklassen müssen. „Nidden, unvergessliches Wunderland!“, malte Mollenhauer mit Worten. „Wenn der Herbst seine Farben ausschüttete, dann warst du ein einziges Märchen, in dem Gott, der aus weitem Himmel zusah, den Menschen verzauberte.“

Seit Anfang der 1950er Jahre hatte er ein zweites Atelier in Keitum, das allerdings 1969 mit allen dort befindlichen Bildern einer Brandstiftungsserie zum Opfer fiel. Als Mollenhauer starb, wurde er auf der Insel Sylt, deren Dünenlandschaft ihn so sehr an die Kurische Nehrung erinnerte, auf dem alten Friedhof in Keitum zur letzten Ruhe getragen.

Nicht zuletzt dank des Engagements seiner Tochter Maja Ehlermann-Mollenhauer, die den künstlerischen Nachlass des Vaters mit großer Sachkenntnis verwaltet, ist diese sehenswerte Ausstellung in Lüneburg möglich geworden. Sie ist zugleich der Ausklang eines expressionistischen Schwerpunktes im Ostpreußischen Landesmuseum 2010. So ist noch bis zum 9. Januar parallel zu den Bildern Mollenhauers im Kabinettbereich die Ausstellung „Sinfonie der Farbe“ mit Werken des Expressionisten Alexander Kolde zu sehen.

Silke Osman

Die Ausstellung „Fahrt in die Sonne“ im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, ist bis zum 15. Mai 2011 dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 4 /3 Euro.

Bevor die Würfel fielen

Deutsche Strategie und Planung zwischen der Schlacht um England und dem Russlandfeldzug – Kein früher Generalplan

Vor 70 Jahren war die Luftschlacht um England entschieden, aber der Befehl zur Vorbereitung eines Angriffs auf die Sowjetunion noch nicht erteilt. In dieser Situation stand die deutsche Seite vor der Herausforderung, eine neue Strategie zu entwickeln.

Nachdem die Luftschlacht um England Mitte September 1940 nicht zum erhofften Erfolg geführt hatte, begann deutscherseits die Suche nach einem neuen Kriegsplan. Da die britische Regierung den Krieg unbeirrt fortsetzte, standen – einmal abgesehen von weiteren Friedensbemühungen – drei strategische Ansätze zur Wahl: (1) die Verschärfung des U-Boot-Krieges, um England von seiner Überseeversorgung abzuschneiden; (2) der Angriff gegen die englischen Positionen im Mittelmeer und in Nordafrika; (3) der Versuch, einen Kontinentalblock unter deutscher Führung zu schaffen.

Kein militärischer Generalplan zur Eroberung Europas

Die Führung in Berlin hatte mit dem Einsatz der Vereinigten Staaten von Amerika zugunsten Englands zu rechnen. Sogar ein Kriegseintritt erschien möglich, wie er von Großbritanniens Premier Winston Churchill angestrebt wurde. Nun stand eine Entscheidung an. Die Marine setzte vor allem auf den Zufuhrkrieg gegen England. Wenn auch Karl Dönitz, der Befehlshaber der U-Boote, den Kampf forcierte, stieg die Zahl der Boote doch sehr langsam, denn im Herbst 1940 erhielt die Verstärkung des Heeres und der Luftwaffe Vorrang. Dies zeigt, wie sehr der Krieg gegen England unter der beginnenden Wendung gegen die Sowjetunion litt. Anfang 1941 gewann die britische Abwehr an Stärke, unter anderem durch den Einsatz von Radargeräten auf Schiffen, und im März gingen drei prominente U-Boot-Kommandanten samt Besatzung verloren, darunter der „Stier von Scapa Flow“, Günther Prien.

In der Zwischenzeit versäumte man die Chance, die Briten im Mittelmeer zu besiegen. Schon am 31. Juli hatte der Generalstabschef des Heeres General Franz Halder die Überführung von zwei Panzerdivisionen nach Libyen vorgeschlagen. Doch Benito Mussolini und seine Generale lehnten ab. Die 10. italienische Armee an der Grenze Ägyptens tat sehr wenig, um die Briten zu schlagen, die damals nur 36 000 Mann zählten. Erst nach der Niederlage der Italiener im Dezember erging das Ersuchen um Entsendung einer deutschen Panzerdivision. Daraufhin wurden Truppen unter General Erwin Rommel nach Libyen verlegt, die im April 1941 einen begrenzten Gegenangriff führten. Großadmiral Erich Raeder hatte schon im September 1940 für eine deutsche Offensive im Mittelmeer plädiert. Dies schien ihm die beste Möglichkeit, den Krieg erfolgreich fortzusetzen. Durch die Eroberung Gibraltars und des Suezkanals sollte die Lage der Achsenmächte grundlegend verbessert werden.

Inzwischen hatte der leichtfertige Angriff Mussolinis am 28. Oktober von Albanien aus gegen Griechenland in einer Niederlage geendet. Adolf Hitler war über diesen Alleingang verärgert, befahl aber am 13. Dezember, eine Entlastungsaktion von Bulgarien aus gegen Griechenland vorzubereiten. Es drohte die Bildung einer Balkanfront und eine Gefährdung des rumänischen Erdöls. Für Churchill bot sich die willkommene Chance, auf dem Balkan einzugreifen. Aus deutscher Sicht war Italien zu einer Belastung geworden. Wahrscheinlich hätte der rechtzeitige Einsatz deutscher Truppen in Nordafrika zur Gewinnung des Suezkanals gereicht.



Auf politischer Ebene wurde versucht, Spanien und Frankreich am Kampf gegen England zu beteiligen, doch standen diesem Ziel widerstreitende Interessen im Wege. Der Überfall eines britischen Flottenverbandes auf das französische Schlachtgeschwader bei Mers-el-Kebir am 3. Juli rief zwar Empörung hervor, doch Marschall Philippe Pétain verhielt sich reserviert. Hierauf wollte man Spanien gewinnen, um zumindest Gibraltar zu erobern. Doch Staatschef Francisco Franco, der unter britischem Druck stand, verlangte für einen Kriegseintritt einen hohen Preis, darunter die Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Als Hitler am 23. Oktober mit Franco und tags darauf mit Pétain zusammentraf, erhielt er keinerlei Zusagen. Das Scheitern dieser Bemühungen lief dem Plan Joachim von Ribbentrops zuwider, einen Kontinentalblock unter Einschluss Frankreichs, Spaniens und anderer Staaten zu gründen, um eine geschlossene Front gegen England zu errichten. Auch der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan vom 27. September erfüllte nicht die in ihn gesetzte Hoffnung, die USA vor einem Heranrücken an England abzuhalten.

Während die deutsche Führung nach einer Strategie suchte, wurde sie mit dem Problem Sowjetunion konfrontiert. Während Ribbentrop hoffte, die UdSSR in den Kontinentalblock einbinden zu können, wollte Josef Stalin weder ein Bündnis mit den Achsenmächten noch mit Großbritannien. Er schätzte, dass er von Deutschland einen hohen Preis für sein Wohlverhalten verlangen konnte. Als Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow Mitte November nach Berlin kam, präsentierte er konkrete Ziele: Finnland und die Südbukowina, Einbeziehung Bulgariens in die sowjetische „Sicherheitszone“ und Errichtung von Stützpunkten auf den Dardanellen. Außerdem meldete er Interesse an Ungarn, Jugoslawien, Griechenland und Polen an. Die Erfüllung dieser Forderungen hätte Stalins Position gewaltig gestärkt. Hitler gewann den zwingenden Eindruck, dass, falls sie erfüllt würden, man völlig in Stalins Abhängigkeit geraten würde und auch erpresst werden könnte. Dies war für einen Staat, der um seine Großmachtstellung kämpfte, unannehmbar. Hitler kam zur Auffassung, nur die Wahl zwischen Angriff und Unterwerfung zu haben. Obwohl die Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa“ vom 18. Dezember 1940 keinen endgültigen Entschluss darstellte, betrachtete er den Krieg im Osten als unvermeidlich.

Dies soll verdeutlichen, dass es trotz des bereits in Hitlers „Mein Kampf“ niedergelegten offensiven Konzepts mit der Sowjetunion als wichtigstem Gegner keinen militärischen Generalplan zur Eroberung Europas gab. Vielmehr wurde auf der Basis der jeweiligen Lage agiert. Dies hieß ab Ende 1940, sich zunächst auf den Krieg gegen die Sowjetunion zu konzentrieren. Alles, was nach dem erhofften Sieg kommen mochte, gehörte ins Reich des Unwägbaren.

Heinz Magenheimer

Plädoyer für ein Denkmal

Festansprache Michael Wolffsohns in der Berliner Nikolaikirche

Die „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus“ hat aus Anlass ihres 20-jährigen Bestehens gemeinsam mit der „Deutschen Gesellschaft“ eine Festveranstaltung unter dem Titel „Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und 20 Jahre Gedenkbibliothek – Orte der Erinnerung, der Gegenwart und der Zukunft“ ausgerichtet. Im Zentrum der Veranstaltung in der Nikolaikirche stand ein Vortrag des Historikers Michael Wolffsohn, der sich dem Thema „Freiheit und Einheit“ widmete. In heideggerscher Manier legte er die Bedeutung des wiedergewonnenen hohen Gutes der Freiheit dar – es bilde einen historischen Kontrapunkt zum Dritten Reich und der Zeit der Teilung. Wolffsohn gab sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass man in Deutschland „fast nie Freude oder Dankbarkeit“ hierüber begegne. Dem stellte er fast beschwörend seinen Ruf ins Auditorium entgegen: „Es werde das deutsche Freiheits- und Einheitsdenkmal.“ Er plädierte für eine Lösung, welche die sich gegenseitig bedingende „deutsche Einheit“ und „Vielfalt“ zum Ausdruck bringen. Deshalb sprach er sich für die Bevorzugung abstrakter und mehrdimensionaler Konzepte aus.

In einer anschließenden Gesprächsrunde diskutierte der Festredner mit dem Gründungsdirektor des ARD-Hauptstadtstudios Jürgen Engert und dem Herausgeber des „Tagesspiegels“ Hermann Rudolph die Gestaltung des in Planung begriffenen Freiheits- und Einheitsdenkmals ebenso wie den dazu geführten Diskurs. Hierbei lieferte der Mitinitiator des Denkmals Engert den stärksten Redebeitrag, indem er das für das Bewusstsein der Deutschen symptomatische Fehlen jeglicher ernsthaften Diskussion hervorhob. „Was sind wir eigentlich? Was wollen wir eigentlich sein?“ – diese wichtigen Fragen seien es, die trotz ihrer immanenten Bedeutung schlichtweg unbeachtet blieben.


Michael Wolffsohn Bild: Archiv

Abschließend ließ die ehemalige DDR-Bürgerin Ursula Popiolek, auf deren Initiative die Bibliothek zurückgeht, 20 Jahre Gedenkbibliothek Revue passieren, was angesichts von zirka 500 absolvierten Bildungsveranstaltungen in 15 Minuten – wie sie selbst anmerkte – lediglich fragmentarisch möglich war. Nichtsdestoweniger machte die nachgezeichnete große Linie deutlich, dass idealistisches gesellschaftliches Engagement zu einem beachtlichen Erfolg führen kann und einen unverzichtbaren Beitrag zur allgemeinen Meinungs- und Willensbildung darstellt, selbst bei politischem Gegenwind und persönlich schmerzlichen Rückschlägen: Von einer „Rufmordkampagne“ sowie einem Wasser- und zwei Brandanschlägen wissen Popiolek und ihre Mitstreiter zu berichten.

Freiheit, Einheit und Vielfalt – welche Geschenke sie für unser Land darstellen, wurde an diesem Abend wieder einmal deutlich. Erneut wurde jedoch auch kein Wort über die vertriebenen Deutschen aus dem Osten verloren. Erstaunt dies angesichts der Widrigkeiten, denen die Gedenkbibliothek begegnete? „Auch in einem freien Land muss die Freiheit jeden Tag erkämpft werden“, stellte Wolffsohn zu Recht fest.

Tilman Asmus Fischer

Undogmatisch von links

Honecker-Neffe Feist sprach vor Burschenschaftlern über Stalin

Peter Feist ist ein mutiger Mann. Der homo politicus aus der ganz linken Ecke hielt bei der Burschenschaft Teutonia Prag zu Würzburg seinen Vortrag „Stalin als Feldherr – Verbrechen und Fehler“, den er bereits zu DDR-Zeiten unter den wachsamen Augen der Mächtigen und der Stasi gehalten hatte. Der Neffe von Erich Honecker gewährte Einblicke in die Ursachen, aus denen die Sowjetarmee 1941 beim Angriff der deutschen Wehrmacht zunächst so rasch zusammenbrach. Dazu ging Feist weit zurück, vor den Ausbruch des tragischen deutsch-sowjetischen Waffengangs am 22. Juni 1941.

„Im Jahr 1937 wurde der begabteste Heerführer der Roten Armee, Marschall Tuchatschewski, verhaftet, kurz darauf hingerichtet und im Nachhinein wegen angeblichen Verrats an der Sowjetunion zu Gunsten Deutschlands zum Tode verurteilt. Danach wurde in einer Säuberungswelle die große Mehrzahl der höheren und mittleren Kommandeurskader der Roten Armee ermordet. Vier Jahre vor dem Krieg stand die Rote Armee fast ohne akademisch gebildete und kriegserfahrene Kommandeure da. Auch das wichtigste militärische Erbe Tuchatschewskis, die großen operativen Panzerverbände, die er geschaffen hatte und deren überragende Rolle in einem zukünftigen Krieg er lange vor den führenden Militärs Westeuropas erkannt hatte, wurden abgeschafft. Der Panzer wurde von Stalins neuen militärischen Helden Kulik und Woroschilow wieder zur Infanteriebegleitwaffe zurückgestuft.“

Die eigentliche Ursache für die tiefe Abneigung zwischen Stalin und Tuchatschewski sieht Feist nochmals rund 15 Jahre früher im polnisch-sowjetischen Krieg und dem von Stalin mitverschuldeten „Wunder an der Weichsel“.

Nauauflage einer kühnen DDR-Rede

Feist widersprach der Erstschlagthese von Viktor Suworow und Werner Maser, räumte aber ein, Stalin habe zu einem späteren Zeitpunkt die Absicht gehabt, Deutschland zu überfallen. Nach Beginn der Kampfhandlungen griff Stalin selbst immer wieder persönlich ein. Die größte Katastrophe der Roten Armee, die Kesselschlacht von Kiew, ging auf Stalins persönliche Intervention zurück. Er verbot den rechtzeitigen Rückzug (ähnlich wie Hitler in den letzten beiden Jahren des Krieges) und trug deshalb die Verantwortung für den Verlust von fünf sowjetischen Armeen mit über 600 000 Gefangenen. So wurde fast der gesamte Südflügel der russischen Westfront vernichtet.

Feists Darstellungen decken sich größtenteils mit entsprechenden Berichten auf (west)deutscher Seite, vor allem Paul Karl Schmidts (Paul Carells), aber sie sind eben nicht in Kenntnis des „Klugen, der vom Rathause kommt“ verfasst, sondern gewissermaßen von der anderen Seite betrachtend zur Zeit der DDR. Feist war Doktorand in Philosophie und Geschichte an der Humboldt-Universität und einer der geistigen Schüler des Dissidenten Wolfgang Harig.

Zum 8. Mai bemerkte er: „Und wie jedes Jahr wird sich in diese berechtigte Feier ein Missklang einschleichen, den wir den ‚Alt-Gläubigen‘ zu verdanken haben: Sie werden Stalin als den Sieger über den Faschismus feiern. So widerlich, weil inhuman, mich diese ständige Arie deucht, so muss man ihr doch sachlich immer wieder schärfstens entgegentreten.“ Das waren vor 1989 in Mitteldeutschland sehr mutige Worte. Der Referent zog viele Besucher in den Kneipsaal der Burschenschaft, und nachdem alle Fragen im „offiziellen Teil“ beantwortet worden waren, sah man die älteren Alten Herren bis zu mitternächtlicher Stunde in angeregte Diskussionen mit dem Referenten vertieft.

Hans Lody

Wie »Südpreußen« geboren wurde

Durch die Zweite Teilung Polens erhielt Friedrich Wilhelm II. im Jahre 1793 eine Verbindung Ostpreußens mit Schlesien

Die Erste Teilung Polens von 1772 wirkte auf das Opfer wie ein Schock. Im polnischen Adel einschließlich des Königs entstand ein breiter Konsens, dass sich so etwas nicht wiederholen dürfe. Die gezogenen Konsequenzen wirkten jedoch kontraproduktiv – und brachten Preußen schon 1793 weitere Gebiete – das sogenannte „Südpreußen“ – ein.

Zweierlei hatte die Erste Teilung Polens deutlich gemacht: Das imperiale Russland wollte in seinem Vorhof einen (schwächeren) Juniorpartner. Und die sogenannten polnischen Kardinalrechte, sprich das Vetorecht jedes Sejm-Mitgliedes, das Recht des Sejm, den König zu wählen, sowie die Minderheitenrechte der Nicht-Katholiken (Dissidenten), standen unter dem Schutz der internationalen Staatengemeinschaft, sprich der Nachbarn. Nun hätte man meinen können, dass der Adel Polens auf diese beiden externen Konstanten Rücksicht genommen hätte. Dem war aber nicht so. Vielmehr standen für ihn die internen Ursachen der Teilung des eigenen Landes im Vordergrund, sprich die eigene Schwäche durch Rückständigkeit. Sejm und König versuchten nun, sie durch ein Reformprogramm zu überwinden.

Die bekannteste Einzelreform ist die Schaffung der ersten weltlichen Erziehungsbehörde Europas im Jahre 1773. Den Anstoß dazu hatte der Papst gegeben, indem er am 21. August des Jahres den Jesuitenorden aufgehoben hatte. Der Sejm beschloss daraufhin die Bildung einer Erziehungskommission, die den herrenlos gewordenen Ordensbesitz für ein säkularisiertes Schulwesen verwenden sollte. Sie übernahm die Aufsicht und Finanzierung von 74 höheren Schulen sowie der beiden Akademien in Krakau und Wilna.

Zarin Katharina war bereit, dieses gemäßigte Reformprogramm als Gegenleistung für eine russlandfreundliche Außenpolitik zu dulden. 1787/88 bildete dann jedoch eine Zäsur. 1787 begann einmal wieder ein russisch-osmanischer Krieg. Russland wurde zwar von Österreich unterstützt, geriet jedoch bald in einen unangenehmeren Zweifrontenkrieg, als am 28. Juni 1788 der schwedische König Gustav III. aus innenpolitischen Gründen das Zarenreich angriff. Polens Adel wähnte Russland abgelenkt und ging nun zu einem ungleich grundsätzlicheren Reformprogramm über. Am 6. Oktober 1788, also nur wenige Monate nachdem der Krieg für Russland Zweifrontenkrieg geworden war, trat in Polen der sogenannte Große oder Vierjährige Sejm zusammen. Dieser Reichstag katapultierte Polen von einem rückständigen Land zumindest partiell an die Spitze des Fortschritts, in gewisser Hinsicht sogar noch vor das revolutionäre Frankreich, mit dem es einen regen Gedankenaustausch gab. Er gab dem Land nämlich 1791 eine Verfassung, die erste geschriebene überhaupt in Europa. Am 3. Mai 1791 wurde sie beschlossen.

Bei alledem nahm der Sejm auf die erwähnten Kardinalrechte genauso wenig Rücksicht wie auf die Revolutionsfeindlichkeit der autokratischen Zarin. Das Einstimmigkeits- wurde durch das Mehrheitsprinzip ersetzt. Die Wahlmonarchie wurde in eine Erbmonarchie umgewandelt. Und analog zu islamistischen Staaten wurde der Abfall vom katholischen Glauben verboten. In ihrer Radikalität erinnerten die polnischen Reformen Zarin Katharina die Große an die ihr verhasste „französische Pest“. Der polnische Adel setzte jedoch auf Russlands Beschäftigung durch den Krieg mit dem Osmanischen Reich (und Schweden), eine Militärreform nach preußischem Vorbild sowie sein Bündnis mit Preußen.

Letztgenannte Defensivallianz vom 29. März 1790 erfüllte jedoch weder die polnischen noch die preußischen Erwartungen. Friedrichs des Großen Nachfolger Friedrich Wilhelm II. hatte gehofft, sich im Gütlichen mit Polen auf den Erwerb der deutschsprachigen Städte Danzig und Thorn einigen zu können, den sein Oheim schon bei der Ersten Teilung erstrebt hatte. Anfang September 1790 beschloss der Sejm aber die absolute Integrität des Staatsgebietes. Seinen Wert als möglicher Bündnispartner gegen Österreich verlor Polen für den Preußenkönig, als dieser am 27. Juli 1790 mit Kaiser Leopold II. in der Reichenbacher Konvention zu einem Übereinkommen fand. Friedrich Wilhelm musste sich fragen, warum er sich durch Polen in einen Konflikt mit Russland hineinziehen lassen sollte, wo nun auch noch der potenzielle Kriegsverbündete England sein Interesse an dem ostmitteleuropäischen Raum verlor, weil London seine Aufmerksamkeit nun ganz dem revolutionären Frankreich zuwandt, das sich auf der anderen Seite des Ärmelkanals gefährlich auszubreiten begann. Die Verfassung vom 3. Mai 1791 nahm Friedrich Wilhelm zum Anlass, die preußisch-polnische Defensivallianz vom 29. März 1790 zu kündigen.

Die Stunde der Wahrheit kam mit dem Ende des russisch-osmanischen Krieges am 9. Januar 1792, nachdem der russisch-schwedische bereits 1790 beendet worden war. Nachdem die Zarin in einer Deklaration am 18. Mai 1792 Polen unter anderem die Verfolgung von russischen Staatsangehörigen und Orthodoxen sowie Bündnisgespräche mit dem Osmanischen Reich vorgeworfen hatte, intervenierte sie mit 100 000 Mann in dem Nachbarland, das nur 30 000 Mann zu seiner Verteidigung aufbringen konnte. Der russische Vormarsch endete mit der polnischen Kapitulation im Juli 1792.

Österreich war zu dieser Zeit bezüglich Polens weitgehend handlungsunfähig, denn am 20. April des Jahres hatte Frankreich ihm den Krieg erklärt. Preußen sprang der Donaumonarchie zwar bei, verfolgte aber als überwiegend ostelbische Macht in diesem Krieg keine unmittelbaren eigenen Interessen und konnte deshalb auch mit der Einstellung der Kämpfe gegen das revolutionäre Frankreich drohen. Das wollten weder der Kaiser mit seinen von Frankreich bedrohten westrheinischen Besitzungen noch die revolutionsfeindliche Zarin. So kam es am 23. Januar 1793 in Sankt Petersburg zum Abschluss eines preußisch-russischen Teilungsvertrages, der Zweiten Teilung Polens. Wie schon nach der Ersten Teilung Polens von 1772 wurde auch nach dieser Zweiten von 1793 der polnische Sejm mit der Androhung militärischer Gewalt und Geldzuwendungen dazu gebracht, der Einigung der benachbarten Großmächte nachträglich seinen Segen zu geben. Das geschah am 23. September 1793. *Manuel Ruoff*



Aus heutiger Sicht verstießen die polnischen Teilungen eklatant gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Doch wie groß war eigentlich um 1800 das polnische Siedlungsgebiet, auf das das (erst später formulierte) Selbstbestimmungsrecht der Völker sich hätte beziehen müssen? Genaue Sprachkarten aus dieser Zeit gibt es nicht, doch die nebenstehende Karte aus Andrées Handatlas von 1880 gibt einen guten Eindruck. Sie verzeichnet die Verhältnisse sogar zu Gunsten Polens, denn Masuren und Oberschlesien waren im späten 19. Jahrhundert längst überwiegend deutschsprachig. Auch ist das Kaschubische kein polnischer Dialekt, sondern eine eigene Sprache.
Bemerkenswert: Nur etwa 70 Kilometer südöstlich von Warschau begann damals das weißrussische Siedlungsgebiet. Der polnische Staat vor der ersten Teilung von 1772 war über viermal größer als das damalige, gewachsene polnische Sprachgebiet.

Bild: Internet

Die Bilanz der Zweiten Teilung

Als Ersatz für die Kosten des Krieges gegen die französischen Rebellen, wie es offiziell hieß, erhielt Preußen 58 400 Quadratkilometer mit 1,136 Millionen ganz überwiegend polnischsprachigen Einwohnern. Es erhielt neben dem langersehnten Danzig und Thorn Großpolen sowie das westliche Masowien und bildete daraus die neue, heute fast nur noch Historikern bekannte Provinz Südpreußen, die nur bis 1807 bestand.

Das Habsburgerreich bekam bei dieser Teilung keinen Quadratmeter Polen, dafür aber die Zusicherung der beiden anderen Ostmächte, es beim Kampf mit Frankreich um die Österreichischen Niederlande ebenso zu unterstützen wie bei der Realisierung des Plans diese Exklave am Rhein bei den Wittelsbachern gegen Bayern zu tauschen.

Die Interventionsmacht Russland erhielt mit 228 600 Quadratkilometern und 3,056 Millionen Seelen ein Mehrfaches der Preußen. Es annektierte den (weiß)ruthenischen Teil Polens und verschob seine Westgrenze bis zu einer Linie, die von Dünaburg im Norden bis nach Chotyn im Süden reichte. In diesem Gebiet waren die Polen bei weitem in der Minderzahl. *M.R.*

Wilhelms II. einzige Tochter

Vor 30 Jahren starb Viktoria Luise von Preußen

Am 13. September 1892 bekamen der letzte Deutsche Kaiser und dessen Ehefrau mit Viktoria Luise ihr siebtes und letztes Kind. Der eine Vorname erinnerte an die britische Queen, ihre Urgroßmutter, der andere an die beliebteste preußische Königin, ihre Ururgroßmutter.

Nach einer unbeschwerten Kindheit und Jugend heiratete Viktoria Luise den Welfen Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg. Die Vermählung 1913 bildete das letzte große Familienfest des miteinander verwandt und verschwägerten europäischen Hochadels vor der Selbstzerfleischung im Ersten Weltkrieg.

Die Ehe von Viktoria Luise mit dem Sohn des letzten Kronprinzen von Hannover sollte der Überbrückung dynastischer Gräben dienen, die Otto von Bismarck mit den preußischen Annexionen nach dem Deutschen Krieg 1866 aufgerissen hatte. Einem ähnlichen Zwecke hatte bereits die Ehe Wilhelms II. mit der ältesten Tochter des Herzogs Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein gedient.

Wilhelm II. behielt zwar Hannover, überließ seinem welfischen Schwiegersohn aber sozusagen als Mitgift das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, das bis 1884 ebenfalls Welfen regiert hatten und



Viktoria Luise Bild: Archiv

seitdem treuhänderisch von Dritten verwaltet worden war.

Die Herrschaft von Herzog Ernst August endete nach der Novemberrevolution von 1918. Die Familie ging ins österreichische Exil, nach Gmunden am Traunsee. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten kehrte das ehemalige Herrscherpaar ins Deutsche Reich zurück. Es bewohnte das Schloss Blankenburg im Harz. Nach der Besetzung durch die Sowjets zog die Familie nach Marienburg bei Hannover.

1953 starb Viktoria Luises Mann und ihr Sohn Ernst August wurde Chef des Hauses Hannover. Entgegen den Erwartungen des Sohnes und den Gepflogenheiten des Welfenhauses zog sich die weithin beliebte Herzogin nun aber nicht aus dem öffentlichen Leben zurück. Sie engagierte sich vielmehr weiterhin sozial und erreichte mit einer Reihe von Veröffentlichungen über ihre Familie ein Millionenpublikum.

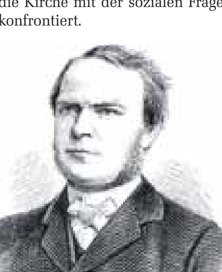
Nach längerer Krankheit und einem Umzug in das Friederiken-Stift in Hannover starb Viktoria Luise am 11. Dezember 1980. Außer Ernst August brachte Viktoria Luise noch drei weitere Söhne zur Welt sowie Friederike, die Mutter des letzten griechischen Königs Konstantin II. und der aktuellen spanischen Königin Sofia. *M.R.*

Der Christlich-Soziale

Vergebens erstrebte Adolf Stoecker ein protestantisches Zentrum

Wie viele andere deutsche Protestanten seiner Zeit stand auch der am 11. Dezember 1835 in Halberstadt geborene Hofprediger der Hohenzollern Adolf Stoecker der Moderne kritisch gegenüber. Die Sozialdemokratie mit ihrem atheistischen Marxismus lehnte er ebenso ab wie Liberalismus und Kapitalismus mit ihrem Skeptizismus und Laizismus sowie Materialismus und Egoismus. Da Stoecker an der Spitze von Marxismus und Liberalismus sowie Großkapital die Juden überrepräsentiert wähnte, verstärkte sich sein kirchlicher Antijudaismus zum Antisemitismus, was ihm heutzutage am meisten vorgeworfen wird. Stoeckers Antisemitismus unterschied sich vom späteren nationalsozialistischen jedoch nicht nur durch seinen indirekten Charakter, sondern auch dadurch, dass Stoecker ähnlich Heinrich von Treitschke die Lösung in der Konversion zum Christentum sah.

Mit missionarischem Eifer erstrebte der theologisch wie politisch konservativ eingestellte Prediger die Volkskirche unter Einschluss der Arbeiterschaft. So wie Otto von Bismarck bei der Gewinnung der Arbeiterschaft für den Staat sah Stoecker sich bei der Gewinnung der Arbeiterschaft für die Kirche mit der sozialen Frage konfrontiert.



Adolf Stoecker Bild: Archiv

Als christliche Alternative zur atheistischen Sozialdemokratie gründete er 1878 die „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“. Als Stoecker feststellen musste, dass seine Gründung gegen die SPD keine Chance hatte, konzentrierte er sich als Adressat auf den Bevölkerungsteil, dem er selber entstammte, das Kleinbürgertum.

Stoecker gelang der gesellschaftliche Aufstieg zum studierten Pastor. Der Sohn eines Wachtmeisters bei den Halberstädter Kürassieren wurde 1871 Divisionspfarrer in Metz, im gerade zurückgewonnenen Elsass-Lothringen. Durch seine patriotischen Beiträge in der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“ wurde der preußisch-deutsche Hof auf ihn aufmerksam und holte ihn 1874 als Hof- und Domprediger nach Berlin. Wegen seiner umstrittenen politischen Aktivitäten musste er 1890 dieses Amt niederlegen. Adolf Stoecker konzentrierte sich fortan auf die Politik. Im Deutschen Reichstag saß er ebenso wie im Preußischen Abgeordnetenhaus.

Wenn Stoeckers Partei auch eine Splitterpartei blieb, so stieß doch seine Beschäftigung mit der sozialen Frage bei vielen Volkskirchlern, die eine protestantische Volkskirche in Analogie zum Zentrum ersehnten, auf Sympathie. Allerdings beriefen sich auch die Nationalsozialisten auf den am 7. Februar 1909 Verstorbenen. *M.R.*

Was bringt es, wenn wir keine Kernkraft mehr produzieren?

Zu: „Noch lange keine Volkspartei“ (Nr. 47)

Der grüne Parteitag hat beschlossen, dass wir bis 2030 alle Energie auf erneuerbar umstellen. Frage: Welche Auswirkungen hat es, wenn wir in Deutschland keine fossile oder Kernenergie mehr verbrauchen? Da unser Anteil an der Erdoberfläche etwa so viel Promille beträgt, dass ich mit einem entsprechenden Blutalkohol noch Auto fahren könnte, kann man damit die nächste Warm- oder Eiszeit nicht beeinflussen. Da die Sonne nur tags scheint und der Wind bläst, wann er will, sind wir auf organische Energiequellen angewiesen. Da bietet sich an: Ölpflanzen, Mais oder Weizen. Da wir das aber für unsere Ernährung brauchen, können wir diese Energiequellen nur auslagern.

In Süddeutschland wurden Erdgasvorkommen in über 1000 Meter Tiefe entdeckt, aber schon beginnt der Widerstand gegen den Abbau, da könnte durch die Bohrungen die Umwelt geschädigt werden.

Zurzeit können wir als Exportvizeweltmeister Strom aus Frankreich oder Tschechien kaufen. Neue Reaktoren könnten wir für die noch bezahlen. Aber was, wenn wir mal nicht mehr als Zahlmeister taugen? Einstein hat mit seinen Unendlichkeiten doch Recht.

Dr.-ing Karl Reißmann, Mittweida

Schweiz beteiligt Bürger mehr

Zu: „Die Schweiz macht es vor“ (Nr. 41)

Großprojekte in der Schweiz: Entscheidend dürfte sein, dass die Schweiz ein demokratisches Land ist. Selbst habe ich zwei andere Großprojekte in der Schweiz miterleben dürfen; die Untertunnelung von Schaffhausen und die S-Bahn-Bauten in Zürich. Das Volk stimmt über diese Projekte ab, oft werden mehrere Modelle zur Abstimmung gestellt. Während der Bauarbeiten wird das Volk zur Besichtigung eingeladen. Die „Bist Du nicht willig, dann brauche ich Gewalt“-Politik ist in der Schweiz nicht üblich.

Horst Reichhardt, Gailingen

Anerkennung

Zur *PAZ*:

Ich bedanke mich sehr für die Übersendung eines Ansichtsexemplars Ihrer Zeitung, die ich mit Interesse gelesen habe. Ich möchte Ihnen ausdrücklich zu der aus meiner Sicht gut gelungenen Konzeption Ihrer Zeitung und den Inhalten der Beiträge meine Anerkennung aussprechen. Sie geben in Bezug auf das preußische Kulturerbe einen ausgewogenen, sachlichen und inhaltlich interessanten Einblick in die verschiedenen Ebenen der „preußischen Denkweise“ und tragen somit zu einem positiven Bild dieses früheren deutschen Staates bei.

Dr. Jörg Loke, Krefeld



„Atomkraft Schluss jetzt!“: Die Bundesvorsitzenden der Grünen, Claudia Roth (2.v.r.) und Cem Özdemir, und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag Renate Künast (r.) Bild: dapd

Der Euro als »Versailles ohne Krieg«

Zu: „Deutschland wird ausgeblutet“ (Nr. 47)

Deutschland befindet sich in einem Dilemma, weil es sich kaum den Forderungen anderer EU-Staaten verschließen will oder darf. Hat es doch im Zwei-plus-Vier-Vertrag erklärt, dass das vereinte Deutschland Handlungen als verfassungswidrig und strafbar ansieht, „die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören“. So wollte bereits Helmut Kohl durch das Aufgehen Deutschlands in Europa den Frieden gewährleisten. Und nach Bundeskanzlerin Merkel geht es bei der Währungsunion um die „Friedensidee Europas“, denn scheitert der Euro, scheitert auch Europa. Die von Deutschland 1992 durchgesetzte Regel des EU-Vertrages, dass kein Mitgliedsland für die Schulden eines anderen einsteht, wurde 2010 einfach hinweggefegt. Also waren die Worte der Zeitung „Le Figaro“ „Maastricht ist der Versailler Vertrag ohne Krieg“ so falsch nicht. Ist die deutsche Nation etwa nicht souverän genug, um für ihre Bürger zu sorgen? Ich möchte an die Worte des Römers Marcus Tullius Cicero von vor knapp 2000 Jahren erinnern: „Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht Bankrott gehen will.“

Ulrich Blode, Langenhagen

Wie lange müssen konservative Wähler noch auf einen Vertreter ihrer Interessen warten?

Zu: „Weiß-blaue Panne“ (Nr.45)

Jede Woche ein Festtag, wenn die neue Ausgabe Ihrer Zeitung im Briefkasten liegt. Der oben genannte Artikel ist dagegen ein erneuter Beweis, wie recht Herr Sarrazin hat.

Ob gewollt oder ungewollt wird in der Beilage einer deutschen Zeitung vom „russisch besetzten Ostpreußen“ geschrieben und die Aufregung ist riesengroß. Da nennt der Chefredakteur der Zeitung die Sache „eine der ärgerlichsten der Welt“, in dem Fall ist wohl der Chefredakteur das Ärgernis.

Dem Mann kann geholfen werden, denn er muss sich nicht darüber ärgern, dass Ostpreußen seit 1945 russisch besetzt ist, zumindest der Teil, von dem hier die Rede ist, denn er trägt ja daran keine Schuld. Umgedreht sollte er als normaler deutscher Staatsbürger das Kreuz haben, um sagen zu können: Natürlich ist das so.

Dass einem SPD-Bundestagsabgeordneten dazu nur dumpfe Sprüche einfallen, ist leider an der Tagesordnung unter deutschen Politikern und Abgeordneten. Wann hat denn ein deutscher Politiker das letzte Mal zu seinem eigenen Land und seiner Geschichte öffentlich ehrlich Stellung bezogen? Da reihen sich die Negativbeispiele leider aneinander und allen voran einer, der sich deutscher Außenminister nennt. Wer will sich mit solchen Politikern identifizieren?

Da wird einem ja Angst, wenn sich eine Frau wie Renate Künast als Kandidatin zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin stellt. Die Kommentare in den Internet-Diskussionsforen sprechen jedenfalls eine eigene (deutsche) Sprache.

Es ist an der Zeit, dass sich auf der rechten Parteienseite der CDU/CSU etwas tut. Wie lange müssen die konservativen Nichtwähler noch darauf warten, wieder frohen Mutes an eine Wahlurne treten zu dürfen? Ich bin Jahrgang 1967 und möchte nicht im linken Chaos enden, da wurde ich schon geboren.

Andreas Weiß, Berlin

Nur die Stiftung Preußisches Kulturerbe will eindeutig die ganze Garnisonkirche wiederaufbauen

Zum Leserbrief „Der geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam aus der Sicht der FWG“ (Nr. 47):

Zum Artikel „Sechs Millionen verschenkt“ (*PAZ* Nr. 45) hat der Schriftführer der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche (FWG) am 26. November in der *PAZ* Stellung genommen. Dazu ist festzustellen:

Behauptung 1: Der FWG sei es gelungen, Politik, Kirche und Preußenfreunde unter dem Ruf aus Potsdam zusammenzubringen.

Wahr ist: Der „Ruf aus Potsdam“ vom Januar 2004 belegt die polithistorische Umdeutung des 1990 von den Stadtverordneten beschlossenen Wiederaufbauvorhabens durch die These des „... von uns Deutschen entfesselten Zweiten Weltkrieg ...“, die Aussage „In diesem Gotteshaus könnte zukünftig das Gedächtnis geprägt, das Gewissen geschärft und die Zukunft gestaltet werden.“ Und die Zielsetzung die Kirche „soll zu einem Zentrum für Frieden und Versöhnung werden“.

Bewertung: Dieser recht langatmige Ruf hat bisher nicht gezündet, im Gegenteil: Der Ruf hat den Spenderkreis der für die Garnisonkirche engagierten „Preußenfreunde“ gespaltet. Das Spendenaufkommen für die FWG erreichte in rund sieben Jahren bisher keine erwähnenswerte Größenordnung.

Behauptung 2: Die FWG habe die Kirche vom Nutzungskonzept des „Internationalen Versöhnungszentrums“ abgebracht.

Wahr ist: Dieses 2005 vorgestellte Nutzungskonzept wurde von der Kirchenleitung der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz (EKBO) vom 15. April 2005 offiziell beschlossen. Es ist damit „Gesetz“, so lange es nicht widerrufen wird. Dies geschah bisher nicht, und damit bleibt es weiter die gültige Linie der EKBO, welche durch inhaltliche Neubestimmung und veränderte Architektur auf den Symbolbruch der Garnisonkirche zielt. – Bewertung: Die FWG-Stellungnahme ist entweder Wunschdenken oder Fehlinformation (siehe 3.).

Behauptung 3: Spätestens mit der Errichtung der Stiftung Garnisonkirche Potsdam (Anmerkung: das war 2008) durch die Evangelische Kirche sei das „Nutzungskonzept von 2005“ nicht mehr Planungsgrundlage.

Wahr ist: Die EKBO hat am 17. März 2010 – also erst kürzlich – schriftlich vorgelegt, dass das „von den kirchlichen Körperschaften beschlossene Nutzungskonzept auf wenige Schwerpunkte zurückzuführen“ sei. „a) Erinnern und Aufarbeiten, b) Vergeben und Versöhnen, c) Bitten um Frieden“.

Zu a) „... Die besondere Ausstattung wird diesen Aspekt betonen.“ Zu b) „... Das Nagelkreuz aus Coventry ... wird in einer vergrößerten Kopie an markanter Stelle aufgestellt.“ „... Das Nagelkreuz ist gleichzeitig ein Bekenntnis zur eigenen Schuld.“ Zu c) Der Stundenlauf des Glockenspieles soll verändert werden „... Auch durch eine zusätzliche Melodie im Carillon ... (‚Gib Frieden Herr, gib Frieden‘)“

In Umsetzung des Nutzungskonzeptes veranstalteten Stadt, Ev. Kirche und FWG am Ort der Garnisonkirche „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“ folgende Aktivitäten:

– 1. September 2009: Gedenk- und Bußgottesdienst zum Bekennen deutscher Schuld anlässlich des behaupteten deutschen „Überfalls auf Polen“ 1939 (der kein Überfall war und Preußen dafür schon gar nicht ursächlich),

– 27. Januar 2010: Holocaust-Gedenk- und Bußgottesdienst (was nichts mit der Garnisonkirche zu tun hat),

– 9. November 2011: neben anderen Themen auch Gedenken zu den Synagogenbränden 1938 (was ebenso nichts mit der Garnisonkirche zu tun hat).

Bewertung: Die EKBO bestätigte im März dieses Jahres damit offiziell die Gültigkeit polit-historischer Inhalte des Nutzungskonzeptes von 2005. Der FWG-Schreiber ist entweder nicht informiert oder verschweigt diese Fakten, um mögliche Spender unwissend zu lassen und gebefreudig zu stimmen.

Behauptung 4: Die FWG habe mit der Ev. Kirche Einigung darüber erzielt, dass die historische Wetterfahne und nicht das Nagelkreuz von Coventry auf die Kirchturmspitze käme.

Wahr ist: Die Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel (TPG) rang der Ev. Kirche diese Regelung bereits im August 2002 ab; das Protokoll trägt das Datum vom 15. August 2002. Der Verfasser des FWG-Leserbriefes war seinerzeit dabei. Die FWG entstand aber erst Ende 2003. – Solche „Gedächtnislücken“ sind nicht zu kommentieren.

Behauptung 5: Der TPG-Rückzug sei von einer Erblasserin als „Verrat am Wiederaufbau“ beurteilt worden. Es frage sich, ob derjenige, der die für den Wiederaufbau der Garnisonkirche gespendeten Gelder zurückhält, nicht „Bürgerengagement beiseite drängt“, indem er das Geld „zweckentfremdet“.

Wahr ist: Vor Auflösung der TPG 2005 wurden alle Spender schriftlich über den zeitgeistigen polithistorischen Inhalt des „Nutzungskonzeptes“ informiert und zur Verwendung ihrer Spenden befragt. Die Reaktionen:

– 0,56 Prozent der Befragten, die insgesamt rund 10 000 Euro repräsentierten, bestimmten, dass ihre Spenden der FWG zur Verfügung zu stellen seien.

– 2,4 Prozent der Geldgeber verfügten die Umleitung auf andere gemeinnützige Zwecke.

– Rund 97 Prozent der Spender bestimmten, dass ihre Spenden von zusammen über fünf Millionen Euro als „Projektrücklage“ zu verwalten seien, bis endgültig geklärt wäre, dass die Garnisonkirche nicht mehr als Denkmal und Symbol des christlichen Preußen wiedererrichtet werden kann. Dann sei das Geld dem Stiftungskapital der Stiftung Preußisches Kulturerbe (SPKE) zuzuführen.

Bewertung: Der Verfasser des FWG-Leserbriefes erweckt den Eindruck, als verfahre die SPKE willkürlich. Das Gegenteil ist der Fall – sie hat die Spender-Entscheidungen auf Punkt und Komma erfüllt und wird das auch künftig mit der inzwischen auf 6,3 Millionen Euro angewachsenen „Projektrücklage“ tun.

Die FWG hat den souveränen Spenderwillen zu achten; ihr stehen derartige Urteile nicht zu. Sie wirbt seit rund sieben Jahren um Spenden, und die gingen bei ihr bisher aus den zuvor genannten Gründen nur unzureichend ein. Die polit-historische Zielsetzung, die von der Ev. Kirche mit der Garnisonkirche verfolgt wird, spricht eher die „Linke“ an, wozu von der Ev. Kirchen-Stiftung Garnisonkirche Potsdam das Vorstandsmitglied Pfarrer Vogel am 3. April 2010 in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ freudestrahlend verkündete: „Er sei sicher, das wir in der Linke(n) einen guten Partner gefunden haben.“

Ob die „Linke“ und ihre „Genossen“ dann auch die nötigen Millionenspenden geben, auf die man hofft, bleibt abzuwarten. Als „Preußenfreunde“ traten die bisher nicht hervor, wenn man von NVA-Uniformen und Stechschritt-Paraden ihrer SED-Vorfahren einmal absieht. Im übrigen nimmt die SPKE in Respekt vor einer toten Erblasserin nicht post mortem Stellung zur behaupteten „Verrats-Ansicht“.

Hinzu kommen verschwiegene Tatsachen: Der FWG verweist stets auf die Satzung der Ev. Kirchenstiftung Garnisonkirche Potsdam, um zu beweisen, dass jetzt die ganze Garnisonkirche wiederaufgebaut werden solle, denn das stünde ja da drin.

Dies ist reine, irrelevante Augenwischerei. Nach Beschlusslage ist das Gegenteil gewollt. Die Stadtverordneten entschieden am 7. Mai 2008 ausdrücklich nur den Wiederaufbau des Garnisonkirchturms. Die Entscheidung über das Kirchenschiff soll gesondert getroffen und künftigen Generationen vorbehalten bleiben. Alle Bauplanungen der Kirchenstiftung sehen daher nur dieses Ziel vor.

Bischof i.R. Wolfgang Huber hat deshalb folgerichtig erklärt: „Lasst uns den Turm bauen und von der Kirche träumen.“ Damit zielt er auf die Durchsetzung der schon 2001 geäußerten törichten Planung, nur den Turm zu bauen und 2045 – nach 100-jähriger Buße – den Herrgott zu fragen, ob er denn die Buße der Deutschen angenommen habe. Und falls DER HERR das dann bejahen sollte, könne man das Kirchenschiff wiedererbauen.

Diese alttestamentliche Überzeugung von Buße bis ins dritte und vierte Glied ist das Gegenteil der Lehre Christi von Nächsten- sowie Feindesliebe und Vergebung der Schuld. Herr Huber und sein Kuratorium wollen also den Aschekübel über das Haupt der Deutschen aller Generation bis 2045 auskippen. Dazu dienten schon die fragwürdigen, unter 3. aufgeführten „Gedenkveranstaltungen“. Der gnädige Herrgott bewahre Deutschland vor solcher Theologie der Lieblosigkeit.

Ausblick: Die Garnisonkirche war Denkmal und Symbol des christlichen Preußens und sollte deshalb auch mit Gemeinde und regelmäßigem Sonntagsgottesdienst wieder ein Ort der Verkündigung des Wortes Gottes sein.

Das könnten wir uns bei einer Personalgemeinde gut vorstellen, die mit der evangelischen und der katholischen Militärseelsorge gemeinsam Verantwortung trägt und ökumenisch zusammenarbeitet.

Dafür stünde die SPKE zur Verfügung; das war das Ziel der TPG, die seinerzeit dafür geworben hatte. Die TPG-Spendensammlung für die Garnisonkirche war aber 2005 zu beenden, als die Ev. Kirche – nach zehn Jahren der Verweigerung – dann mit ihren Konzepten (The Spirit of Change – Veränderung ist möglich“ von 2001 und Internationales Versöhnungszentrum unter dem Kreuz von Coventry von 2005) den Symbolbruch an der Garnisonkirche zum Ziel gemacht und damit die „Freunde des christlichen Preußen“ abgestoßen hatte.

So war es dann im Januar 2002 das souveräne Recht Potsdams, seine Stadtverordneten-Entscheidung vom 6. Oktober 1990 („Wiederaufbau der Garnisonkirche in wirtschaftlich gesicherter Zukunft“) zu ändern und sich nunmehr dem von der Ev. Kirche verfolgten Symbolbruch anzuschließen. Die TPG hatte vor Beschlussfassung jeden Stadtverordeneten über den daraus folgenden Rückzug der TPG informiert.

Es war, ist und bleibt das souveräne Recht der TPG / SPKE und der sie unterstützenden „Freunde des christlichen Preußen“ zu fördern, was sie fördern wollen. Die Exekutierung von „Schuldritualen der politischen Korrektheit“ am Symbolort der Garnisonkirche sehen SPKE und ihre Förderer als polit-historischen, zeitgeistigen Missbrauch dieses Gotteshauses an, der die Gemeinde schon heute spaltet. Dafür kann niemand unsere Hilfe erwarten. Das wissen in Potsdam inzwischen Hochgestellte der Stadt und der Ev. Kirche, das wissen alle unsere Spender.

Innere Mission tut Not in Deutschland! Innere Mission war Friedrich-Wilhelms I. – des Soldatenkönigs – Anliegen; sein Regierungsmotto lautete: „So ich nun baue Stadt und Land und mache nicht Christen, ist alles nichts nütze.“ Wer solcher Absicht folgt, kann auf uns zählen!

Max Klaar, Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung Preußisches Kulturerbe (SPKE)

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 11. Dezember 2010

MELDUNGEN

Grenzübergang eröffnet

Rehfeld – Am 7. Dezember wurde im Kreis Heiligenbeil der neue innerostpreußische Grenzübergang Rehfeld (Grzechotki) eröffnet. Den russisch-polnischen Grenzübergang können Personenwagen, Omnibusse und Lastwagen ohne veterinäre Abfertigung passieren. Pro Jahr können mehr als 1,8 Millionen Personenwagen und etwa 300 000 Lastwagen abgefertigt werden. Der Grenzübergang wird der größte und modernste Straßenübergang an der Grenze zwischen der Republik Polen und der Russischen Föderation sein. *PAZ*

Deutsche waren Vorreiter

Allenstein – In Allenstein führen dieses Jahr sowohl die Stadt als auch die Deutsche Minderheit einen Weihnachtsmarkt nach deutschem Vorbild durch. In einem polnischen Kultfilm aus dem kommunistischen Zeitalter wurde die heute oft zitierte Sprachwendung von der „neuen weltlichen Tradition" geprägt. Sie kann sich im Sprachgebrauch scherzhaft auf verschiedenartige Begebenheiten des Alltagslebens beziehen. So passt sie auch zu einem in Polen früher kaum bekannten Brauch in der Adventszeit, den Weihnachtsmarkt. Schon im November boten die polnischen Reiseveranstalter Kurzreisen zu den Weihnachtsmärkten in Dresden, Wien, Salzburg und Prag an, um nur die wichtigsten zu nennen. Vor zwei Jahren war es dann auch in der Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland und Masuren soweit. Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) organisierte auf ihrem eigenen Grundstück einen eintägigen Weihnachtsmarkt nach deutschem Muster, also mit Glühwein und einem kleinen Imbiss. Im Jahr 2009 wurde die Idee von der Allensteiner Stadtbehörde aufgenommen, so dass die Einwohner sowie die zahlreichen Besucher nun einen prächtigeren Weihnachtsmarkt in der Altstadt um das alte Rathaus genießen konnten. Die Hauptattraktion war damals ein altes Karussell aus Venedig und eine farbenfrohe Beleuchtung der altstädtischen Giebelhäuser. Die Kosten teilten sich die Stadt Allenstein und die Geschäfte in der Innenstadt. Der Erfolg war dermaßen groß, dass beschlossen wurde, die neue Adventstradition in diesem Jahr zu wiederholen. Sie wird diesmal noch um einige Tage verlängert, damit das vorweihnachtliche Gefühl länger zu genießen ist. Obwohl die Stadt die Idee der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit aufgegriffen hat, veranstaltet diese auch dieses Jahr wieder einen eigenen Weihnachtsmarkt. Das ist allerdings kein Anlass zum Staunen, denn auch in vielen bundesdeutschen Städten gibt es ja durchaus mehrere Weihnachtsmärkte parallel. *G.S.*

Nach der Stichwahl in Masuren

Die Stadtpräsidenten von Allenstein und Elbing stehen fest – Osterode wählt erst am 19. Dezember

Am Sonntag haben die Allensteiner und Elbinger in Stichwahlen ihre Stadtpräsidenten bestimmt. In Allenstein schaffte Amtsinhaber Piotr Grzymowicz knapp die Wiederwahl, in Elbing setzte sich dagegen der Herausforderer Grzegorz Nowaczyk (PO) gegen den seit zwölf Jahren regierenden Stadtvater Henryk Slonina durch.

Im ersten Wahlgang am 21. November war es den amtierenden Stadtpräsidenten von Allenstein und Elbing, Piotr Grzymowicz und Henryk Slonina (beide parteilos) nicht gelungen, die erforderliche absolute Mehrheit zu bekommen. Ersterer verlor gegen seinen Vorgänger, Czesław Jerzy Małkowski, letzterer gegen den Vertreter der Bürgerplattform (PO) und den bisherigen Vertreter des Woiwodschaftsvorstandes, Grzegorz Nowaczyk. Im erneut entbrannten Wahlkampf warfen die beiden Kontrahenten in Allenstein einander Inkompetenz und viele Versäumnisse vor, besonders in wirtschaftlichen Fragen. Im Streit um den für Allenstein wohl unverzichtbaren Bau der ersten Straßenbahn und deren Führung durch die Innenstadt bis zum Hauptbahnhof meinte Małkowski, die Tram würde die Leistungsfähigkeit des Stadtverkehrs nicht erhöhen.

Beide Kandidaten wurden nun von Mitgliedern derjenigen politischen Gruppierungen, die den ersten Wahlgang verloren hatten (PIS, SLD und PSL) unterstützt, außerdem von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Für die Kandidatur von Grzymowicz sprach sich sogar der frühere Staatspräsident Aleksander Kwasniewski in einem Werbespot aus, darüber hinaus der Sejm-Abgeordnete Prof. Tadeusz Iwinski (SLD) und sogar der in ganz Polen beliebte Kabarettist Piotr Bałtroczyk aus Allenstein. Auch Janusz Cichon, der örtliche PO-Chef, ergriff nach anfänglichem Zögern Partei für Grzymowicz. Małkowski wurde dagegen stillschweigend von der unentschiedenen PIS gefördert, was rechte Wähler überraschen musste, weil deren wichtigster Lokalpolitiker und mehrmalige Präsidentschaftsanwärter, Jerzy Szmit, mit seinem politischen Gegner eigentlich schwer zerstritten war. Erst zwei Tage vor der Wahl bekannte sich die PIS endgültig zu Grzymowicz.

Viel Kontinuität im Sejmik

In Allenstein gewann schließlich Grzymowicz mit 53 zu 47 Prozent. Der alte und neue Oberbürgermeister erklärte sich nach seinem Sieg bereit, im Rathaus eine große Koalition anzustreben, also ein Bündnis von PO, seinem Wahlkomitee und eventuell der PIS.

In Elbing schlug dagegen Grzegorz Nowaczyk (PO) mit 60 Prozent klar den seit zwölf Jahren regierenden Stadtvater Henryk Slonina. Anders sieht es in Osterode aus, der viertgrößten Stadt der Region. Dort haben am 21. November der bisher als stellvertretende Bürgermeister amtierende Olgierd Dabrowski und Włodzimierz Brodziuk (PO) die meisten Stimmen bekommen. Da Brodziuk aber gleichzeitig zum Landrat des Kreises Osterode gewählt worden war, verzichtete er unerwartet auf die Stichwahl. Dies hatte viele politische Nachwirkungen und endete mit der Verschiebung der Stichwahlen um zwei Wochen. Man kann nur hoffen, dass diese lokalen Turbulenzen den beispiellosen Aufschwung dieser Stadt in den letzten Jahren nicht stören.

Ende November wurden auch Koalitionen im neuen Stadtrat Allensteins sowie dem Sejmik und dem Landkreisrat gebildet. Im Rathaus haben nun die zehn Räte der PO mit den vier Räten des Wahlkomitees von Grzymowicz die Mehrheit. Im Sejmik kam es zu keinen wichtigeren Änderungen. Die PO schaffte es auch hier problemlos, eine Koalition mit ihrem bisherigen Partner, der Volkspartei (PSL), zu bilden. Jacek Protas wurde erneut zum Marschall der Woiwodschaft gewählt. Zu seinen Stellvertretern berief man erneut Urszula Pasławska (PSL) und Jarosław Słoma (PO). Auch zwei weitere Mitglieder wurden in die Selbstverwaltung gewählt: Jolanta Szulc (PSL) und Anna Wasilewska (PO). In der Opposition bleiben also, ähnlich wie im Polnischen Sejm, die PIS und die SLD.

Ende November konstituierte sich schließlich auch das neue Landratsamt des Allensteiner Landkreises, dem die Gemeinden Stabigotten, Hohenstein, Groß Purden, Wartenburg, Bischofsburg, Seeburg, Guttstadt, Dittrichswalde, Jonkendorf, Diwitten, Heiligenthal und Groß Köllen angehören. An der Spitze wird weiterhin der um die Verbreitung lokaler Sitten und Bräuche bemühte Jarosław Pampuch stehen. Er gilt ähnlich wie sein Vorgänger Adam Sierzputowski als Befürworter der Zusammenarbeit mit Partnern aus Deutschland. *Grzegorz Supady*


Foto: Landkreis Osnabrück

Jubelnde Landräte: In Allenstein übergab der beliebte Landrat Adam Sierzputowski (links) bereits 2008 die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger Miroslaw Pampuch, der nun wiedergewählt wurde.

Königsberg streitet über Kopfsteinpflaster

Viele ziehen das deutsche Pflaster dem russischen Asphalt vor – Gouverneur will die Gemüter beruhigen

An vielen Orten in Königsberg ist es noch zu sehen: Kopfsteinpflaster aus der Vorkriegszeit. Nach langen Diskussionen soll es nun endgültig von allen Königsberger Straßen entfernt werden.

Vereinzelt schauen alte Kopfsteinpflaster unter dem Asphalt der Straßen hervor, die zu sowjetischer Zeit mit Asphalt überbaut wurden. Während der Asphalt mit der Zeit brüchig geworden ist, haben die Pflastersteine der Verwitterung getrotzt und sehen aus wie neu.

Seit langem hatten Politiker immer wieder die Entfernung des Pflasters in Erwägung gezogen. Erst jetzt will man Tatsachen schaffen. Bürgermeister Alexander Jaroschuk hält das Entfernen der Steine deshalb für notwendig, weil der Erhalt gepflasterter Straßen erheblich teurer ist als gewöhnliches Asphaltieren. Zum einen handele es sich um Handarbeit und zum anderen gebe es derzeit in Königsberg keine Spezialisten fürs Verlegen und Ausbessern des Pflasters. Darüber hinaus verursache es erheblichen Lärm. Es sei bekannt, dass es einfacher und billiger sei, asphaltierte Straßen zu erhalten. Vor allem für Lastkraftwagen wirke sich Kopfsteinpflaster besonders auf Brücken negativ aus. Das Ausbessern von Schlaglöchern mit einzelnen Pflastersteinen sei zudem recht kompliziert.

Die Entscheidung der Gebietsregierung stößt jedoch auf Widerstand bei den Anwohnern der Straßen, bei denen die Bauarbeiten schon begonnen haben. Von der Drumann- und Jordanstraße (Ostrowskaja), dem Fritzener Weg und der Höftmannstraße (Ozernyj) hat man zum Beispiel vor kurzem das Kopfsteinpflaster entfernt und sie mit Asphalt gedeckt.

Dieser zeigte jedoch, wie so oft, nach nur kurzer Zeit Auflösungserscheinungen. Es kommt nicht selten vor, dass neuer Asphalt meist schon nach einem Jahr repariert werden muss, Kopfsteinpflaster dagegen benötigt erst nach Jahrzehnten Pflege. Mitte November rissen die Straßenarbeiter an nur einem Tag Kopfsteinpflaster aus der Aschmannallee (Parkowaja Alleja) gegenüber dem Botanischen Garten heraus, das schon über 100 Jahre dort gelegen hatte. Darüber sind die Straßenanrainer erbost. Ihrer Meinung nach geht damit das besondere kulturelle und historische Kolorit der Straßen verloren. Für Ärger sorgt auch, dass die Pflastersteine oft von der Straße direkt auf den Schwarzmarkt gelangen und sich anschließend als Wegbedeckung auf den Grundstücken privater Villen wiederfinden.

Auch die Bewohner der Hoverbeckstraße (Turgenjewa) haben Alarm geschlagen. Der Bürgersteig, der noch aus sowjetischer Zeit stammt, war so schon verfallen und notdürftig geflickt. Nun wurden auch noch die haltbaren Pflastersteine entfernt. Auf der Schwertbrüderstraße (Ladoschskaja) blieb der Weg dank des Protests der Bewohner erhalten und die Straßenarbeiter mussten bereits entfernte Pflastersteine wieder neu verlegen.

Steine landen auf dem Schwarzmarkt

Gouverneur Nikolaj Zukanow war überrascht, dass sich in der Bevölkerung überhaupt Widerstand gegen die Entfernung des Kopfsteinpflasters regte. Er sagte, dass auch in Paris oder Berlin Kopfsteinpflaster nur noch an historischen Plätzen erhalten sei. Er schlug vor, die Königsberger Pflastersteine zur Auktion freizugeben, damit jeder, der Interesse daran hat, sie ersteigern könnte, oder sie im Besitz der Stadt zu lassen, um sie für Plätze und Parks zu verwenden. *J. T.*



Mit schwerem Gerät: Deutsches Kopfsteinpflaster wird beseitigt

Bild: J.T.

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Advent heißt Erwartung, bedeutet Hoffnung, beinhaltet Vorfreude – ich wünschte, unsere Ostpreußische Familie könnte einen Teil zur Erfüllung der Wünsche beitragen, die uns übermittelt werden. Aber das wird immer schwieriger, wenn es um die Aufklärung des Schicksals von Vermissten geht, vor allem, wenn alle Nachforschungen bisher vergeblich waren wie in dem Fall, mit dem wir heute beginnen wollen. Er führt wieder in die Elchniederung, wieder in den Raum Rauterskirch/Lappienen – der Name taucht ja in diesem Jahr öfters in unserer Kolumne auf – und betrifft eine dort ansässige Familie, von der einige Angehörige als vermisst gelten und von deren Verbleib es trotz intensiver Nachforschungen keine Spur gibt. Herr **Peter Westphal** hat uns als Kirchspielvertreter von Rauterskirch den Fall übergeben und ihn mit gut aufbereiteten Unterlagen versehen, die auf dem neuesten Stand sind. Dafür sage ich schon einmal Herrn Westpfahl vielen Dank, das erleichtert uns die Suche sehr, und ich hoffe mit ihm, dass wir etwas Licht in die Angelegenheit bringen können.

Der Suchende ist unser Landsmann **Erich Sperber** aus Bergen/Dumme, bei den Vermissten handelt es sich um seine Schwester **Helene Suttkus** geborene Sperber und ihre beiden Töchter **Erika** und **Sieglinde**. Die Eltern der Geschwister waren der Zimmermann **Otto Sperber**, *1901 in Klemenswalde/Kreis Elchniederung, und **Emma** Sperber, geborene **Rogar**, *4. Januar 1891 in Warskillen, Kreis Elchniederung, von Beruf Schneiderin. Sie heirateten im Februar 1922, aus der Ehe gingen die Tochter Helene *20. Mai 1922 und der Sohn Erich,*11. Juni 1926, hervor. Da beide Kinder in Kussenberg, Kreis Elchniederung geboren wurden, muss die Familie dort gewohnt haben. Erich besuchte die Schule in seinem Heimatort, später die Volksschule in Rauterskirch und begann 1943 eine Lehre bei Tischlermeister **Kukkuck** in Seckenburg. Helene arbeitete ab 1936 auf dem Hof des Landwirts **Böttcher** in Kussenberg. Dort half auch Mutter Emma bei der Ernte aus. Fotos zeigen sie und ihre Tochter Helene mit anderen Arbeitern bei der Kartoffelernte. Es ist ein fröhliches Bild und lässt noch nichts von dem schweren Schicksal erahnen, das die Abgebildeten einige Jahre später erleiden mussten. Helene verließ ihre Arbeitsstelle durch Heirat mit **Bruno Suttkus** und zog nach Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung. Die Ehe wurde 1941 oder 1942 geschlossen. Aus ihr gingen zwei Töchter hervor: Erika, *11. Juli 1940, und Sieglinde Suttkus, *13. August 1941. Erich Sperber sah seine Schwester Helene zum letzten Mal Weihnachten 1943, als er sie in Groß Friedrichsdorf besuchte. Sie lebte mit ihren Kindern alleine und war bereits verwitwet, ihr Mann Bruno war am 5. April 1943 an der Ostfront gefallen. Es war das letzte Mal, dass Erich Sperber seine Schwester sah. Im Oktober 1944 ging Helene mit ihren Töchtern auf die Flucht und fand im Kreis Heiligenbeil Aufnahme. Von da an gibt es keine konkreten Angaben über den Verbleib von Mutter und Töchtern. Erst 1949, nach



Helene und Bruno Suttkuß

Kriegsende und Vertreibung, teilte eine aus russischer Gefangenschaft entlassene Verwandte Emma Sperber mit, dass sie Helene Suttkus und ihre Töchter in einem russischen Lager in Seckenburg gesehen hatte. Näheres hat man nie erfahren, so wie die Suche nach den Vermissten bei deutschen und russischen Institutionen ohne Erfolg blieb. Immerhin konnten jetzt durch den Kirchlichen Suchdienst HOK die Namen und Geburtsdaten der Töchter geklärt werden.

Was bleibt nun für uns zu tun? Der einzige konkrete Hinweis ist der von der Verwandten und der bezieht sich auf Seckenburg. Gab es dort ein Lager und leben noch Zeitzeugen, die ebenfalls dort interniert waren? Wenn es stimmt, dass Helene Suttkus mit ihren Töchtern in dem Lager war, müssten sie nach dem Russeneinfall, den sie vermutlich im Kreis Heiligenbeil erlebten, in die Elchniederung zurückgekehrt sein. Wer war 1945 und später mit Helene Suttkus und ihren damals vier- und fünfjährigen Töchtern Erika und Sieglinde zusammen? Wo und bei wem lebten sie im Kreis Heiligenbeil? Gingen auch andere Elchniederunger in ihre Heimatorte zurück? Was wurde aus den Töchtern, falls die Mutter in Gefangenschaft verstarb? Sie könnten noch leben – aber wie und wo? Das sind einige Fragen, deren auch nur teilweise Beantwortung uns schon weiterhelfen könnte. Auf dem Foto, das Helene mit ihrem Mann Bruno Suttkus zeigt, ist ersichtlich, dass sie einen Fehler am linken Auge hatte. Vielleicht erinnern sich aufgrund dieser Fehlsichtigkeit ehemalige Bekannte an die blonde Frau? (Zuschriften an den Kirchspielvertreter Rauterskirch, Herrn Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26 in 38690 Vienenburg, Telefon 05324/798228, oder Herrn Erich Sperber, Banzauer Straße 6 in 29468 Bergen/Dumme, Telefon 05845/437.)

In jene Zeit führen auch die Erinnerungen von Herrn **Werner Nagel** aus Hohenwestedt zurück, die wir in Folge 41 veröffentlichten. Er schildert darin seine Erlebnisse in den Jahren 1945 bis 1947, die er teils „unter polnischer Verwaltung", teils in russischer Gefangenschaft verbrachte, und berichtet vor allem über die medizinische Versorgung an seinen jeweiligen Aufenthaltsorten. Dazu gehört auch das Johanniter-Krankenhaus in Preußisch Holland, das im Mai 1945 unter russischer Kommandantur stand. Dort war auch der ehemalige Chefarzt der Königsberger Kinderklinik, Herr Professor **Bamberger**, tätig. Der Arzt wurde auf seinen jungen Patienten aufmerksam, als dieser von seiner Tätigkeit als Rendant auf Gut Kallen und damit auf die Familie **von der Goltz** zu sprechen kam, der auch das Gut Compehnen gehörte, auf dem Professor Bamberger oft zu Gast gewesen war. Nicht lange nach diesem Gespräch verließ der Arzt Preußisch Holland. Sein weiteres Schicksal blieb Herrn Nagel unbekannt – bis jetzt. Denn nun meldete sich auf diesen Bericht hin Frau **Eve-Maria Ludwig** aus Hamburg, die uns Folgendes mitteilen konnte:

„Professor Bamberger ist danach Professor in Heidelberg geworden. Wie ich von meiner verstorbenen Freundin weiß, die aus Jena kommend ab 1947 in Heidelberg studieren konnte, hat Professor Bamberger dort Studenten der Königsberger Albertina zur Immatrikulation in Heidelberg verholfen. Um diese Zeit – und besonders als Frau – die Zulassung für eine deutsche Universität zu erhalten, war schwierig." Das wird Herr Nagel gerne lesen. Frau Ludwig konnte ich persönlich für ihre Auskunft danken, als ich ihr auf der Adventsfeier der Königsberger in Hamburg begegnete. Dort traf ich auch Herrn **Mannke** aus Elmshorn, der immer noch die Lieblingskonditorei aus seiner Kindheit am Schlossteichufer in Königsberg sucht und bisher keine Zuschrift auf seine Frage erhalten hat. Wir einigten uns dann auf meine Vermutung, dass es sich wohl um den Sommergarten der Konditorei Zappa aus der Französischen Straße handeln müsste. Ja, die „Ostpreußische Familie" ist immer dabei, und auch aus diesem Treffen wird sich mehr ergeben, denn neue Wünsche wurden an mich herangetragen. Und dann war da in Folge 45 die Sache mit Eichmedien gewesen. Mit der Brautentführung und als Margrietsch-Zugabe hatte ich dann noch die Sage von der Krügerschen angehängt, die wegen ihrer Betrügereien dem Teufel verfallen war, eine der bekanntesten Sagen aus unserer Heimat. Eine Leserin meinte, sie sei doch auch in Gedichtform erschienen – stimmt, die Schriftstellerin **Erminia von Olfers-Batocki** hat diesen Sagenstoff als Ballade im heimatlichen Platt verfasst. Sehr viel konkreter geht es da in Erinnerungen zu, die Frau **Ilse Conrad-Kowalski** aus Lübeck an Eichmedien hat. Ihre Mutter war als Mädchen, wohl um das Jahr 1910, bei der Familie **von Redecker** Hauslehrerin. „Sie hat leider nicht viel aus ihrer Jugend erzählt, obwohl wir Kinder oft ‚pranzelten', schreibt Frau Conrad-Kowalski. „Einmal aber, ich mag wohl fünf oder sechs Jahre alt gewesen sein, erzählte sie in aller Breite von der ‚eingemauerten Nonne' in Eichmedien und wie sie in Zusammenhang mit dieser Sage einem ‚Scherz' der Hausgenossen zum Opfer gefallen war. Die Spukgestalt stand nämlich leibhaftig mit wehenden Röcken in der Bodentür, als meine Mutter in ihr Zimmer gehen wollte. Mir kleinem Gnoss hat sich die Geschichte so fest eingeprägt, dass ich heute – nach fast acht Jahrzehnten – noch feste Vorstellung von der Situation habe und von dem Schloss, wie es vor meinem inneren Auge entstand." Das ist wirklich eine Erinnerung, durch die unsere Heimat wieder so lebendig bleibt, und ich sage dafür Frau Conrad-Kowalski unsern herzlichsten Dank.

Erinnerungen hat auch der kürzlich im *Ostpreußenblatt* erschienene Bericht über ein vom Verein der Deutschen in Memel veranstaltetes Martinsfest geweckt, obgleich die Leserin nicht aus dem Memelland stammt, sondern aus dem südlichen Ostpreußen. Frau **Hildegard Roloff** aus Rostock kann immer den Freitag kaum erwarten, wenn das *Ostpreußenblatt* erscheint, weil es ihr ein vertrautes Heimatgefühl vermittelt, und so geschah es auch diesmal. Die 1933 in Grünfließ, Kreis Neidenburg geborene Masurin schreibt: „Schon als Kind habe ich vieles über Sankt Martin gelesen und gehört, auch haben wir Martinslieder gesungen. Vor einem Jahr fand ich in der Zeitung eine Abbildung mit Sankt Martin auf einem Schimmel, er war in einen großen Umhang gehüllt, auf der Erde saß ein Bettler. Und da ist dann noch die Erinnerung, dass der Heilige verfolgt wurde, er versteckte sich in einem Gänsestall, die Gänse hielten natürlich nicht still, dadurch wurde Martin entdeckt und verurteilt. Ich habe nun immerfort gesucht, aber ich finde diesen Zeitungsausschnitt nicht mehr, und ich möchte doch so viel über Sankt Martin wissen. Ich hatte auch schon einmal ein Buch, da stand so viel über ihn drin, aber das musste ich zurückgeben. Vielleicht besitzt nun jemand aus unserer ostpreußischen Familie ein Buch über den Heiligen Martin und kann es mir überlassen, auch leihweise." Ein bescheidener Wunsch, aber er erscheint mir verständlich, denn in der früheren DDR waren Heilige ja nicht gerade gefragt. Um den im Jahre 397 auf einer Missionsreise verstorbenen Bischof von Tours, der als erster Nichtmärtyrer heiliggesprochen wurde, ranken sich viele Sagen und Legenden. Das Bild, das Frau Roloff so bewegt hat, zeigt wohl die Manteilteilung, die am Stadttor von Amiens geschehen sein soll. Der 11. November hatte als Martinstag im alten Ostpreußen noch eine ganz besondere Bedeutung: Es war der Tag, an dem das Gesinde wechselte. Wer mit seiner bisherigen Arbeitsstelle unzufrieden war oder aus anderen Gründen einen neuen Arbeitsplatz suchte, „machte ‚Märtin'" – so nannte man den Stellenwechsel. Üblich war es auch, dass die Zugezogenen auf dem neuen Hof mit einer kross gebratenen Martinsgans bewirtet wurden. Ja, so geschah es noch vor 100 Jahren in unserer Heimat. (Hildegard Roloff, Südring 716, 18059 Rostock, Telefon 0381/200689.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Ein erster Weihnachtswunsch erreichte mich schon früh, obgleich er von weither kam: Aus Amerika, genauer aus Dallas/Texas, ganz genau von Frau **Irmgard C. Pomper Gilliland**. Die in Cranz geborene Ostpreußin hatte mich am letzten Tag ihrer Deutschlandreise in Hamburg besucht, und so kam eine persönliche Verbindung zustande. Das abgebrochene Plachanderstundchen holte sie nun nach, und dabei kam sie auf eine eigenartige Angelegenheit zu sprechen. Als Irmgard nach der Flucht an der Unterelbe lebte, wurde sie 1948 Zeuge eines eigenartigen „Kuhhandels". Es ging um 30 Kühe, die auf dem elterlichen Hof ihrer Schulfreundin **Elisabeth** in Basbeck standen und die in die USA gebracht werden sollten. Die „Auswanderung" klappte mit menschlicher Begleitung – alles Ostpreußen –, denn wenige Tage später waren die Kühe und ihre Begleiter fort. Später ging dann ja auch Irmgard in die USA. Sie konnte diesen Kuhhandel aber nie vergessen, denn mitten in Dallas gibt es eine riesige Skulptur von 30 Longhorn Steers, die fast den ganzen Hügel einnimmt. Sie gilt als Sehenswürdigkeit von Dallas. Wenn Irmgard heute die Skulptur sieht, muss sie immer an die 30 Kühe von Basbeck denken. So hat wohl jeder seine Fixpunkte, die ihn in die Vergangenheit zurückbringen. Und unsere Leserinnen und Leser finden ja viele in unserer Zeitung, wie sie es uns auch wieder bestätigt haben.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Tod eines Tenors

Peter Hofmann passte in keine Schublade

Am 29. November erlag Peter Hofmann in der oberfränkischen Grenzstadt Selb, nahe der böhmischen Grenze, der Parkinsonschen Krankheit. Er wurde 66 Jahre alt.

Am 22. August 1944 wurde der Heldentenor im sudeendeutschen Marienbad geboren. Nach der Flucht wuchs der Junge in Darmstadt auf, wurde ein sehr sportlicher Hüne, gewann die hessischen Jugendmeisterschaften im Stabhochsprung und Zehnkampf und spielte und sang in einer Rock-Band. Nach mehreren Jahren bei der Bundeswehr, wo er unter anderem als Fallschirmjäger diente, finanzierte er sich von seiner Abfindung ein Gesangsstudium.

Peter Hofmann Bild: Archiv

1972 gab er in Lübeck sein Operndebüt. Vier Jahre später gelang ihm bei den Bayreuther Festspielen der Durchbruch. 1990 wechselte er nach Hamburg, wo er die Hauptrolle im Musical „Phantom der Oper" übernahm. Als Old Firehand trat er 1997 bei den Karl-May-Spielen in Bad Segeberg auf. 2000 zwang ihn seine Krankheit zum Rückzug von der Bühne. Hofmann, der in keine Schublade passte, unterstützte aus privaten Mitteln die Erforschung der Parkinson-Krankheit und bekannte sich stets zu seiner sudetendeutschen Heimat. *PAZ*

Von wegen »endgültiges Aus«

Werder-Kleinbahn: Die Betreiber wechseln, aber der Zugbetrieb geht weiter

Im Jahre 1996 sei das endgültige Aus für die Werder-Kleinbahnen gekommen – so steht es in einem Buch über die Geschichte der Westpreußischen Kleinbahnen-Aktiengesellschaft, das 2002 erschienen ist. Dass dem nicht so ist, beweist der rege saisonale Betrieb auf den noch verbliebenen Strecken auf der rechten Seite der Weichsel zwischen Tiegenhof, Steegen, Stutthof und dem rechten Weichselufer.

Zwar wurde 1996 der gesamte Betrieb auf den Strecken der ehemaligen Kleinbahn durch die Staatsbahn eingestellt, aber im Jahre 2001 wurden die noch vorhandenen Schmalspurstrecken an die Immobilienverwaltung der Polnischen Staatsbahn übergeben. Damit konnten die Kommunen die Strecken übernehmen. Im Hinblick auf die touristische Nutzung um Tiegenhof (Nowy Dwór) wurden diese Strecken dann vom Land-


Erfreut sich großer Beliebtheit: Die Werder-Kleinbahn Bild: Fritsche

kreis übernommen. Im Sommer 2003 begann der Saisonverkehr zwischen dem Weichselufer (Prawy Brzeg Wisly) und Stutthof (Sztutowo) über Steegen (Stegna) sowie zwischen Tiegenhof und Steegen durch den beauftragten Verein PTMKZ (Pomorskie Towarzystwo Miłośników Kolei Zelaznych, Pommerellsche Gesellschaft der Eisenbahnfreunde). Ab diesem Zeitpunkt wurde für die Bahn die Bezeichnung „Żuławska Kolej Dojazdowa" (Werder-Kleinbahn) verwendet. 2006 kam es zu Problemen zwischen dem Verein und dem Landkreis, woraufhin ein neuer Betreiber, die „Stowarzyszenie Żuławskiej Kolei Dojazdowej" (Gesellschaft der Werder-Kleinbahn), den Betrieb übernahm.

Auch 2010 herrschte in der Sommersaison vom 26. Juni bis 29. August wieder umfangreicher Betrieb auf den Strecken. Drei bis vier Zugpaare verkehrten zwischen dem Weichselufer und Stutthof, dazu je nach Verkehrstag bis zu sechs Zugpaare mit Dampflok auf dem Abschnitt Tiegenhof–Steegen, wobei auch die Drehbrücke bei Fischerbabke (Rybina) über die Elbinger Weichsel (Szarpawa) mehrmals am Tag befahren wurde. Dazu verkehrten Zubringerzüge aus Graudenz und Thorn.

Informationen über die Strecke, den Zugbetrieb und weitere Details mit Fotos sind unter http://zkd-zulawy.republika.pl zu finden. *mef*

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Schober, Martha, geb. **Nabel**, aus Langenfelde, Kreis Schlossberg, jetzt Im Gehege 4, 27374 Visselhövede, am 9. Dezember

ZUM 102. GEBURTSTAG

Schlenger, Irmgard, geb. **Arndt**, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, jetzt Neue Straße 5, 31028 Gronau, am 12. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bednarz, Frieda, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Lohwiese 20, Altenpflegeheim, 45329 Essen, am 17. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bender, Fritz, aus Ebenrode, jetzt Poststraße 151A, 44809 Bochum, am 17. Dezember

Kowalzik, Martha, geb. **Szyslo**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Hartwigstraße 8, 27574 Bremerhaven, am 15. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bongard, Christel, geb. **Korgitta**, aus Darienen, Kreis Fischhausen, jetzt Auf der Hurt 2, 55483 Lautzenhausen, am 15. Dezember

Schindler, Hildegard, geb. **Frohnert**, aus Richau, Kreis Wehlau, jetzt Hagerstraße 40, 75435 Erding, am 16. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Braun, Herta, geb. **Dannappel**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Hausstockweg 57, 12107 Berlin, am 15. Dezember

Engling, Luzia, aus Bockslau, Oberschlesien, jetzt Am Eeckhorst 1, 23879 Mölln, am 13. Dezember

Lingk, Hans Joachim, aus Babeck, Kreis Treuburg, jetzt Lortzingstraße 3, 75180 Pforzheim, am 16. Dezember

Rueter, Heinrich, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Schützenstraße 56, 24626 Groß Kummerfeld, am 16. Dezember

Sawicki, Helene, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Juchaczstraße 3, 59555 Lippstadt, am 14. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buksa, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Im Wiesengrund 2, 58730 Fröndenberg, am 16. Dezember

Glanert, Hermann, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Hebbelstraße 7, 21465 Reinbek, am 15. Dezember

Krause, Frieda, geb. **Sprengel**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, jetzt Holunderstraße 7, 32791 Lage, am 14. Dezember

Thomsen, Ursel, geb. **Losch**, aus Neidenburg, jetzt Hinsbleek 11, Haus d, Zimmer 309, 22391 Hamburg, am 18. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bednarz, Ernst, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Koblenz-Olper-Straße 115, 57548 Kirchen, am 15. Dezember

Billib, Charlotte, geb. **Kugland**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Wachsbleichenstraße 10, 18273 Güstrow, am 14. Dezember

Dannappel, Karl, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Im Wiesbrock 1, 32361 Preußisch Oldendorf, am 15. Dezember

Eckhardt, Frieda Anna, geb. **Pawlowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Klobesstraße 23, 44388 Dortmund, am 19. Dezember

Görgens, Richard, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, jetzt Duisburgerstraße 440, 47198 Duisburg, am 18. Dezember

Grzegorzewski, Ruth, geb. **Wedemann**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Treptower Straße 77, 33615 Bielefeld, am 16. Dezember

Naporra, Otto, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Grünaggerstraße 20, 53797 Lohmar, am 17. Dezember

Nikolai, Waltraud, geb. **Moldehn**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Wasserbreite 6-8, 32257 Bünde, am 17. Dezember

Probst, Elli, geb. **Stolz**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Untere Welle 5, 31167 Bockenem, am 19. Dezember

Winkelmann, Elli, geb. **Rohde**, aus Reimannswalde, jetzt Karl-Arnold-Straße 28, 40667 Meerbusch, am 15. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brandstädter, Margarete, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Max-Kästner-Straße 17DD, 09669 Frankenberg, am 16. Dezember

Galla, Ursula, geb. **Klinge**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Ückerdorfer Straße 165, 45885 Gelsenkirchen, am 13. Dezember

Hentschel, Annemarie, aus Lyck, Hindenburgstraße 48, jetzt Röthenbacherstraße 48, 91207 Lauf an der Pegnitz, am 13. Dezember

Hoppenberg, Elli, geb. **Bienko**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Hermann-Löns-Weg 29, c/o Renate Kirsten, 27628 Hagen bei Bremerhaven, am 16. Dezember

Königs, Lydia, geb. **Dzeik**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Luckauer Straße 10, bei Richter, 15938 Golßen, am 13. Dezember

Magnus, Hildegard, geb. **Moldzio**, aus Lyck, jetzt An der Beeke 10, 29223 Celle, am 19. Dezember

Martin, Emilie, geb. **Rudel**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Vierländer Damm 70A, 20539 Hamburg, am 13. Dezember

Mast, Ruth, geb. **Prießer**, aus Schlesien, jetzt Hüller Straße 9, 44649 Herne, am 16. Dezember

Perl, Hildegard, geb. **Arndt**, aus Lötzen, jetzt Michelsenstraße 18, 29683 Fallingbostel, am 15. Dezember

Prößdorf, Frieda, geb. **Thurau**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Waldenburger Straße 4, 04639 Gößnitz, am 13. Dezember

Raffel, Walter, aus Osterode, jetzt Borgfelder Deich 1, 28357 Bremen, am 14. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bohnhoff, Dora, geb. **Andres**, aus Alt-Passarge, Kreis Heiligenbeil, jetzt Max-Planck-Straße 15, 19063 Schwerin, am 13. Dezember

Brakensiek, Waltraut, geb. **Prieur**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Richthof 1, 36110 Schlitz, am 13. Dezember

Doliwa, Erich, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, jetzt Kellersfeld 2, 42369 Wuppertal, am 19. Dezember

Heim, Irmgard, aus Wellheim, Kreis Lyck, jetzt Kinzigstraße 16, 61137 Schöneck, am 18. Dezember

Hennemann, Heinz, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, jetzt Frotheimer Weg 162, 32339 Espelkamp, am 16. Dezember

Hesper, Christa, geb. **Jedamski**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Oberbruchstraße 131, 47807 Krefeld, am 19. Dezember

Hoepfner, Benno, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hüttenplatz 5, 37603 Holzminden, am 12. Dezember

Hünemohr, Helmut, aus Neidenburg, jetzt Nauroder Straße 21, 65191 Wiesbaden, am 15. Dezember

Jöhnke, Martha, geb. **Helbart**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Kirchhofallee 76/78, 24114 Kiel, am 13. Dezember

Kirschner, Alexander, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Unit 7, 1409 W. Crane St. 7, Arlington Heights, II. 60004, am 18. Dezember

Kochan, Karla, geb. **Sych**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, jetzt Starenweg 26, 30455 Hannover, am 18. Dezember

Körner, Ursula, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Weinbergstraße 30/1, 72218 Wildberg, am 14. Dezember

Kosmol, Christel, geb. **Lottermoser**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, jetzt Gertrud-Icks-Weg 35, 47804 Krefeld, am 16. Dezember

Kristian, Silvia, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Heidter Straße 20, 42369 Wuppertal, am 14. Dezember

Mattke, Fritz Hubertus, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dorfstraße 15. Altenheim, 18311 Freudenberg, am 17. Dezember

Müller, Charlotte, geb. **Wittke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Tiegener Straße 25, 29614 Soltau, am 18. Dezember

Sadlowski, Gerhard, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Garbenteicher Straße 39, 35423 Lich, am 15. Dezember

Seydel, Christa, aus Neidenburg, jetzt Mondstraße 1, III, 81543 München, am 15. Dezember

Preußische Bekanntmachung!
90 Jahre
11. Dezember 1920 – 11. Dezember 2010
Frau Marianne Böhringer geb. Jahnert (Janert)
geboren in Königsberg, gelebt in Tapiau
jetzt im Ev. Altenzentrum in Bruchsal
„Land der dunklen Wälder und kristallen Seen,
über weite Felder lichte Wunder geh'n."
Mein liebes Tantchen, jetzt bist du aber platt;
anlässlich Deines Ehrentages
stehst Du in Deinem „Ostpreußenblatt".
Alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen.
Auf Dein Wohl mit einem Schlubberchen „Bärenfang".
Ich danke Dir für Deine Liebe.
Deine Nichte Helga Wilhelmine Hachmann geb. Janert
früher Pohiebels Kreis Rastenburg
jetzt 22846 Norderstedt



Anzeigen

Schmidt, Waltraud, geb. **Grodde**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Erlenweg 7, 51373 Leverkusen, am 18. Dezember

Zieglowski, Erhard, aus Lyck, jetzt Wondorf 2, 47119 Duisburg, am 16. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Buttmann, Christel, geb. **Kobialka**, aus Lyck, Morgenstraße 18a, jetzt Parkstraße 5, 24594 Hohenwestedt, am 16. Dezember

Gerowitz, Waltraud, geb. **Steffan**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Pappenfeld 41, 42549 Velbert, am 15. Dezember

Godlinski, Paul, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Haydnstraße 14, 44805 Bochum, am 15. Dezember

Grugel, Christel, geb. **Karkossa**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, jetzt Abtshäger Straße 6, 18461 Franzburg, am 13. Dezember

Herrmann, Helmut, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Allensteiner Straße 73, 33415 Verl, am 15. Dezember

Holzke, Herbert, aus Gauleden, Kreis Wehlau, jetzt Fred-Weickert-Straße 2, 18069 Rostock, am 15. Dezember

Jokuszies, Christel, geb. **Wlost**, aus Königsfließ, Kreis Lötzen, jetzt Ringstraße 12, 16259 Bad Freienwalde, am 16. Dezember

Klatt, Lucie, geb. **Padoralski**, aus Neumark (Novy Targ), jetzt Stary Targ 84, Polen, am 13. Dezember

Krause, Dietrich, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Flurstraße 17, 48301 Nottuln, am 14. Dezember

Müller, Gerda, geb. **Thulke**, aus Lindenort, Kreis Wehlau, jetzt Oberholzweg 8, 45326 Essen, am 13. Dezember

Neckritz, Gerhard, aus Mohrungen/Abbau, jetzt Vlynbuscher Straße 61, 47506 Neukirchen-Vlyn, am 16. Dezember

Nohdurft, Gerda, geb. **Knopp**, aus Treuburg, Ottoweg 4, jetzt Hummelweg 13, 29614 Soltau, am 16. Dezember

Pallasch, Willi, aus Kapersguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Mönchgraben 171, 40597 Düsseldorf, am 14. Dezember

Podszus, Dieter, aus Budwethen, Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Bahnhofstraße 218, 98646 Reurieth, am 19. Dezember

Scheffler, Ulrich, aus Genslack, Kreis Wehlau, jetzt Juttastraße 3521244 Buchholz, am 16. Dezember

Uschkamp, Kurt, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Memelstraße 5, 88400 Biberach/Riß, am 17. Dezember

Wieczorek, Ewald, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Meisterhofstraße 11A, 53819 Neunkirchen, am 16. Dezember

Zemke, Anita, geb. **Liedtke**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Wullenweberstraße 27, 27356 Rotenburg, am 14. Dezember



Broszeit, Erich, aus Waldau, Kreis Tilsit-Ragnit, und Frau Ingeborg, geb. **Poetzsch**, jetzt Bildhauer-Storm-Straße 22, 87629 Füssen, am 15. Dezember

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchores

Hamburg – Ein Weihnachtskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg am Freitag, 17. Dezember, 15 Uhr, in der Kirche St. Gabriel, Hartzlohplatz 17, Hamburg. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann ab Barmbek mit dem Bus 172 oder 7 bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von dort aus sind es etwa sieben Minuten Fußweg.

Grundeigentümerverband der Vertriebenen

Nahe – Eine Mitgliederversammlung veranstaltet der Grundeigentümerverband der Vertriebenen e. V., Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, im Restaurant Naher Dorfkrug, Segeberger Straße 90, 23866 Nahe. Außer dem Grundsatzthema des ungelösten Eigentumsrechtes wird auch über die „Fachtagung Eigentumsrecht und Enteignungsunrecht" (Ende Oktober im Ostheim, Bad Pyrmont) diskutiert.

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ostpreußischer Heimatgottesdienst

Hamburg – Der Ostpreußische Heimatgottesdienst findet am Sonntag, 12. Dezember, 10 Uhr, in der St. Johanniskirche Bremer Straße 9, 21073 Hamburg, statt. Die Predigt hält Frau Wagner-Gelhaar, Pastorin beim NDR, und Pastor Ludwig Fetingis aus Plikiai (Litauen). Als Solistin tritt Edelgard Gassewitz auf. Im Anschluss sind die Besucher eingeladen zu einem Gespräch im Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen. Die St. Johanniskirche ist mit der S-Bahn erreichbar, S3 und S31 bis Station Harburg-Rathaus, zehn Minuten Fußweg. Auf dem Kirchhof sind ausreichend Pkw-Stellplätze vorhanden.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 11. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Schlacht im Atlantik.

Sonnabend, 11. Dezember, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Deserteur!

Sonnabend, 11. Dezember, 23.15 Uhr, NDR: Nackt unter Wölfen.

Sonntag, 12. Dezember, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 12. Dezember, 22.30 Uhr, Arte: Zwischen Welten – Komapatienten. Zwischen Leben und Tod.

Montag, 13. Dezember, 20.05 Uhr, N24: Die Brücke von Remagen.

Montag, 13. Dezember, 22.05 Uhr, N24: Das UFO-Projekt der Nazis.

Montag, 13. Dezember, 23.05 Uhr, N24: Germania – Hitlers Größenwahn.

Montag, 13. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Damals in Ostpreußen.

Mittwoch, 15. Dezember, 20.15 Uhr, Arte: Molotow – Der Mann hinter Stalin.

Freitag, 17. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Auf Jesus Spuren im Heiligen Land.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Landkreis Rotenburg leistet wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung – Zu seiner dritten und letzten Sitzung in diesem Jahr trafen sich der Vorstand der Kreisgemeinschaft im Rotenburger Kreishaus. Referent Jochen Twiefel überbrachte die Grüße des Landrates und der Kreisverwaltung. Wahrscheinlich Ende Februar 2011 werden die Geschäftsstelle und das Archiv der Kreisgemeinschaft in ein Verwaltungsgebäude des Landkreises am Weicheler Damm neue Räume beziehen. Ein Sitzungsraum wird dort den Namen „Angerburg“ erhalten. Außerdem ist davon auszugehen, laut Twiefel, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) die Angerburger auch im kommenden Jahr im bisherigen Umfang unterstützen wird. Kurt-Werner Sadowski dankte Jochen Twiefel für seine Ausführungen und dankte ihm dafür, erneut im Kreishaus tagen zu dürfen. Weiter dankte der Kreisvertreter Kreisoberamtsrat Fricke, der terminlich verhindert war, dass durch sein Engagement die Außentreppe beim Honigspeicher rechtzeitig zu den Angerburger Tagen erneuert wurde und somit der Zutritt zum Angerburger Zimmer wieder gefahrlos möglich ist. wie bereits berichtet, sind die Immobilien des Heimatbundes – und dazu gehört auch der Honigspeicher – auf die Stadt Rotenburg (Wümme) übergegangen. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) hat sich außerdem dafür eingesetzt, dass die Angerburger Tage am 11./12. September 2010 in der städtischen Theodor-Heuß-Schule stattfinden konnten. Anlass für den Wechsel des Veranstaltungsortes war die Übernahme des Bürgersaales durch einen anderen Pächter zum 1. September 2010. Aus diesem Grunde wird die 53. heimatpolitische Tagung am 26./27. Februar 2011 mit dem Elchbratenessen und auch die 57. Angerburger Tage am 17./18. September 2011 in der Theodor-Heuß-Schule, Gerberstraße 16, Rotenburg (Wümme) stattfinden. Zu den letzten Angerburger Tagen waren 164 Besucher gekommen, darunter zahlreiche Rotenburger. Sie alle erlebten ein abwechslungsreiches Programm. Besondere Erwähnung durch den Kreisvertreter fand die Enthüllung eines Gedenksteines für Flüchtlinge und Vertriebene unter Beteiligung der Angerburger im Rahmen der Angerburger Tage in Sittensen durch den dortigen Heimatverein. Schatzmeisterin Brigitte Junker berichtete über eine zufriedenstellende Finanzlage. Altersbedingt gehen sowohl die Besucherzahlen bei den Angerburger Tagen, als auch die Spendeneingänge zurück. Diese Entwicklung konnte durch geringere Ausgaben aufgefangen werden. Ein Schwerpunkt unserer Heimatarbeit und gleichzeitig die finanzielle Grundlage ist der auf Spendenbasis verschickte Angerburger Heimatbrief. Schriftleiterin Susanne Hagen berichtete über eine sehr zeitaufwendige, aber auch sehr interessante Arbeit. Dabei wird sie insbesondere von Joachim Hans Hoffmann unterstützt. Rechtzeitig vor Weihnachten, so Susanne Hagen, wird der Angerburger Heimatbrief Nr. 146 die Leserinnen und Leser erreichen. Nach wie vor werden interessante Zuschriften für den Angerburger Heimatbrief erbeten. Frauke Rosin berichtete über die erstellten Anschriftenlisten und Werner Grisar über den Versand von mehr als 1800 Glückwünschen an Jubilare, die alle handschriftlich vom Kreisvertreter unterzeichnet wurden. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Ostpreußen am 28./29. Mai 2011 in Erfurt mit Beteiligung der Kreisgemeinschaft und weitere organisatorische Fragen besprochen. Nach einer harmonisch verlaufenen Sitzung dankte Kurt-Werner Sadowski allen Sitzungsteilnehmern für die angenehme Zusammenarbeit.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Rückblick auf das Hauptkreistreffen in Bad Nenndorf *(Fortsetzung aus Folge 48)* Etwas beschaulicher, aber nicht weniger interessant, ging es bei den anderen Vorträgen am Sonnabendnachmittag zu. Klaus Christeleit stellte die Arbeit der Historisch-Genealogischen Forschungsgemeinschaft GIRDAWE vor, die bei der Familienforschung im Kreis Gerdauen wertvolle Hilfestellung leistet. Und von Edmund Ferner, dem Ersten Vorsitzenden der Landesgruppe Schleswig-Holstein, erhielten die Besucher einen spannenden Einblick in das Leben und Wirken der preußischen Königin Luise, deren Todestag sich in diesem Jahr zum 200. Mal jährte. Dabei beschränkte sich der Fehmarner nicht nur auf die nüchternen Daten und Fakten, sondern ließ die „Königin der Herzen“ selbst zu Wort kommen, indem er aus ihren Briefen zitierte. Den kompletten Vortrag können Sie im nächsten Heimatbrief lesen. Den ganzen Nachmittag über und auch am Sonntag nach der Feierstunde bestand Gelegenheit, Ostpreußen und den Kreis Gerdauen anhand von Filmvorführungen kennenzulernen. Unser Gerdauener Landsmann Jörg Beißel, der diesen Programmpunkt wieder einmal perfekt organisierte, spielte sogar Filme ganz nach Wunsch der Besucher. Ein Angebot, das gut angenommen wurde.

Als besonders gelungen kann das diesjährige Abendprogramm des Treffens gewertet werden. Nach dem gemeinsamen Abendessen unterhielt Kasimir Tarnowski die Landsleute mit einer tollen Musikmischung, so dass sich die Tanzfläche schnell füllte. Auch das gemeinsame Singen kam nicht zu kurz. Ob beim „Land der dunklen Wälder“, dem „Ännchen von Tharau“ oder dem Gerdauenlied: Die Besucher zeigten sich sehr textsicher und stimmgewaltig. Und wo es noch hakte, da halfen die ausgeteilten Liederblätter. Doch das Sahnehäubchen des Abends waren die spontanen Einlagen einiger Landsleute, die mit Sketchen und kleinen Rollenspielen im ostpreußischen Platt das Publikum zum Lachen brachten und dafür jede Menge Applaus erhielten. Höhepunkt des Sonntags war die traditionelle Feierstunde, zu der wir als Ehrengast die stellvertretende Landrätin des Kreises Schaumburg, Helma Hartmann-Grolm, begrüßen konnten. In seiner Festrede wies Edmund Ferner auf die vielfältigen geistigen Impulse hin, die vom Boden Ostpreußens hinaus in die Welt gingen und zählte als Beispiele unter anderem den Philosophen Immanuel Kant, den Schriftsteller E.T.A. Hoffmann, den Maler Lovis Corinth sowie die Geistesgrößen Johann Gottfried Herder und Johann Georg Hamann auf. Das historische und kulturelle Erbe Ostpreußens gelte es für künftige Generationen zu bewahren und weiterzuentwickeln – eine Aufgabe, die den Kreisgemeinschaften genauso obliege wie der neugegründeten Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“. Sei es den Vertriebenen bei der Gründung ihrer Zusammenschlüsse um die nackte Existenz gegangen, so stehe jetzt das „Bewahren und Erinnern an unsere Kultur“ im Mittelpunkt. „Ostpreußens Kultur lebt weiter, dank vieler engagierter, ehrenamtlicher Mitarbeiter. Diese umfangreiche Arbeit in den hunderten von Heimatstuben, wie auch bei Ihrer in Rendsburg, liebe Gerdauener, ist vom Bund und den Ländern als beispielhaftes kulturelles Engagement der Bürger anzuerkennen“, betonte Ferner.

Nach dem Geistlichen Wort, das Pastorin Regina Ellmer in einfühlsamer Weise überbrachte und gleichzeitig an diejenigen Landsleute erinnerte, die nicht mehr unter uns sein können, lud Kreisvertreter Arnold Schumacher die Besucher zum nächsten Hauptkreistreffen im Rahmen des Deutschlandtreffens am 28./29. Mai nach Erfurt ein. „Kommen Sie nach Erfurt und sagen Sie den Termin Ihren Freunden, Verwandten und Bekannten weiter“, appellierte er an die Gerdauener. Mit dem gemeinsamen Gesang endete die Feierstunde, die musikalisch von Kasimir Tarnowski gestaltet wurde. Diejenigen, die nach Bad Nenndorf gekommen waren, waren sich einig: Dieses Hauptkreistreffen, das in etwas kleinerem Rahmen als sonst stattfand, war aufgrund der familiären und gemütlichen Atmosphäre und des reichhaltigen Programms rundum gelungen. Allen, die dazu beigetragen haben, dass das Wiedersehen ein Erfolg wurde, sei deshalb an dieser Stelle ausdrücklich Dank gesagt.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. komm. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (0481) 84224 Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Nachruf auf Georg Vögerl – Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil trauert um Georg Vögerl, Kreisvertreter a.D.. Er verstarb am 25. Oktober 2010 wenige Wochen vor seinem 90. Geburtstag in Berlin. Georg Vögerl war geborener Niedersachse und wurde am 11. Dezember 1920 in dem damaligen Ort Geestemünde, später in Bremerhaven eingemeindet, geboren. Er erlernt den Beruf des Fisch-Großhändlers.1939 meldete er sich freiwillig zur Luftwaffe und geriet 1945 als hochdekorierter Kampfflieger in Gefangenschaft. Nach mehr als hundert Fronteinsätzen zwischen dem Eismeer und Afrika wurde er mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Zeitweilig war er auch auf dem Flugplatz in Heiligenbeil stationiert. In unserer Kreisstadt lernte er seine Frau Ise, eine Tochter von Lehrer Walter Krause, kennen und lieben. Das Paar heiratete 1944 in der Kirche in Heiligenbeil.

Nach dem Krieg verlegte das Ehepaar seinen Wohnsitz nach Berlin und gründete dort eine eigene Fischgroßhandlung. 1950 traten beide der Landsmannschaft Ostpreußen in Berlin bei und wurden gleichzeitig Mitglieder der schon bestehenden „Kreisgruppe Heiligenbeil“. Recht bald entwickelte der Kaufmann Georg Vögerl besondere Aktivitäten in Berlin und später in der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Wenn jemand wie Georg Vögerl nahezu sechzig Jahre mit Elan, Initiative und Schaffenskraft als Mitglied und Mitarbeiter in der Kreisgruppe Berlin, in der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil sowie der Bundes-Landsmannschaft der Ostpreußen (LO) wirkt, dann bekommt seine Vita einen bemerkenswerten Umfang.

Ich begegnete Georg Vögerl erstmals Anfang der siebziger Jahre in Burgdorf beim Kreistreffen. Er warb um meine Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft. 1974 wurde ich dann in seinen Kreisvorstand gewählt. Seine Lebensstationen und Aktivitäten für Ostpreußen wurden mir mehr und mehr bekannt, teils wurde ich unmittelbarer Zeuge davon, so dass ich die wichtigsten Begebenheiten auf der Führungsebene aller drei Verbandsebenen aufführen kann.

Es begann 1964 in seinem Wohnort Berlin – Dort wählte man ihn zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden Heinz Thews (Zin-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

ten) in der Kreisgruppe Heiligenbeil. Vögerl behielt dieses Ehrenamt dreißig Jahre lang inne und wurde dann 1994 deren Erster Vorsitzender. Die Delegierten der diversen Berliner Kreisgruppen im Landesverband aller Ostpreußen wählten Georg Vögerl 1985 zu ihrem Landesvorsitzenden. Bis 1993 behielt er dieses bedeutende Amt inne. Die Landesgruppe der LO in Berlin verlieh ihm als Anerkennung die „Kantmedaille“ und übertrug ihm den Ehrenvorsitz.

Nach der politischen Wende 1990 beauftragte ihn der Bundesvorstand der LO (dem er angehörte) mit der Gründung der „Landsmannschaft Ostpreußen im Bundesland Brandenburg“. Später übertrug man ihm in Potsdam für seine Verdienste den Ehrenvorsitz. Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil wählte ihn im Alter von dreiundvierzig Jahren in Burgdorf am 24. August 1963 in den Kreisausschuss (Vorstand). Acht Jahre später trat Georg Vögerl die Nachfolge des legendären Kreisvertreters Karl Knorr, Marienhöhe (Kirchspiel Hermsdorf-Pellen) an. Die Wahl fand anlässlich des Kreistreffens am 14. Juni 1971 in Burgdorf statt. Neun Jahre – bis zum 14. Juni 1980 – führte Vögerl die Kreisgemeinschaft sehr erfolgreich. Schon viel früher – 1972 – wurde er mit der Ehrennadel in Gold der Kreisgemeinschaft mit Urkunde ausgezeichnet. 1980 hat er für das Ehrenamt des Kreisvertreters nicht mehr kandidiert, Landsmann Siegfried Pelz wurde sein Nachfolger, aber Georg Vögerl ließ sich weiterhin als Beisitzer in den Kreisausschuss (Vorstand) wählen. Er fühlte sich auch als Beisitzer den Paten vom Landkreis Hannover stets verbunden und trat für die Kreisgemeinschaft als deren Verbindungsmann auf. Im Mai 1996 erklärte Vögerl seinen Rücktritt aus dem Kreisausschuss – blieb aber weiterhin Mitglied der Kreisgemeinschaft. Im Jahr 1980, nach Aufgabe des Amts des Heiligenbeiler Kreisvertreters, wurde Georg Vögerl von den Delegierten der ostpreußischen Landesvertretung in den Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. gewählt. Für mehrere Jahre gehörte er diesem Gremium an. Auch hier brachte er seine Impulse ein, sein Spezialgebiet war die Kulturarbeit.

Obwohl kein Flüchtling / Vertriebener, war Georg Vögerl vielseitig interessiert an den Schicksalen und Belangen seiner ostdeutschen Landsleute. Für Ostpreußen und seine Menschen, speziell aus dem Kreis Heiligenbeil, hat er sich nahezu sechs Jahrzehnte eingesetzt. Stets hochmotiviert diente er den Organisationen „Landsmannschaft Ostpreußen“ mit seinen kooptierten Gemeinschaften und dem „Bund der Vertriebenen“ („BdV“). Beide Verbände ehrten und zeichneten ihn für seine Verdienste mit deren Goldener Ehrennadel aus.

Für unsere Kreisgemeinschaft Heiligenbeil schrieb er ein besonderes Geschichtskapitel. Seine gleichaltrige Frau Ilse war stets an seiner Seite, arbeitete beruflich und für die Heiligenbeiler aus ihrer Heimatstadt unermüdlich mit, hielt ihrem Mann den Rücken frei. In der Kreisgruppe Berlin arbeitete sie viele Jahre im Vorstand, und für das Kirchspiel Heiligenbeil Stadt setzte sie sich viele Jahre als Erste Stadtvertreterin sehr ein. Nun hat Ilse Vögerl ihren Mann - schwer krank – überlebt. Ihr gilt heute unser Beileid. Viele Landsleute werden weder ihn noch seine Frau vergessen.

Siegfried Dreher



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Schiffs- und Busreise nach Königsberg vom 26. Juli bis 4. August 2011 – Eine zehntägige Reise geht von Duisburg über Bochum, Hannover Richtung Kiel. Von Kiel mit dem Schiff nach Memel und bleiben drei Nächte in Nidden mit Stadtbesichtigung in Memel und Ausflüge auf der Kurischen Nehrung. Am Sonnabend, 30. Juli, fahren wir dann nach Königsberg, und weiter nach Gumbinnen, Tilsit, Waldau, Palmnicken und Rauschen. Am 3. August geht es dann Richtung Deutschland mit Zwischenübernachtung im Hotel Panorama (Stettin). Am 4. August abends ist man wieder in Duisburg. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wölk, Nachtigallenweg 3, 38820 Halberstadt. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Telefon und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079.

Goldener Oktober in Mohrungen – Der mehrtägige Aufenthalt in Mohrungen und Umgebung war für die Vorstandsmitglieder der Kreisgemeinschaft (KG) Mohrungen, Gisela Harder, Ingrid Tkacz und Frank Panke, sehr einprägsam und arbeitsreich. Am Sonntag, den 10. Oktober fuhren die drei Vorstandsmitglieder vom ZOB-Hamburg mit dem Bus nach Osterode und wurden dort von Herrn Preuß nach zwölfstündiger Fahrt abgeholt. Frank Panke, Schatzmeister der KG hatte den weitesten Weg, da er mit dem Zug aus Bayern nach Hamburg anreisen musste. Im Hotel Elektor in Mohrungen angekommen, freuten wir uns über einen guten Kaffee und Frühstück. Danach vereinbarten wir mit Herrn Preuß ein Treffen in den „Mohrunger Stuben“ im historischen Rathaus. Dort zahlten wir einen Teil der Bruderhilfegelder an die schriftlich benachrichtigten deutschstämmigen Personen aus. Die Freude war sichtlich groß. Der nächste Tag war ein ganz wichtiger Tag. Am Vormittag Klärung mit dem Priester der katholischen Kirche in Liebstadt, wegen angeblicher Veränderungen am „Lapidarium“. Das Gespräch war sehr offen und angenehm. Es ist richtig, dass in Liebstadt der Friedhof wegen Platzmangel verändert werden soll, aber das „Lapidarium“, welches von der Kreisgemeinschaft Mohrungen errichtet worden ist, bleibt an dieser Stelle bestehen. Ferner hat der Priester vorgeschlagen, an den von der Natur bewachsenen deutschen Friedhöfen zweisprachige Hinweisschilder aufzustellen. Am Nachmittag hatten wir einen Termin bei T. Sobierajski in Mohrungen. Die Begrüßung war sehr herzlich, und es wurde einiges angesprochen unter anderem die Partnerschaft Gießen und Morag, diese wurde aber von der Stadt Gießen inzwischen abgelehnt. An diesem Tag hatten auch die Angereisten aus Morungen (Harz), Hartmut Reinicke mit Lebensgefährtin und das Ehepaar Bosse einen Termin bei Sobierajski, denn die Beziehungen mit der Stadt Morag und Ortsteil Morungen der Stadt Sangerhausen im Südharz sollen vertieft werden. Leider konnte Lutz Krause aus terminlichen Gründen nicht mitreisen. Die Teilnehmer waren von der Gastfreundschaft der dort lebenden Menschen sehr angetan. Es war vor dem Dunkelwerden noch genügend Zeit, um nach Güldenboden (Bogaczewo) zu einem von der Natur zugewachsenen Friedhof zu fahren, um dort der Toten zu gedenken.

Auch der Donnerstag, 14. Oktober war interessanter Tag – Nach einem kurzen Besuch bei Frau Bartos, Direktorin im Herder-Museum, gingen wir in die Vereinsräume der Deutschen Bevölkerung „Herder“. Dort haben wir die Vorsitzende Ursula Manka, ihren Sohn Waldemar und rund 70 Vereinsmitglieder begrüßt. Bei Kaffee und Kuchen wurden dann die Bruderhilfegelder ausgezahlt. Auch hier war die Freude groß. Anschließend wurde mit der Vorsitzenden über das Vereinsgeschehen diskutiert. Der Vorstand sowie die Mitglieder des Vereins freuen sich über die erneut regelmäßige Zusendung vom Ostpreußenblatt/PAZ. Die Vorsitzende teilte uns mit, dass die Vereins-, und Weihnachtsfeier am 18. und am 19. Dezember 2010 nach Herder-Art im Dohna-Schlößchen stattfinden. Am 15. Oktober besuchten wir den deutschen Friedhof in Horn (Zabi Rog), der von 2008 bis 2009 von den Bewohnern und Schülern des Ortes gesäubert und die Bäume und Sträucher durch Mithilfe der Feuerwehr und den erforderlichen Maßnahmen in den ursprünglichen Zustand gebracht wurde. Wir waren über den Zustand erfreut und wir danken dafür. Bilder und Bericht folgen in der nächsten „MHN – Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten“. Der Nachmittag war dem Schwesterngrab mit einer Blumenschale gewidmet. An diesem Tag sind auch Martin Haese (Kreistagsmitglied) mit Sohn und Bruder und seinem Neffen angereist, die ebenfalls im „Elektor“ untergebracht waren. Es gab am Abend immer genug Gesprächsstoff und Austausch des Erlebten.

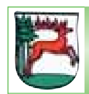
Am nächsten Tag waren wir in Alt Christburg (Stary Dzierzgon) bei Ludwik Butkiewicz eingeladen. Er führte uns durch den Ort, in dem er Bürgermeister ist. Er erzählte uns, dass die Orts-Feuerwehr ein gebrauchtes Feuerwehr-Tank-Lösch-Fahrzeug benötigt. Er ist bemüht und hat schon Angebote bekommen. Dann waren wir zum Mittagessen bei Eheleuten Butkiewicz eingeladen. Nach einem sehr herzlichen Aufenthalt und gutem Essen verabschiedeten und bedankten wir uns für die Gastfreundschaft und fuhren danach nach Schwalgendorf. In Schwalgendorf hat man mit Kaffee und Kuchen auf uns gewartet, da wir vorher diesen Termin vereinbart hatten. Beim Kaffeetrinken wurde über alles plachandert. Danach wurde mit der Bruderhilfe-Auszahlung begonnen. Es verlief alles reibungslos. Auch hier freuten sich die Deutschstämmigen über den Besuch aus Deutschland und wünschten sich, dass man sich bald wiedersieht. Am Sonntag erfolgte die Abstimmung der Unterlagen und die Rückreise. Zufrieden beendeten wir den ereignisreichen Aufenthalt in der Heimat. Herrn Preuß danken wir ganz herzlich für seine Bemühungen auch Ewa Filipowicz, die jederzeit für uns da war.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357391, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Herbstliches Jahrestreffen der Ortelsburger: großer Erfolg – Überraschend groß war der Besucherandrang beim diesjährigen herbstlichen Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg im Kulturzentrum der Stadt Herne: Über 600 Anhänger des ehemaligen südostpreußischen Kreises waren gekommen – trotz des ungünstigen Zeitpunktes in der zweiten Novemberhälfte. Der traditionelle Septembertermin konnte nicht angeboten werden, da das Kulturzentrum einen monatelangen Renovierungsprozess durchlief. Kreisvertreter Dieter Chilla begrüßte eine Reihe prominenter Persönlichkeiten: unter anderem den Herner Oberbürgermeister Horst Schiereck, die Europaabgeordnete Dr. Renate Sommer, die Bundestagsabgeordnete Ingrid Fischbach. In seinen einführenden Worten beglückwünschte Dieter Chilla das Herner Stadtoberhaupt zu dem renovierten Kulturzentrum als einen „gelungenen Wurf“. Darüber hinaus wies Dieter Chilla auf das wohl zentrale Ereignis des zurückliegenden Jahres hin: die Einsegnung des Gedenkkreuzes auf dem alten evangelischen Friedhof in Ortelsburg am 21. Juli, die unter engagierter Beteiligung von Vertretern der deutschen und polnischen Öffentlichkeit stattfand. Danuta Gorska, „alte“ und mittlerweile wiedergewählte „neue“ Bürgermeisterin Ortelsburgs, bedauerte, dass sie wegen der Kommunalwahlen in Polen nicht an dem Treffen in Herne teilnehmen konnte. In einem Grußwort betonte sie die zukunftsorientierte Zusammenarbeit zwischen den Menschen im heutigen Szczytno und den Menschen aus der Kreisgemeinschaft. Hierbei betonte sie vor allem die Rolle der Jugend.

Großen Beifall mit seiner Ansprache fand Oberbürgermeister Horst Schiereck mit seinen differenzierten, in die Tiefe gehenden Worte. Vor allem, als er wiederholt auf die Wichtigkeit des zukünftigen Bestandes der Patenschaft zwischen der Ruhrgebietsstadt Herne und der Kreisgemeinschaft Ortelsburg verwies, brandete ihm begeisterter Beifall entgegen. Dieter Chilla wich in seiner Festansprache von Gewohntem ab: In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stand eine Laudatio auf den aus Groß Piwnitz (Großalbrechtsort) im Kreis Ortelsburg stammenden Schriftsteller Horst Somplatzki. Horst Somplatzki hat 40 Romane geschrieben, außerdem Erzählungen, Sachbücher, Theaterstücke, Hörspiele, Liedertexte. Er ist mit grafischen und fotografischen Arbeiten an die Öffentlichkeit getreten. Mit Auszeichnungen ist er überhäuft worden: Stipendium des Deutschen Literaturfonds, Hörspielpreis der ARD und so weiter. Herbert Somplatzki hat zahlreiche Themen aus dem Alltagsleben, seiner früheren Arbeitswelt auf der Zeche, seinem Erleben als Spitzensportler und aus seinen zahlreichen internationalen Begegnungen verarbeitet. Dabei hat er jedoch sein Schicksal als Flüchtlingskind nie verdrängt: „Das waren die Stunden der Frauen, der Mütter in eisiger Nacht. Sie haben die Kinder durchs Grauen der Flucht und des Krieges gebracht.“ Dieter Chilla: „Herbert Somplatzki ist einer von uns: ein Ostpreuße, ein Masure. Er vertritt unsere besten Eigenschaften: Klarheit, intellektuelle Redlichkeit, Offenheit und Bescheidenheit.“ Herbert Somplatzki wurde von Dieter Chilla mit der Goldenen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Ortelsburg ausgezeichnet.

Zu Ehrenmitgliedern der Kreisgemeinschaft wegen besonderer Verdienste wurden ernannt: Helena Samsel und Helga Jurewicz (beide tragen an vorderster Stelle in der Minderheit der Deutschen in Ortelsburg Verantwortung, die Minderheit war mit insgesamt zehn Personen in Herne vertreten) sowie Bernhard Kwoka aus der Martin-Opitz-Bibliothek für seine fachliche und übersetzerische Unterstützung und Helmut Orzessek für sein außerordentliches Engagement an der Heimatstube in der Gräffstraße in Herne. Bücher- und Kuchenverkauf, Beratung in Fragen der Familienforschung stellten ein gefragtes Rahmenprogramm dar.

In seiner würdevollen Totenehrung gedachte der stellvertretende Kreisvorsitzende Herbert John aller Verstorbenen, beispielhaft des vor einigen Monaten verschiedenen Karl Kalinski, langjähriges Mitglied des Kreistages. Insgesamt ein überaus erfolgreiches Treffen, zu dem neben vielen „alten“ und geschätzten Besuchern auch auffallend viele junge Leute erschienen waren. Gemeinsam erhoben sich alle zum Singen von „Land der grünen Wälder und kristallenen Seen.“, professionell begleitet vom Evangelischen Posaunenchor Gelsenkirchen-Resse. Hans Napierski war als Geschäftsführer der Kreisgemeinschaft mit zahlreichen Aufgaben betraut, die er souverän meisterte. Sein Resümee: „Ich denke, wir können rundum zufrieden sein.“ Ausgesprochen positiv äußerte sich auch der Ehrenvorsitzende Edelfried Baginski in seinem Schlusswort und lud alle Interessierten zum nächsten Hauptkreistreffen der Ortelsburger am 18. September 2011 in das Kulturzentrum der Stadt Herne ein.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Wahlbekanntmachung Nr. 1 / Aufruf zur Einreichung von Wahlvorschlägen – Liebe Mitglieder der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau! Die Wahlperiode der im Jahr 2007 gewählten Bezirksvertrauensleute und Beisitzer ohne Bezirk als Mitglieder der Delegiertenversammlung (oberstes Organ der Kreisgemeinschaft) läuft nach einer Amtszeit von vier Jahren im September 2011 ab. Somit muss im Jahr 2011 neu gewählt werden. Der geschäftsführende Vorstand hat mich gemäß § 1 der Wahlordnung für die Wahl der Bezirksvertrauensleute und Beisitzer ohne Bezirk zum Wahlleiter bestimmt. Hiermit rufe ich zur Einreichung von schriftlichen Wahlvorschlägen gemäß § 2 der Wahlordnung auf. Vorschlagsberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft. Mitglieder sind nach § 2 Ziff. 1 der Satzung die aus dem Heimatkreis stammenden Landsleute und deren Nachkommen, sowie jede andere Person, die sich für die Ziele der Kreisgemeinschaft einsetzt. Die Mitgliedschaft wird durch den Erhalt des „Preußisch Eylauer Kreisblattes“ dokumentiert (§ 4 Ziff. 3 der Satzung). Die Wahlvorschläge müssen folgendes enthalten: Vor-und Zuname der vorgeschlagenen Person, gegebenenfalls auch den Geburtsnamen, Geburtsdatum und Geburtsort, Beruf, Heimatanschrift bis 1945, ggf. die Anschrift der Eltern, Großeltern oder weiteren Verwandten. Die Heimatanschrift muss nicht zwingend in der betreffenden Stadt / dem betreffenden Amtsbezirk liegen, 5. jetzige Wohnanschrift mit Telefonnummer, ggf. E-Mail-Adresse, 6. Angabe, für welche der drei Städte oder für welche(n) Amtsbezirk(e) der Wahlvorschlag erfolgt oder ob der Vorschlag für eine(n) Beisitzer / Beisitzerin ohne Bezirk gemacht wird (eine entsprechende Übersicht hierzu finden Sie auf dem Einlegeblatt „Wahlvorschlag“), 7. schriftliche Zustimmung der Vorgeschlagenen zu deren/dessen Kandidatur. Vorschläge zur Wiederwahl sind zulässig, desgleichen Vorschläge für die eigene Person (Selbstvorschläge). Die Wahlvorschläge müssen bis zum 31. Januar 2011 bei mir (Wahlleiter) eingegangen sein. Anschrift: Norbert Mahlmann, Landkreis Verden, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden. Für Ihren Wahlvorschlag verwenden Sie bitte das Einlegeblatt „Wahlvorschlag*“ (* Siehe Preußisch Eylauer Kreisblatt Nr. 90 vom 27. November 2010) und senden dieses ausgefüllt in einem frankierten Briefumschlag an meine Adresse.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier im „Krauthof“, Beihinger Straße 27.

Pforzheim – Sonntag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier im evangelischen Gemeindehaus Eutingen, Fritz-Neuert-Straße 32. In einem geschmückten Saal gibt es stilvolle Darbietungen und weihnachtliche Lieder. Unter anderem wird – neben einem Film über den „Norden Ostpreußens“ – die Singgruppe „Elchschaufel“ (Leitung Ralph Demski) Weihnachtslieder singen. Die Damen Marianne Hildebrand und Christel Müller werden Gedichte und ostpreußische Weihnachtsgeschichten vortragen. Der Mundharmonika-Virtuose Heinz Weißflog wird mit seiner Musik verzaubern. Es gibt eine reichhaltige Weihnachtstombola mit ostpreußischem Gebäck, leckeren Süßigkeiten und anderen Überraschungen. Gäste und Kinder sind herzlich willkommen. Über Geschenke für den Gabentisch würde man sich freuen.

Reutlingen – Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6, Reutlingen. Der Posaunenchor Wannweil wird mit weihnachtlichen Weisen festlich einstimmen. Besinnliche Worte zu Weihnachten wird Herr Praß darbieten. Frau Zaiss wird die Anwesenden in Gedanken zurück in die Heimat führen. Unter dem Motto: „Weihnachten – wie es zu Hause war?“ hat sich der Weihnachtsmann für die Enkel schon auf die Reise begeben. Weihnachten, das Fest der Liebe und Überraschungen, wird auch in diesem Jahr wieder das Thema sein. – Mittwoch, 15. Dezember, Weihnachtsfeier der Frauengruppe im Café Sommer, Wilhelmstraße, Reutlingen. Die Leiterin der Frauengruppe, Elli Orthmann, lädt dazu alle herzlich ein. Bitte Päckchen für den Grabbelsack mitbringen.

Stuttgart – Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliches Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich im Haus der Heimat, kleiner Saal. Motto: „Süßer die Glocken nie klingen – Adventsfeier mit Grabbelsack“.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 19. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier in den „Ulmer Stuben“. Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen und der BdV-Chor tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Leckerei.

Wendlingen – Sonntag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, vorweihnachtliche Feier im Gasthaus Zum Lamm, Kirchheimer Straße, Wendlingen. Neben einer Kaffeetafel stehen Singen und Musizieren sowie Worte zur Weihnachtszeit auf dem Programm. Gesellig wird der Tag zu Ende gehen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe in der „Orangerie“. Es werden wieder Marzipan, Kalender sowie Bücher angeboten.

Bamberg – Mittwoch, 15. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg.

Erlangen – Sonnabend, 11. Dezember, 17 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im „Frankenhof“.

Hof – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Adventsnachmittag im Restaurant am Kuhbogen, Hof.

Ingolstadt – Sonntag, 19. Dezember, 13 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Freitag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, vorweihnachtliche Feier im „Deutschen Kaiser“, Kitzingen. Erleben Sie besinnliche Stunden mit Gedichten, Geschichten und weihnachtlichen Weisen.

Landshut – Dienstag, 21. Dezember, 14 Uhr, vorweihnachtliche Feier im kleinen Clubraum der der „Insel“.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonntag, 19. Dezember, 16 Uhr, Weihnachtsnachmittag mit Kaffee und Kuchen sowie Gedichte und Geschichten aus dem Nordosten Deutschlands in den „Engel-Stuben“, Bahnhofstraße, Gunzenhausen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

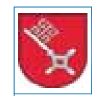


Rastenburg – Sonntag, 19. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin, Weihnachtsfeier. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 2101.

Advents- und Weihnachtsberichte

Alle Jahre wieder kommen unsere Leser überall in Stadt und Land zusammen, um die adventliche und vorweihnachtliche Zeit festlich zu begehen.

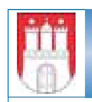
Bei den vielen Berichten, die uns über die heimatlichen Feiern erreichen, ist es uns, entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit, auch in diesem Jahr nicht möglich die Beiträge zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis. Aus der Fülle der Einsendungen geht hervor, dass unser ostpreußisches Brauchtum bei allen Feiern nach wie vor gepflegt wird. In den Gedanken, die in diesen Stunden nach Hause wandern, tauchen Sternsinger, Schimmelreiter und Umzüge mit dem Brummtopf auf. Gemeinsam gesungene Advents- und Weihnachtslieder, Lesungen und Gedichte ostpreußischer Dichter und Schriftsteller bringen heimatliche Atmosphäre in die meist von den Frauen der Gruppen festlich geschmückten Räume und Säle. Im Schein der Kerzen sitzen unsere Landsleute bei Kaffee und Mohnstrietzel oder Fladen, Pfeffernüssen und selbstgebackenem Marzipan beisammen, lauschen dem Chorgesang oder zarter Flötenmusik und erfreuen sich an Weihnachtsspielen, die von Jugendlichen und Jugendgruppen gleichermaßen dargeboten werden. Häufig kommt auch „Knecht Ruprecht“ oder der „Nikolaus“ und bedenkt die Kinder mit bunten Tüten voller Gebäck und Süßigkeiten.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier im „Barlachhaus“.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), **Weihnachtsfeier** der Landesgruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg. 14 Uhr Begrüßung durch den Landesvorsitzenden, Ostpreußenlied und Vortrag „Lukas-Evangelium“ in ostpreußischem Platt von Siegfried Grawitter. 14.30 bis 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen, Zeit zum Schabbern. 15.30 bis 16 Uhr der Ostpreußenchor mit heimatlichen / weihnachtlichen Klängen. 16 bis 17 Uhr Kulturelles: Geschichten und Gedichte sowie gemeinsamer Gesang von Weihnachtsliedern mit dem Ostpreußenchor (Leitung Ilse Schmidt), durch die Veranstaltung führt Hans Günter Schattling. 17 Uhr Ende der Veranstaltung. An- und Abfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf, Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Vom 26. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Neben der Teilnahme am besagten Treffen (28./29. Mai) wird aber auch ein reichhaltiges Rahmenprogramm geboten. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, 3x Übernachtungen im Vier-Sterne-Airport Hotel Erfurt, 3x Frühstücksbuffet, 3x Abendessen (Drei-Gänge-Menü), Stadtrundfahrt und Rundgang in Erfurt, Thüringen Rundfahrt mit Reiseleitung und Besuch von Weimar, Transferfahrten zum und vom Messegelände. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro, Abfahrt: Harburg-Bahnhof 7 Uhr und Hamburg ZOB 7.30 Uhr. Anmeldeschluss 20. Dezember. Anmeldungen und weitere Informationen bei Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, Telefon und Fax (040) 30067092. Reiserücktrittversicherung wird empfohlen.



Sensburg – Sonntag, 12. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldungen bis zum 4. Dezember bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 4. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Schrebers Café-Restaurant (im Kulturpalast), Öjendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 13. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier nach heimatlicher Art im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus bis Waldquelle)

SALZBURGERVEREIN



Sonnabends – Im Jubiläumsjahr 2011 des Salzburger Vereins finden die Treffen der Norddeutschen Landesgruppe an den nachfolgend genannten vier Terminen traditionell im Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg, jeweils am Sonnabend, 13 Uhr statt: 5. März, 7. Mai, 8. Oktober und 3. Dezember 2011. Die Themen der Vorträge werden pro Quartal gesondert bekannt gegeben.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

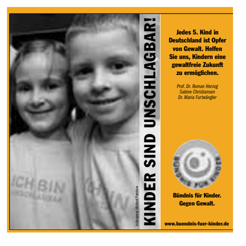
Kassel – Sonntag, 12. Dezember,

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Advents- und Vorweihnachtsfeier im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Dorothea Deyß und ihre Sänger werden die Teilnehmer mit einem schönen Programm erfreuen. Pfarrer i. R. Scherlies hält wieder die Weihnachtsansprache. Derartige Vortragsveranstaltungen der Königsberger Landsmännin sind immer sehr beliebt und stärken das Gemeinschaftsgefühl. – Bei der letzten Zusammenkunft gab der Zweite Vorsitzende Hermann Opiolla bekannt, dass der Vorstand der Anregung eines Mitglieds folgen will, die monatlichen Treffen der Gruppe ab Januar 2011 bereits um 14.30 Uhr beginnen zu lassen. Diesem stimmten alle Teilnehmer zu. Ruth Barthel erhellte den trüben Novembertag mit einer Folge abwechslungsreicher Gedichte (Hermann Löns), Erzählungen aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren in Ostpreußen (Surminski) und gemeinsam gesungenen bekannten Volksliedern.



Wiesbaden – Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. – Sonnabend, 18. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Sie erwarten Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Die Ansprache hält Pfarrer Dr. Holger Saal.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Sonnabend, 11. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier im Kurhaus Bad Bevensen. Umrahmt wird die Feier durch den „Kammerchor Lüneburg“, wobei die Weihnachtsgeschichte, Weihnachtslieder, ostpreußische Gedichte und Geschichten sowie Kaffee und Kuchen den Nachmittag abrunden werden. Gäste sind herzlich willkommen.

Braunschweig – Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem vorweihnachtlichen Beisammensein im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig.

Göttingen – Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“, Barfüßerstraße 5, Göttingen.

Osnabrück – Freitag, 17. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Dienstag, 21. Dezember, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Weiterführende Informationen zu den verschiedenen regelmäßig stattfindenden Treffen sowie zu der landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Die Ostpreußen aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis werden gemeinsam zum Deutschlandtreffen nach Erfurt fahren. Gefahren wird vom 27. bis 30. Mai 2011. Am Montag, 30. Mai unternimmt die Reisegesellschaft einen Abstecher nach Weimar. Quartier wird im Hotel Merkur, in der Altstadt von Erfurt, bezogen. Fahrtkosten / HP betragen 389 Euro im DZ, EZ-zuschlag 69 Euro. Es sind noch Plätze frei. Informationen und Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Dortmund – Montag, 20. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe in der Landgrafenschule Ecke Märckische Straße.

Düren – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum weihnachtlichen Beisammensein.

Düsseldorf – Mittwoch, 15. Dezember, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Sonnabend, 18. Dezember, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Weihnachtsfeier der Ostpreußen im Eichendorff-Saal, GHH. Bitte Kinder für die Weihnachtstüte unter Telefon 682318 anmelden. – Dienstag, 21. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert, Raum 311, GHH.

Ennepetal – Sonntag, 12. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier in der „Rosine“. – Donnerstag, 16. Dezember, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es werden belegte Brote, Kaffee und Kuchen sowie Gulaschsuppe gereicht.

Essen – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Advents- und Weihnachtsfeier der Gruppe in der Gaststätte „Stern Quelle“, Schäferstraße 17, 45127 Essen (Nähe des RWE-Turmes). Gäste sind immer herzlich willkommen. Weitere Informationen bei Bernhard Kehren, Telefon (0201) 626271, oder Julius Ermter, Telefon (0201) 9599877.

Gevelsberg – Freitag, 17. Dezember, 16.15 Uhr, Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen im „Keglerheim“, Hagenerstr. 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 13. Dezember, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 20. Dezember, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei U. Witt, Telefon (05241) 37343.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier im „Handelshof“.

Siegburg – Montag, 13. Dezember 2010, 18 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Restaurant Bonner Hof, Bonner Straße 80, 53721 Siegburg. Die Memellandgruppe Rhein-Sieg wird Gast der Veranstaltung sein.

Siegen – Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr, Vorweihnachtsfeier im kleinen Saal der Bismarckhalle, Siegen-Weidenau. Bei heimatlich-weihnachtlichen Beiträgen sollen ein paar harmonische Stunden verlebt werden. Der Vorsitzende des BJO, Stefan Hein, spricht über die Adventsfreizeit 2010 des BJO und des Deutschen Vereins in Osterode (Ostpreußen).

Wesel – Sonntag, 12. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe in der Heimatstube Wesel, Kaiserring 4. Dazu sind alle Landsleute und Heimatfreunde herzlich eingeladen. Für das gemütliche Beisammensein stehen Kaffee und Kuchen bereit. Mit Gedichten, Geschichten und Liedern zur Weihnachtszeit sollen ein paar besinnliche Stunden verbracht werden.

Witten – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 10. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 17. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier im Saal der Neustädter Trachtengruppe, Fröbelstraße 26, Erdgeschoss. Mitwirken werden unter anderem die Pianistin Christel Ochsenreiter und der Tenor Erich Lemke. Kuchenspenden können vormittags zwischen 10 und 10.30 Uhr im Saal abgegeben werden.

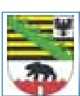


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 11. Dezember, 13 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im „Platner Hof“. Gäste sind herzlich willkommen.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Eschemuseum, Sachsenstraße 3, Limbach-Oberfrohna. Auch in diesem Jahr gestaltet Frau Süssel mit ihren Schülern ein kleines weihnachtliches Programm. Alle Landsleute und Interessenten sind ganz herzlich eingeladen. Hausgemachte Wurst wird wieder angeboten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 15. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“. – Donnerstag, 16. Dezember, Weihnachtsfeier im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 13. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im „Krötenhof“.

Giersleben – Freitag, 17. Dezember, 12 Uhr, Weihnachtsfeier mit Programm in der Gaststätte Zum Krug, Weteritz.

Halle – Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Ortsgruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54, Halle.

Magdeburg – Sonntag, 12. Dezember, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Jahresabschluss“ in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße, Magdeburg. – Dienstag, 21. Dezember, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter, Lemsdorferweg.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier im Restaurant Treffpunkt Mürwik, Kielseng 30, Flensburg. Bei Kaffee, Kuchen mit musikalischer Begleitung sowie Heimatliedern und Vorlesungen sollen ein paar schöne Stunden verlebt werden.

Pinneberg – Sonnabend, 11. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe. Anmeldung und nähere Informationen bei R. Schmidt, Telefon (04101) 62667, oder B. Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

---

ein Tierkreiszeichen – Filmschnittmeisterin – anziehend, begehrenswert – Geldeinnehmer – Unterlage; Bodenbelag – Wagenlenkerin – Stadt in Süditalien – ein Blutgefäß – emporkletternd (Pflanzen) – schließen, fest zumachen – kleines Lasttier – Fluss zur Aller (Oberharz) – im Jahre (lateinisch) – scherzhaft: eilig laufen – sorgfältig, umsichtig – Schiffszubehör – berühmt, weithin angesehen – Ding; Angelegenheit – Feuchtigkeit – altes Apothekergewicht – Haupthafen von Nigeria – poetisch: Kopf – Fleischgericht – offener Laubengang – Sagenkönigin von Sparta – Fisch-, Vogelfanggerät – Insel in der Ostsee – Schaft der Vogelfeder – Versprechen, Zusicherung – adliger Krieger im Mittelalter – sizilianischer Vulkan – metallhaltiges Mineral – Futterpflanze – Garten-, Flammenblume – Kletterpflanze – rahmenartige Einfassung – Sieger, Bester – ein helles Bier – Bund, Zusammenschluss – Sinfonie Beethovens – vornehm, zurückhaltend, ladylike – Geheimbund auf Sizilien – Gesteinsgebilde – Gesimsstreifen, Wandschmuck – Siedlungskern – gefühlskalt – niedersächsische Stadt – Abk. für Lukasevangelium – Staat in Südostasien – hinken (Pferd) – Fensterabdunkelung – betrügen, um etwas bringen – Tierpflege – schrill, durchdringend – Teigware – Eheschließung, Trauung – Sportveranstaltung – Schmuckstück – spaßig, komisch – Außenschicht bei Bäumen – Schwermetall – Gestalt aus „1001 Nacht“ – franz. Meeresforscher (Jacques) – ganz, vollständig – blütenlose Wasserpflanze – Schulabschlussprüfung (Kzw.) – eine Zahl – Frau Jakobs im A. T. – leer; ohne Laub – dt. Schauspieler (Götz) – dt. Schauspielerin (Hannelore) – zeitlos; immerzu – Marktbude – ausgebratener Speckwürfel – Kunststil im Mittelalter – theaterähnliches Gebäude – Region der Rep. Südafrika – ägyptische Stadt am Nil – reizend, entzückend – Kochsalz enthaltendes Wasser – ängstlicher Mensch, Memme – häufig, mehrfach – langschwänziger Papagei – römischer Dichter – Gewürz-, Heilpflanze – Stadt in Belgien – auf diese Weise – Seeheld der griechischen Sage – vollendet – rätselhafte Weissagung – besonders; außerdem – mittelasiat. Fürstentitel – lichte Glut, Flamme

PAZ10_49

So ist's richtig:

```
 W  A K  F  V  A O A
 ACHTSAM ANKER BEKANNT
HAUPT SACHE NAESSE N R
 GT ROSTBRATEN PERGOLA
AETNA IT EP  KIEL R AB
  E KLEE REUSE R ZARGE
 ERSTER PILSENER UNION
FRIGIDE HN E  FELS TS
 ZN VAREL  DAMENHAFT A
      ROLLO AU  GRELL
      BOXKAMPF  HEIRAT
       I  O RINDE E HS
       COUSTEAU GESAMT
      KAHL  L DREI LEA
         RK ALGE  STAND
       GRIEBE LE E D T
      FEIGLING WONNIG
       ON S  OVID ANIS
      ARGONAUT GENT SO
       G FERTIG ORAKEL
       EXTRA KHAN LOHE
```

Diagonalrätsel: 1. Bantam, 2. Heirat, 3. Kordel, 4. Verlag, 5. billig, 6. Dasein – Berlin, Madrid

Kreiskette: 1. Paneel, 2. Manege, 3. Makoré, 4. mokant, 5. Anteil – Panamakanal

Sudoku:

3	1	9	2	5	6	7	4	8
7	5	6	3	8	4	9	1	2
2	4	8	7	9	1	6	3	5
5	9	1	6	2	8	4	7	3
8	7	2	1	4	3	5	6	9
6	3	4	9	7	5	2	8	1
1	6	5	4	3	9	8	2	7
9	2	3	8	6	7	1	5	4
4	8	7	5	1	2	3	9	6

Sudoku

	1	9	2		6			8
								2
				9	1		3	
		1					7	3
8		2		4		5		9
6	3					2		
	6		4	3				
9								
4			5		2	3	9	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

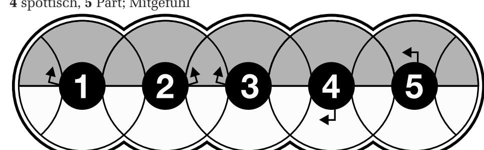
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei europäische Hauptstädte.

1 Gewichtsklasse im Kampfsport
2 Eheschließung
3 zusammengedrehte Schnur
4 Buch-, Presseunternehmen
5 nicht teuer
6 Realität, Leben

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Wasserweg zwischen dem Atlantik und dem Pazifik.

1 hölzerne Wandvertäfelung, 2 Zirkusschauplatz, 3 rotbraunes Hartholz, 4 spöttisch, 5 Part; Mitgefühl



Die Rechtslage in Polen ist heute »zu«

Prof. Wróbel: Chance auf Restitution nur für Aussiedler mit polnischem Pass – Die Lage könnte sich auch wieder ändern

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* setzt hiermit die Dokumentation über die internationale staats- und völkerrechtliche Fachtagung zum Eigentumsrecht und Enteignungsunrecht Ende Oktober 2010 im Ostheim in Bad Pyrmont fort (Schlussteil II).

Rechtsanwalt **Albrecht Wendenburg** aus Celle, der 1990/91 richtungweisende Verfahren sogenannter Alteigentümer in der ehemaligen DDR als Prozessanwalt durchführte, wies darauf hin, dass sich 1990 noch zwei Drittel der 1945/49 konfiszierten Flächen in Staatsbesitz befanden.

Der Referent schilderte den Verlauf der Verfahren, angefangen von dem Wunsch der Sowjetunion, die Gesetzlichkeit der Enteigungsmaßnahmen nicht in Frage zu stellen bis hin zu der politischen Entscheidung, die Enteignungen in der SBZ/DDR bis 1949 nicht zu revidieren, aber im Übrigen den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung" zu beachten. Letztlich habe dies im Einigungsvertrag dazu geführt, dass das Restitutionsverbot quasi Verfassungsrang bekommen habe, nicht aber der Grundsatz „Rükgabe vor Entschädigung". Wendenburg berichtete, dass die Verhandlungsführer der DDR sogar versucht hätten, das umstrittene Grundvermögen auf Bürger der untergehenden DDR zu verteilen.

Im Verfahren der Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht habe der damalige Präsident des Gerichts, Roman Herzog, der selbst an dem Gesetzgebungsverfahren mitgewirkt hatte, Druck auf den erkennenden Senat ausgeübt, so dass eine denkbar knappe Entscheidung mit der Stimme des Präsidenten gegen die beschwerdeführenden Enteigungsopfer getroffen worden sei. Im Verfahren selbst waren von den beteiligten Staatssekretären Klaus Kinkel (FDP) und Dieter Kastrup (SPD) „außenpolitische Zwänge" gegen die Rückgabe von Eigentum behauptet worden, wohingegen die Sowjetunion klargestellt hatte, dass ein Rückgabeverbot keineswegs Voraussetzung für eine Zustimmung zur staatlichen Einigung gewesen sei. Strafanzeigen wegen der im Raum stehenden Aussagedelikte von Kinkel und Kastrup seien von der zuständigen Generalstaatsanwaltschaft nicht angenommen worden mit der Begründung, es habe sich nicht um Zeugenaussagen gehandelt. Nach Ablauf der strafrechtlichen Verfolgungsfrist sei dann aber vom Bundesverfassungsgericht im Kostenverfahren doch entschieden worden, dass es sich um eine Beweisaufnahme, mithin bei den Aussagen der Staatssekretäre doch um Zeugenaussagen gehandelt habe.

Es gebe noch mehr Ungereimtheiten. So wurde in späteren Entscheidungen des Verfassungsgerichts die Auffassung vertreten, dass die Bundesregierung die Rechtslage hinsichtlich des behaupteten Rückgabeverbotes wie vorgetragen einschätzen durfte, auch wenn diese Einschätzung sich als unzutreffend erwiesen habe. Abschließend ging Wendenburg noch auf die nun mit Einschränkungen geschaffene Möglichkeit des begünstigten Eigentumserwerbs für Alteigentümer ein. Fast alle Rückübereignungs- und Entschädigungsverfahren dauerten unvertretbar lange. Dies eröffne die Möglichkeit der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus dem Gesichtspunkt der Amtshaftung.

Ministerialrat **Dr. Hermann Josef Rodenbach**, Berlin, war verhindert, doch sein Referat zum Entstehungsprozess und der praktischen Anwendung des Ausgleichsleistungs- und Entschädigungsgesetzes (EALG) und des NS-Verfolgten-Entschädigungsgesetzes (NS-VEntschG) lag schriftlich vor. Prof. Hans-Detlef Horn zitierte ausführlich daraus.

Danach sind die Entschädigungsfragen in einem Amtsermittlungsverfahren also in einem öffentlich-rechtlichen Verwaltungsverfahren zu klären. Dies ist Sache der Ämter zur Regelung der offenen Vermögensfragender in den neuen Bundesländern. Die Entschädigungsverfahren seien zunächst sehr langsam angelaufen. Nach gegenwärtiger Einschätzung werden die Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen nach dem EALG zwischen 2011 und 2015 mit einer ersten Bescheidung erledigt sein. Dagegen würden die Verfahren nach dem NS-VEntschG beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen erst 2018 erledigt sein.

Rechtsanwalt **Dr. Johannes Wasmuth** aus München referierte ebenfalls über das kommunistische Vertreibungs- und Enteignungsunrecht in der SBZ und DDR und analysierte dabei dessen deliktischen Charakter.

Wasmuth zeigte detailliert auf, dass es bei der Entnazifizierung beziehungsweise der Bodenreform in der SBZ und DDR von vorneherein nicht um eine bloße Enteignung zwecks gerechterer Verteilung von Privateigentum ging, sondern dass das Vorgehen vor allem auch Strafcharakter hatte. Großgrundbesitzer galten ebenso wie Inhaber großer Industrieunternehmen grundsätzlich als Klassenfeinde beziehungsweise Kriegsverbrecher. Ihnen widerfuhr schwerstes Unrecht, das mit äußerster Brutalität ausgeführt wurde. Die Beschuldigten wurden in drei Typen eingeteilt: Naziverbrecher, Naziaktivist oder Kriegsinteressent. Hierfür wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Beteiligung oder Verteidigungsmöglichkeiten des Betroffenen in Kommissionen der entsprechende Schuldvorwurf „festgestellt". Die Verfahren wurden oft durch Denunzianten eingeleitet. Dem Schuldvorwurf folgten neben dem Eigentumsentzug Sanktionen wie Zuchthaus, Gefängnis oder die Hinrichtung.

Die Bodenreform wurde in gleicher Weise repressiv durchgeführt, hatte also Verfolgungscharakter und war primär eine gezielte Massenvertreibung. Die Behauptung, es gehe vorrangig um eine gerechtere Eigentumsverteilung, sei ein Vorwand gewesen.

Bei der juristischen Aufarbeitung dieses Unrechtes nach 1990 habe die bundesdeutsche Justiz diesen politischen Verfolgungsaspekt nicht erkannt und die Bodenreform primär als vertretbare Enteignung angesehen, dies gelte auch für das Bundesverwaltungsgericht. Wasmuth äußerte die Auffassung, dass auch dem Verfassungsgericht Anfang der 90er Jahre der primäre Strafzweck der Enteignungen zwischen 1945 und 1949 und der Verfolgungszweck der Bodenreform schlicht unbekannt gewesen sei. Insbesondere seien dem Gericht die den Enteignungen vorausgegangenen Verfahren von Kommissionen, in denen ohne Öffentlichkeit und in Abwesenheit ein Schuldvorwurf gegen die Betroffenen festgestellt wurde, nicht bekannt gewesen. In Unkenntnis dessen hätten die Gerichte nur die bloße Konfiskation gesehen statt Rehabilitierungsrecht anzuwenden.

> Die Enteignungen in der SBZ waren oft von brutaler Verfolgung begleitet – doch die bundesdeutsche Justiz interessierte das nicht

Zur Lage in der Tschechischen Republik schilderte **Professor Dr. Jan Filip** aus Brünn anhand von Verfassungsgesetzen den Stand, die Schranken und die Perspektiven der tschechischen Restitutionspolitik. Mit Blick auf die wechselvolle Geschichte Böhmens zeigte er auf, wie der Lauf dieser Geschichte immer wieder auch durch Veränderungen der Eigentums- und Staatsangehörigkeitsverhältnisse gekennzeichnet war. Er griff dabei bis zur Schlacht am Weißen Berge im Jahre 1620 zurück, als der protestantische böhmische Adel enteignet wurde, und vertrat die Ansicht, dass von den letzten 400 Jahren der böhmischen Länder nur 43 Jahre als Zeit in Freiheit anzusehen sei. (Gemeint waren offenbar die Jahre 1918 bis 1938, 1945 bis 1948 sowie 1990 bis heute.)

Um darzulegen, welche Probleme sich im Jahre 1989 der Aufarbeitung der Eigentums- und Staatsangehörigkeitsverhältnisse stellten, verwies er auf die komplexen Zusammenhänge mit den Stichjahren 1920, 1938, 1939, 1945, 1948 und 1968. Mit Blick auf die Benesch-Dekrete erläuterte er die verfassungsrechtlichen Bestimmungen, wonach das Verfassungsgericht jede Bestimmung auf ihre Rechtmäßigkeit und Verfassungsmäßigkeit zu prüfen hat, solange die Vorschrift noch in Kraft und noch nicht aufgehoben ist. Vor diesem Hintergrund habe das Verfassungsgericht zum Dekret 108 die Auffassung vertreten, dass dieses keine rechtliche Wirkung und Funktion mehr habe – also obsolet sei – und deshalb nicht überprüft werden müsse. Dies sei insofern bemerkenswert, da Bestimmungen zwar noch formal gelten können, aber nicht angewandt werden. Professor Filip stellte sich bereitwillig allen kritischen Fragen auch zum letztgenannten Problemkreis. Er gestand ein, dass die Rechtslage nicht für alle Seiten voll befriedigend sei und nahm Bezug auf das Bibelwort, wonach es wahre Gerechtigkeit nur bei Gott gebe.

Dass es gelungen war, neben Prof. Filip aus der Tschechischen Republik auch **Prof. Dr. Andrzej Wróbel**, Richter am Obersten Gericht in Warschau, als Referenten zu gewinnen, ist gewiss ein besonderer Erfolg der Organisatoren der Tagung. Allerdings zeigte das Referat von Prof. Wróbel erwartungsgemäß keine Perspektive für eine – und sei es auch nur teilweise – Wiedergutmachung für durch Polen enteignetes deutsches Vermögen auf. Der Referent betonte, dass er sich nur juristisch, nicht politisch zu diesem Thema äußern könne. Er stellte klar, dass es in Polen nach wie vor keine Restitutionsgesetzgebung gebe mit Ausnahme bestimmter Regelungen über die Rückgabe von Vermögen der Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Aus der Sicht des Völkerrechts, so Wróbel, sei Wiedergutmachung von Enteignungen primär durch Restitution, aber auch durch Schadenersatz und Genugtuung möglich. Gegen eine Restitution im deutsch-polnischen Verhältnis spreche, dass die Folgen der Restitution nicht gegen innerstaatliches Recht verstoßen dürften.

Polnische Gerichte seien unmittelbar an die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) gebunden, entgegenstehendes polnisches Recht sei nicht anzuwenden. In ständiger Rechtsprechung vertrete der EMGH in Fragen von Eigentumsentzug, Restitution und Entschädigung fünf bis sechs Grundsätze. Zu diesen Grundsätzen gehöre, dass die Entziehung von Eigentum bzw. eines dinglichen Rechts eine einmalige, keine fortdauernde Handlung sei, wenn auch die Folgen bis heute andauerten. Ein Eingriff von 1945 könne nach dieser Rechtsprechung nicht gegen die erst später in Kraft getretene bzw. für Polen verbindlich gewordene EMRK und die Zusatzprotokolle verstoßen haben. Ein anderer Grundsatz laute, dass Fragen der Vermögensrückgabe dem staatlichen Ermessen unterlägen.

Restitutionsansprüche der Vertriebenen nach polnischem Recht seien nach Darstellung des Referenten nicht ersichtlich, „die Rechtslage ist zu". Daran seien polnische Gerichte gebunden. Wróbel räumte aber ein, dass sich die Lage eines Tages auch wieder ändern könne. Die für Warschau heikle jüdische Restitutionsfrage erwähnte Wróbel nicht.

Optimistischer als Restitutionsansprüche der Vertriebenen sieht Wróbel solche der Aussiedler. Vor allem werde heute die Geltung von Artikel 38 des polnischen Gesetzes vom 14. 7. 1961 (mit Novelle von 1969) angezweifelt. Danach wurde Aussiedlern rückwirkend nach dem Gesetz vom 8. März 1946 wie allen anderen Deutschen das Vermögen entzogen, weil sie durch Abgabe ihres Personalausweises und Erhalt eines Reisedokumentes ihre ihnen nach dem Krieg zuerkannte polnische Staatsangehörigkeit wieder verloren hätten. Wer die polnische Staatsangehörigkeit durch ein Bekenntnis zur polnischen Nation erlangt hatte, solle jedenfalls nach neuerer polnischer Rechtsprechung grundsätzlich sein Eigentum wieder zurückbekommen.

Wie zu den beiden vorangegangenen Fachtagungen zur Thematik „Eigentumsrecht und Enteignungsunrecht" (erschienen bei Duncker & Humblot, Berlin) soll auch zu diesem Symposium ein Tagungsband erscheinen.

Rauchzeichen und Duftmarken

Als Haremsdamen für Orienttabake warben – Ausstellung dokumentiert, wie die Zigarette zur Marke wurde

Der Tabakindustrie stehen harte Zeiten bevor. Die fast regelmäßigen Steuererhöhungen hat sie vergleichsweise gut weggesteckt, nun aber droht neues Ungemach aus Brüssel. Dort wird eine europäische Tabakproduktrichtlinie vorbereitet.

Ab 2012 will der EU-Gesundheitskommissar John Dalli Zigaretten und Tabake aus der öffentlichen Wahrnehmung verbannen, dann nämlich sollen sie nicht mehr sichtbar ausliegen, sondern hinter Rollläden, in Schränken oder Schubladen. Zudem sollen die Packungen in einem schlichten Weiß gehalten erstrahlen, allein der Markenname – allerdings in gleicher Schrift – darf

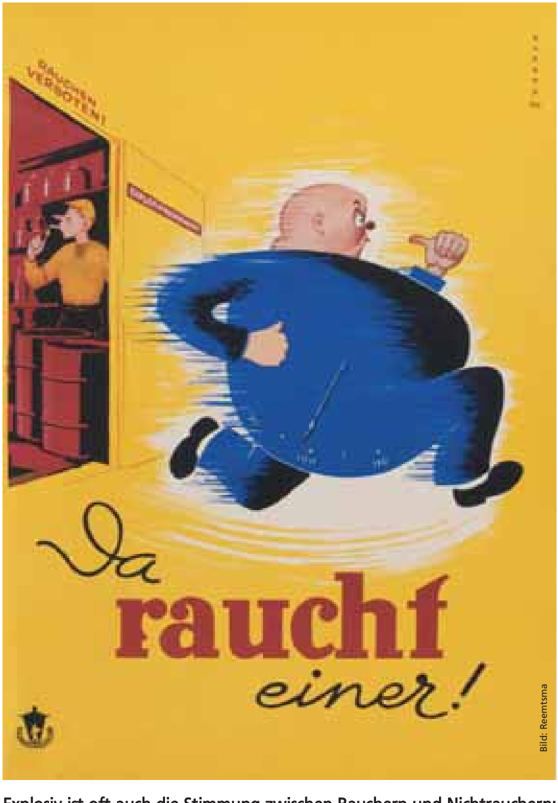
EU-Produktrichtlinie fordert ab 2012 weiße Packungen

dann auf der Packung zu lesen sein. Die jedoch soll auf beiden Seiten mit großflächigen Fotos bedruckt sein. Diese zeigen zur Abschreckung Organe, die durch das Rauchen geschädigt wurden.

Die Zigarettenindustrie läuft gegen diese Pläne Sturm, ob sie allerdings etwas erreichen kann, bleibt fraglich. Der Hamburger Hersteller Reemtsma sieht durch die neuen Vorschriften seine Markenrechte verletzt. Wie wichtig Markenname und Werbung sind, kann man auf einer Ausstellung im Hamburger Museum der Arbeit erahnen. Dort werden Packungen, Plakate, Werbeaufsteller, historische Fotografien sowie Maschinen zur Herstellung von Zigaretten gezeigt und ein Blick auf die 100-jährige Geschichte des Unternehmens Reemtsma sowie auf ein wichtiges Kapitel der deutschen Marken- und Werbegeschichte geworfen.

Bei kaum einem Thema scheiden sich die Geister so sehr wie beim Rauchen. Von 1991 bis 2009 sank in Deutschland der Pro-Kopf-Verbrauch bei Zigaretten von 1831 auf 1055 Stück, bei Feinschnitt (loser Tabak) stieg er im selben Zeitraum von 190 Gramm auf 297 Gramm. Seitdem die Nikotinliebhaber auf die Straße verbannt und anderweitig ausgegrenzt wurden, stehen sie auch gleichermaßen in einem Ghetto. So soll die Hamburger Ausstellung auch nicht als geschickte Werbemaßnahme verstanden werden. „Wir wollen natürlich keine Raucherausstellung machen“, so Kurator Stefan Rahner, „sondern das Thema Reemtsma vor allem dafür nutzen, ein Panorama deutscher Werbegeschichte zu zeichnen.“

Auf etwa 700 Quadratmetern sind mehr als 500 Bilder und Objekte zu sehen, fast zu viel für einen ungeschulten Museumsbesucher. Wenn man sich allerdings einige persönliche Highlights aussucht, dann findet man bald Gefallen an der Präsentation. Der Rezensentin gefielen vor allem die Plakate und Packungen, fühlte sie sich doch an die eigene Vergangenheit erinnert. Als angehende Werbefachfrau erlebte sie damals hautnah, wie viel Arbeit dahinter steckt, bis eine solche Packung oder ein Plakat mit einem treffenden Slogan fertiggestellt wurde. Hier ein Strich mehr, dort ein Punkt – in Rot vielleicht? –, alles wurde eingehend diskutiert und dann dem Kunden präsentiert. Oft genug hieß es dann, noch einmal alles von vorn. Der richtige Werbespruch und auch das Motiv auf Plakaten und in Anzeigen mussten einprägsam sein. „Der Duft der großen weiten Welt“ wurde geradezu zu einem geflügelten Wort. Bei der warnenden Frage „Wer wird denn gleich in die Luft gehen“ sieht man vor dem geistigen Auge bis heute das kleine aufgeregte Zeichentrickmännchen, das unbedingt eine Zigarette zur Beruhigung brauchte.



Explosiv ist oft auch die Stimmung zwischen Rauchern und Nichtrauchern: Plakat zur Unfallverhütung in der chemischen Industrie (1950)

Das Versprechen, mit einem Glimmstängel zur nötigen Gemütsruhe zu gelangen, ist fast so alt wie die Werbung selbst. Es gab aber auch Zeiten, da hielt man das Nikotin für besonders belebend. Davon kündet ein seltsames Instrument, das in der Ausstellung zu bestaunen ist. Ein wenig mutet es wie eine besondere Pfeife an, und das ist es auch, wenngleich in „umgekehrter“ Richtung. Das Tabakrauchklistier stammt aus dem Jahr 1850 und sollte Ertrunkene und Scheintote ins Leben zurückrufen.

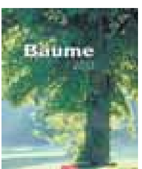
Ästhetisch und wunderschön waren die Packungen der Orienttabake, auf denen Beduinen oder Haremsdamen zu sehen waren. Ob man heute allerdings noch eine Packung verkaufen würde, auf der ein Araber im Burnus und mit der Rechten den Lauf seiner Flinte haltend zu sehen ist, dürfte fraglich sein. *Silke Osman*

Die Ausstellung im Museum der Arbeit, Wiesendamm 3, Hamburg, ist bis zum 20. März 2011 dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, sonntags bis 18 Uhr, montags von 13 bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 6 / 4 Euro, der Katalog aus dem Junius Verlag kostet 24,90 Euro.

In Kürze

»Mein Freund der Baum«

In diesem Jahr ist es die Vogel-Kirsche, davor war es der Bergahorn und 2008 der Walnussbaum. Für 2011 hat die „Dr.-Silvius-Wodarz-Stiftung Baum des Jahres“ die Elsbeere (Sorbus torminalis L.) zum Baum des Jahres erkoren. Eine Baumart, die nach einer aktuellen Umfrage die meisten Menschen bisher gar nicht kannten. Der Baum ist selten und hat eines der edelsten Hölzer, eine attraktive und relativ späte Blüte, eine wundervolle Herbstfärbung und Früchte, mit denen man hochwertige Delikatessen herstellen kann.



Am internationalen Tag des Baumes (25. April) hat man die Möglichkeit, seinen „Lieblingsbaum“ zu besuchen. Vielleicht fällt einem bei dieser Gelegenheit ein, was man unter seinen Zweigen Besonderes erlebt hat – Schutz vor Unwetter, Schatten an einem heißen Sommertag, den ersten Kuss.

„Mein Freund der Baum“ singt Alexandra gefühlvoll, und die Demonstranten von „Stuttgart 21“ bemühten sich redlich, Bäume vor der Kreissäge zu bewahren. Ein Kalender für das Jahr 2011 wird gerade Baumfreunden eine Freude bereiten, versammeln sich dort doch meisterhafte Fotos von verschiedenen Bäumen zu allen Jahreszeiten, von der Stieleiche bis zum Bergahorn. *os*

***Rudolf Wittmann: „Bäume“**, Kalender 2011, Weingarten Verlag, Unterhaching 2010, 12 Blatt, Spiralheftung, 29,95 Euro*

Nürnberg bietet mehr als Lebkuchen

»Deutschlands Weihnachtsstadt« begeisterte schon den böhmischen Dichter Adalbert Stifter

Nürnberg ist ein Gesamtkunstwerk. Die innigste Liebeserklärung an die Reichsstadt stammt aus der Feder des Dichters Adalbert Stifter, der 1869 eine zeitlang in ihren Mauern weilte: „Nürnberg ist die schönste Stadt, die ich je gesehen habe. Die Zierlichkeit, Heiterkeit und Reinheit dieser mannigfaltigsten Schönheitslinien erfüllte mich mit den wohltuendsten Empfindungen.“ Wer die Reste der Altstadt mit ihren holperigen abschüssigen Gassen, den herrlichen Fachwerkhäusern und munter sprudelnden Brunnen

Viertel wie im Mittelalter

durchstreift, fühlt sich ins Mittelalter zurückversetzt.

Es soll Musikliebhaber geben, die nach einer Aufführung der „Meistersinger von Nürnberg“ auf dem nicht allzu fernen Grünen Hügel in Bayreuth erst einmal in die Altstadt Nürnbergs abtauchen. Dort suchen sie Erholung von der „entsetzlichen“ Inszenierung und träumen sich vor Ort in das alte Nürnberg des Hans Sachs zurück.

Der Weg führt automatisch zum Hans-Sachs-Brunnen am Weißen Turm. Er porträtiert in nahezu barocker Manier das pralle Leben des großen Sohnes der Stadt. Monumentale Figuren bevölkern das Becken, die das „bittersüße ehlich Leben“ – das wohl berühmteste Gedicht des Poeten – besingen. Neben seiner künstlerischen Funktion erfüllt das Werk des Braunschweiger Bildhauers Jürgen Weber einen sehr praktisch-ästhetischen Zweck. Er verdeckt den Schacht der nahen U-Bahn, deren Geräusche vom Plätschern des Brunnenwassers übertönt werden. Ein grandioses Beispiel eleganter Gestaltungskunst ähnlich dem Ensemble anmutiger Häuser aus dem 14. Jahrhundert mit ihren schweren Eichentüren und bleiverglasten Butzenscheiben in der Zirkelschmiedgasse. Davor ein Biergarten wie aus dem Bilderbuch, in dem man im Dezember mit einem Glas Glühwein in der Hand das winterliche Nürnberg genießt. Ein Paar köstliche goldbraune Bratwürste aus der Historischen Bratwurstküche „Zum Gulden Stern“ – die anerkannt besten Würste der Stadt – gehören einfach dazu. Wenn es um kulinarische Genüsse geht, dürfen die berühmten Nürnberger Lebkuchen natürlich nicht fehlen. Auch hier gibt es wieder ein „Best of“ – in diesem Falle die „Confiserie Café Neef“ in der Winklerstraße. Kurz vor dem Fest aller Feste ist genau vor Zeitpunkt für eine Lebkuchen-Verkostung, strahlt Besitzer Karl Neef und gibt gleich einige Geheimnisse bezüglich der Herstellung seines Backwerks preis.

„Lekoung“, wie sie in Nürnberger Mundart heißen, sind die reinsten Kalorienbomben und bestehen fast ausschließlich aus Nussmasse und Honig. „Mehl ist kaum drinnen“, erklärt der König aller „Lebküchner“ und lässt die Besucher seine Elisenlebkuchen probieren – süße Träume, die auf der Zunge zergehen.



Nürnberg im Lichterglanz: Im Zauber des Christkindlesmarkts — Bild: Verkehrsverein Nürnberg

Die Tradition der Lebkuchenbäckerei ist sehr alt und reicht bis ins Mittelalter zurück. Nürnberg besaß neben Wildhonig aus den umliegenden tiefen Wäldern und zentnerweise Mandeln sowie Nüssen dank seiner internationalen Handelsbeziehungen auch jene exotischen Gewürze, die dem Gebäck erst seinen einzigartigen Geschmack verleihen.

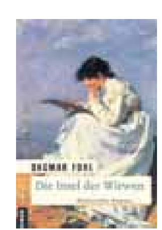
Jetzt zur Weihnachtszeit ist die ganze Stadt angefüllt mit diesem Aroma, das sich mit dem Geruch frischer Tannenzweige, gebrannter Mandeln und Glühweins zu einem betörenden Duftcocktail verdichtet. Überhaupt – und da sind alle Liebhaber dieser schönen Stadt einer Meinung – ist Nürnberg so etwas wie „Deutschlands Weihnachtsstadt“. Diesen Qualitätsbegriff sollten sich die Nürnberger eigentlich gesetzlich schützen lassen ganz so wie ihre Bratwürste und Lebkuchen. Denn nirgendwo anders ist die Vorweihnachtszeit von einer so ausgelassenen Heiterkeit geprägt wie hier. Die ganze Stadt putzt sich weihnachtlich heraus. Straßen und Häuser sind festlich geschmückt. Den strahlenden Mittelpunkt aber bildet der „Christkindlesmarkt“, das „Städtlein aus Holz und Tuch“, das auf dem Hauptmarkt. Dieser Markt blickt auf eine 400-jährige Tradition zurück und zeichnet sich gegenüber den meisten anderen Märkten durch die hohe Qualität der an den Holzbuden und Ständen angebotenen Waren aus. Das Christkindl, ein in güldene Gewänder gehülltes Kind, hat auch in diesem Jahr wieder das große Volksfest eröffnet.

Auf eine Besonderheit sind die Einheimischen besonders stolz: Kurz vor dem Fest beschert das Christkindl die kleinen Patienten in den Nürnberger Kinderkliniken. Ein Brauch, den auch die

Krippenausstellung im Handwerkerhof

vielen italienischen Touristen sehr zu schätzen wissen. „Die sind ganz wild auf unsere deutschen Weihnachtsbräuche“, freut sich eine alteingesessene Nürnbergerin. „Denn so was Schön's ham's daheim nicht.“

Auch der Handwerkerhof am Königstor gegenüber dem Hauptbahnhof lohnt einen Besuch. Kleine, aber feine Handwerkerläden und Werkstätten laden zum Schauen, Einkaufen und Verweilen ein. Und wo es so „weihnachtet“, ist eine Krippenausstellung nicht fern. Zauberhafte Krippen, die den Besuchern Ahs und Ohs entlocken, sind hier bis einschließlich 30. Dezember kostenlos zu besichtigen. *Uta Buhr*



Dunkle alte Zeit

Karges Leben am Meer

Noch heute kann ein Tag am Wattenmeer bei Kälte und trübem, ungemütlichen Wetter sehr aufs Gemüt schlagen. Und dabei ist die nächste warme Stube, das nächste gemütliche Café oder Restaurant häufig nicht weit entfernt. Dagmar Fohls historischer Roman „Die Insel der Witwen“ spielt Mitte des 19. Jahrhunderts auf der fiktiven Insel Taldsum, einer Insel mitten im friesischen Wattenmeer.

Das Leben der Bewohner von Taldsum ist jedoch selten gemütlich. Sie leben von der Seefahrt, die Witwen, deren Männer auf See bleiben, fristen mit ihren Kindern ein karges Dasein. Doch als bittere Ironie des Schicksals sind es havarierte Schiffe, deren Wrackteile und Ladung an Land der Insel gespült werden, welche bei den Bewohnern für Feuerholz, Essen und Kleidung sorgen.

Im Mittelpunkt von Dagmar Fohls Erzählung steht die junge Seemannswitwe Keike Tedsen, eine starke Frau, welche verbissen und verbittert versucht, sich und ihre zwei Töchter durchzubringen. „Es wehte ein kräftiger Nordwest. Keike stromerte mit Stine und den Mädchen den Strand entlang. Sie hatten Glück. Es regnete nicht und Nissen und seine Leute waren auch nicht in Sicht. Sie suchten den Meeressaum nach Nützlichem ab. Sie hatten Kiepen und Beutel dabei. Und ihre Messer. Sie waren Tag und Nacht unterwegs, um Strandgut zu sammeln. Ohne Strandgut konnten sie nicht leben ... Wenn sie sich erwischen ließen, drohten ihnen hohe Geldstrafen oder Zuchthaus. Oder Prügel. Knudt Nissen prügelte, wenn man in seine Fänge geriet. Der Strandvogt und seine Leute waren immer unterwegs.“

Sehr düster und intensiv sind Dagmar Fohls Beschreibungen. Die Schriftstellerin, die Geschichte und Romanistik studiert hat, beschwört in „Die Insel der Witwen“ eine beklemmende, unbehagliche Stimmung herauf. Auch die Tatsache, dass die mutige Keike eine leidenschaftliche Affäre mit dem verheirateten Andreas Hartmann, dem Hamburger Ingenieur des auf der Insel geplanten Leuchtturmes, hat, bringt kein rechtes Licht in die Düsternis.

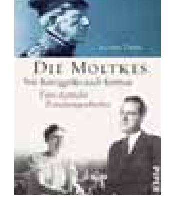
Fischerwitwe kämpft ums Überleben

Es scheint eine Insel der Verdammten zu sein und so balancieren auch Keike und Andreas immer am dunklen Abgrund ihrer Psyche entlang. Besessen voneinander, von der Leidenschaft füreinander und von der Angst, einander wieder zu verlieren, so beschreibt Dagmar Fohl eindrucksvoll die Gedanken der zwei gemarterten Seelen.

Eine Liebe, die scheinbar genauso wenig dazu bestimmt ist, Freude, Glück und Wärme zu spenden wie das zermürbende harte Leben auf der grauen, diesigen Insel Taldsum, der selbst ein Leuchtturm, und mag dessen Leuchtfeuer auch noch so hoch und hell über die Erde strahlen, kein Licht zu bringen vermag.

Vanessa Ney

***Dagmar Fohl: „Die Insel der Witwen“**, Gmeiner Verlag, Meßkirch 2010, broschiert, 273 Seiten, 12,90 Euro*



Ungelenke Annäherung

Schwaches Familienporträt über die Moltkes

Armer Autor Thies! Den einzigen Höhepunkt seiner fahrigen Familiensaga hat ihm schon 1972 der DDR-Autor Hermann Kant in seinem Roman „Das Impressum“ vorweggenommen – den (verbürgten) Streit zwischen einem sowjetischen Stadtkommandanten und einem SED-Funktionär um ein Moltke-Denkmal in Parchim, den der Rotarmist gewinnt: Moltke blieb auf seinem Sockel, bis zum heutigen Tag!

Auch Thies lässt den „Generalfeldmarschall“ auf seinem Sockel, herausragend aus den Moltkes als „kaum zu überblickender familiärer Großverband“, aus dem er drei Personen auswählt: Neben Generalfeldmarschall „Moltke dem Älteren“ (1800–1891) erscheinen noch Generalstabchef „Moltke der Jüngere“ (1848–1916), unter dessen militärischer Führung der Erste Weltkrieg bereits nach wenigen Wochen verloren war, und Helmuth James von Moltke (1907–1945), für Thies nur ein angeblicher Widerstandskämpfer und eher ein Playboy voller Angst vor „Tyrannenmord“ und „zweiter Dolchstoßlegende“.

Im Anhang teilt Thies mit, welche Bibliotheken, Archive und Nachlässe er zur Abfassung des Buchs konsultiert hat, und die dabei gefüllten Zettelkästen stülpt er dem Leser gnadenlos über den Kopf. Seine hölzerne Sprache wird mitunter unfreiwillig komisch aufgelokkert, etwa durch Pleonasmen („Testversuch“, „weitertradieren“), Anleihen an modernem Nonsensjargon („beide waren begabte Netzwerker“) und gelegentlich karnevaleskem Geraune: „Hinsichtlich des Kriegsausgangs hatte der kleine Helmuth James kein gutes Gefühl“ – 1914, als Siebenjähriger! Auch manche Fehler des Textes sind massive Querschläger, etwa wenn Thies aus dem Begründer der Kroatischen Bauernpartei den „kommunistischen Bauernführer Stjepan Radic“ macht.

Charakterisierungen zwar gut gemeint, aber zu hölzern

Die Moltkes stammen aus Dänemark und haben als „europäische Familie“ in vieler Herren Länder gedient. Thies möchte ihr Chronist sein, weil „es erstaunlicherweise ... keine Gesamtgeschichte der Familie gab“, belässt es dann aber bei den drei erwähnten Moltkes, deren Porträts ihm unversehens als recht schonungslose Entlarvungen geraten. Den „Nationalhelden“ Moltke d. Ä. porträtiert er als kriegslüsternen Kommisskopp, rüden Antisemiten, „katastrophalen“ Franzosenhasser, Begründer der „Blitzkrieg-Strategie“, der dem Staatsmann Bismarck nicht das Wasser reichen konnte. Interessant an der frühen Karriere Moltkes sei allein sein mehrjähriger Türkeiaufenthalt 1836/40, der ihn – neben seiner Hauptaufgabe als Militärberater – als aufmerksamen Geographen und Ethnographen auswies.

Sein Neffe Helmut Johannes von Moltke machte als „Moltke-Ikone im Umfeld des Kaisers“ Karriere bis zum Generalstabschef, starb aber 1916, damals bereits als „religiöser Phantast“ und militärischer Stümper weitgehend isoliert. Und bei dem „Widerstandskämpfer“ Helmut James von Moltke bleibt der Leser im Ungewissen, was für ein Widerstand das gewesen sein soll – wohl nur der gegen NS-Behörden, die ihn zum Verkauf seines Gutes Kreisau zwingen wollten.

Lesenswert sind in Thies' Buch vor allem die Passagen über die „starken Frauen“, die die Moltkes ehelichten, mit Vorliebe aus der „englischsprachigen Welt“. Ein eigenes Kapitel ist Dorothy Rose Innes gewidmet, ab 1905 Ehefrau von Helmuth Adolf Edo von Moltke, einem für jegliche zivile oder militärische Verwendung untauglichen Moltke. Was er nicht vermochte, leistete seine englische Frau – das Gut wirtschaftlich auf Kurs halten, notfalls mit „Geldspritzen“ ihrer südafrikanischen Familie. Thies zitiert mit spürbarem Vergnügen aus ihren Briefen, wofür ihm der Leser dankbar sein sollte: Die Kommentare und Spitzen dieser geistvollen Frau, mit denen sie Kaiser und Führer bedenkt, sind so köstlich, dass sie eine eigene Gesamtausgabe verdient hätten.

Wolf Oschlies

***Jochen Thies: „Die Moltkes – Von Königsgrätz nach Kreisau – Eine deutsche Familiengeschichte“**, Piper Verlag, München 2010, gebunden, 374 Seiten, 22,95 Euro*



Sterben in großer Kälte

Ostpreußin erinnert sich an ihre Flucht und das Lagerleben in Dänemark

Elisabeth Götz hat im fortgeschrittenen Alter ihre Lebensgeschichte „Im Winter 1945 zu Fuß durch Ostpreußen“ für ihre Enkel erzählt und aufgeschrieben. Als Überschrift hat sie den dramatischsten Teil daraus gewählt, den sie als zehnjähriges Mädchen erlebt hat.

Sie beginnt mit ihrem glücklichen Leben in Ostpreußen: „Insterburg war eine wunderschöne Stadt. Wir waren glücklich und zufrieden.“ Es folgt die Beschreibung der wahrlich dramatischen Flucht mit ihrer Mutter zu Fuß durch Ostpreußen und über das zugefrorene Frische Haff. Sie erlebt ein tausendfaches Sterben in großer Kälte, Hunger und Beschuss durch sowjetische Flieger. Es gelingt ihnen schließlich, in Gdingen (damals Gotenhafen) auf ein deutsches Schiff zu kommen, das sie bis nach Kopenhagen bringt. Ein dritter ausführlicher Abschnitt betrifft die zweieinhalb Jahre in Lagern in Dänemark. Kaum minder dramatisch ist anschließend das Flüchtlingsleben in der Französischen Zone im Südschwarzwald, das dann freilich immer besser wird, so dass der Südschwarzwald zu einer Heimat für die dort gegründete Familie wird. Das Schlusskapitel unter der Überschrift „Mein verlorenes geliebtes Ostpreußen“ beschreibt eine Reise im Jahre 2002 mit ihrem Ehemann in die ostpreußische Heimat und insbesondere nach Insterburg. Der verwahrloste Zustand des russisch gewordenen Teiles von Ostpreußen ist bedrückend.

Die ganze Lebensgeschichte wird aus der Perspektive des kleinen Mädchens und der heranwachsenden jungen Frau erzählt und wirkt daher sehr lebendig, konkret nach- und mitfühlbar, und gut lesbar. Das unglaublich dramatische Fluchtgeschehen aus dem heute so fernen Ostpreußen, das Lagerleben in Dänemark und das erste, sehr ärmliche Leben im Westen Deutschlands werden in dieser Erzählung außerordentlich lebendig und bedrückend geschildert. Wie wenig ist davon bis heute in das historische Wissen und Bewusstsein der Deutschen eingegangen! Die Lektüre dieses kleinen Buches ist daher in höchstem Maße empfehlenswert.

Prof. Dr. Helmut Sauer

***Elisabeth Götz: „Im Winter 1945 zu Fuß durch Ostpreußen – Eine wahre Geschichte“**, 144 Seiten, zu beziehen über die Autorin, Heutelstraße 4, 78052 Villingen-Schwenningen, 10 Euro*

Krankheit als lohnendes Geschäft

Krankenhäuser, Ärzte, Kassen und die Pharmaindustrie profitieren vom System

„Die medizinische Forschung hat so viele Fortschritte gemacht, dass es überhaupt keine gesunden Menschen mehr gibt“ (Aldous Huxley). Können wir heute noch behaupten, dies sei eine Übertreibung? Der österreichische Medizinjournalist Bernd Ehgartner ist nicht dieser Ansicht. Sein neues Buch „Gesund bis der Arzt kommt – Ein Handbuch zur Selbstverteidigung“ richtet sich daher an Kranke und Gesunde. Ihnen können seiner Auffassung nach gesundheitliche und finanzielle Nachteile entstehen, wenn sie naiv in das Medizinsystem hineingeraten. Vor dem Hintergrund bestehender Eigeninteressen von Pharmaindustrie, Krankenhäusern und Ärzten bestehe Anlass zur Sorge angesichts einer Reihe von bedenklichen Tendenzen; auf diese Botschaft lässt sich die Fülle von angeschnittenen Themen hinunterbrechen. Zur Erinnerung: 167 Milliarden Euro flossen 2009 über den Gesundheitsfonds in die gesetzlichen Krankenkassen. 2009 wurde die Berücksichtigung schwerwiegender und kostenintensiver chronischer Krankheiten in das Verteilungskonzept des Gesundheitsfonds mit aufgenommen. Für 80 Krankheiten erhalten die Kassen aus dem Fonds Extra-Zuschläge, während die Ärzte zusätzliche Gewinne durch „Höherstufungen“ von bestehenden leichten Erkrankungen erzielen. Zeitnah senkten die medizinischen Fachgesellschaften die Grenzwerte für Blutzucker oder Cholesterin ab, so dass nun mehr Menschen als vorsorglich behandlungsbedürftig eingestuft werden – „um die Zahl angeblich gefährdeter Patienten in die Höhe zu schrauben?“, fragt Ehgartner provokativ.

Tatsächlich sind Prävention und neue Therapien schon länger ein lukratives Geschäft, was dazu geführt hat, dass nutzlose und sogar schädliche Therapien in großem Stil durchgeführt werden. Einige Beispiele kann Ehgartner anführen. So bieten Firmen teure Gentests an, wobei das Ergebnis im Endeffekt einem Orakel gleichkäme. Dank des neuen Gesundheitssystems gäbe es ein „geschickt eingefädeltes Zusammenspiel von Pharmaindustrie, Forschungsinstituten und Ärzten“. Jeder einzelne sei gut beraten, selbst herauszufinden, was für ihn sinnvoll ist. Auch die sogenannte Fangprämie für weitergeleitete Patienten an Krankenhäuser ist eine Methode, die zu Missbrauch einlade. Häufig sind es Privatpatienten und Kassenpatienten mit einer Zusatzversicherung, die überversorgt werden: „Für Patienten wird heimlich eine Kopfprämie kassiert: Wenn sie eine Zusatzversicherung haben, wird bei ihnen jede nur denkbare Untersuchung und jeder Eingriff vorgenommen, der sich den Kassen in Rechnung stellen lässt.“ Seinen mehr oder weniger ausführlich begründeten Warnungen lässt der Autor jeweils „Tipps zur Selbstverteidigung“ folgen. Diese Ratschläge sind teilweise nützlich, teilweise haben sie kaum Neuigkeitswert.

»Fangprämien« für neue Patienten

Es ist auch kein Geheimnis, dass die Pharmaindustrie wenig transparent ist. Sie hat mittlerweile ein Beinahe-Monopol im Bereich der klinischen Forschung erreicht, während die Grundlagenforschung vom Steuerzahler getragen wird. Die Pharmakonzerne investieren hohe Summen in Marketing und Werbung, fördern politische Parteien und senden ein Heer von Lobbyisten aus, um die Entscheidungsträger zu umschwärmen, und nach wie vor werden neue Produkte zu Phantasiepreisen auf den Markt gebracht. Man engagiert „Wissenschaftler als korrupte Mietmäuler“, und es wurden sogar Studien gefälscht, um Medikamente auf dem Markt zu halten. Ehgartner bietet seinen Lesern also eine Mischung von Neuem und Bekanntem, Fakten und weitreichenden Vermutungen, wodurch Spekulationen Tür und Tor geöffnet werden. Immerhin lässt sich dank der Hinweise auf Fachliteratur einiges nachforschen. Sinnvoller wäre es aber gewesen, die stoffliche Fülle auf bestimmte Einzelfallanalysen einzugrenzen.

Dagmar Jestrzemski

***Bernd Ehgartner: „Gesund bis der Arzt kommt – Ein Handbuch zur Selbstverteidigung“**, Lübbe, Bergisch-Gladbach 2010, kartoniert, 315 Seiten, 16,99 Euro*



Tag am Meer

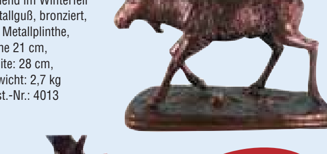
Kalender für 2011

Einmal einen Tag in freier Natur verbringen, das ist der Wunsch so vieler Städter. Wer in Norddeutschland lebt, der fühlt sich oft zum Meer hingezogen, schließlich ist der Weg an die Küste meist nicht allzu weit. Nun findet aber nicht jeder die Zeit für einen Ausflug ans Meer. Da mag ein Kalender mit großformatigen Fotografien über dieses Manko hinweghelfen. Der Weingarten-Verlag bietet für 2011 eine ganze Reihe Begleiter durch das Jahr zu diesem Thema an. „Ein Tag am Meer“ (26,95 Euro) enthält Fotografien von Bernd Kohlhas, der auf Usedom und Borkum war, in Frankreich, England und der Dominikanischen Republik. Dort hat er Küstenstriche mit der Kamera festgehalten, die nicht nur bei Reiselustigen Lust auf mehr machen. Die erfüllt Gabi Reichert mit ihren Fotografien in dem Kalender „Sehnsucht nach dem Meer“ (29,95 Euro). Sie hat Großbritannien und Frankreich besucht und dort wilde Küstenareale gefunden. Vor allem aber hat es ihr Norwegen mit den Inselgruppen Lofoten und Vesterålen angetan.

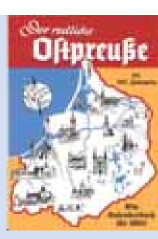
Vor diesen wilden Küsten müssen Seefahrer aller Zeiten durch Leuchtfeuer geschützt werden. Seit eh und je sind Menschen von diesen Warnzeichen fasziniert, seien sie nun traditionell rot-weiß gestreift oder einfarbig rot oder weiß. Fotografen aus aller Welt haben diese „Lichter im Meer“ (24,95 Euro) mit der Kamera festgehalten – von Norwegen bis Neuseeland, es sind aber auch die Leuchtfeuer von Hiddensee und List auf Sylt zu finden. Ein Kalender aus dem Harenberg Verlag (14,99 Euro) befasst sich eingehend mit dieser Insel in der Nordsee. Beeindruckende Fotografien mit ausführlichen Erklärungen sowie eine Wochenchronik und Zitate zur Geschichte machen diesen Kalender zu einer Fundgrube für historisch interessierte Sylt-Fans. Das Herz eines jeden Leuchtturm-Fans schlägt höher beim Betrachten eines schon durch das Format (33,5 x 98 cm) auffälligen Kalenders mit Leuchtturm-Motiven aus aller Welt (42 Euro). Zu sehen sind tosende Wellen um die Leuchtfeuer von Cap Finistère in Frankreich sowie waghalsig anmutende Bauten auf schroffen Klippen in Irland und Spanien. *os*

Elch, großes Standbild

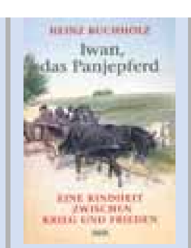
Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013



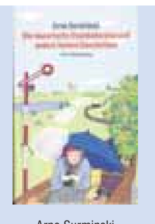

€ 149,95



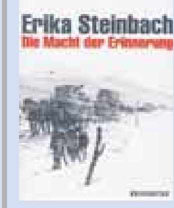
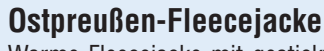
Der redliche Ostpreuße 2011
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7049, € 9,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95

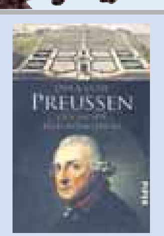
Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

Ostpreußen-Fleecejacke
Warme Fleecejacke mit gestickter Elchschaufel auf der linken Brust. Die Elchschaufel ist in Wappenform gestickt und hat die Maße: Breite 4,5 cm Höhe: 5 cm
Die Jacke ist wind- und wasserdicht und mit einer atmungsaktiven Membran versehen, modisch geschnitten und läßt sehr angenehm tragen. Sie für Damen und Herren gleichermaßen geeignet und verfügt über zwei Außen- und zwei Innentaschen.

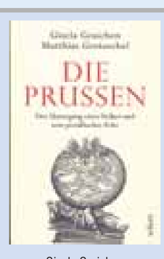


Größe XXL, Best.-Nr.: 7040
Größe XL, Best.-Nr.: 7007
Größe L, Best.-Nr.: 7008

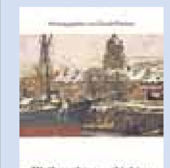
je € 54,95



Uwe A. Oster
Preußen - Geschichte eines Königreichs
Geb., 384 Seiten, 16 meist farbige Bildtaf. und 2 einf. Übersichts-Karten
Best.-Nr.: 7042, € 22,95



Gisela Graichen
Die Prussen
Der Untergang eines Volkes und sein preußisches Erbe
Geb., 239 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7047, € 19,95



Gundel Paulsen
Weihnachtsgeschichten aus Ostpreußen
Kart., 141 Seiten
Best.-Nr.: 3004, € 6,95

Arno Surminski
Die schönsten Weihnachtsgeschichten aus Masuren

Weihnachten ist alles möglich. Da kommen die Engel durchs Schlüsselloch und die guten Geister fliegen durch den Schornstein. Wer stimmungsvolle Geschichten liebt und es sich in der Advents- und Weihnachtszeit gemütlich machen möchte, für den ist dieses Weihnachtsbuch genau das Richtige. Masuren ein Land wie aus einer anderen Zeit, schlicht und bodenständig, dabei voller Überraschungen. Meinetwegen kann Weihnachten anfangen mit diesem wunderschönen Geschenkbuch auf jeden Fall. Mit Erzählungen von Annemarie von Au, Paul Brock, Ruth Geede, Bogumil Goltz, Michael Kluth, Siegfried Lenz, Agnes Miegel, Hermann Sudermann, Arno Surminski, Christa Wank

Geb., 313 Seiten mit 48 Farbabbildungen
Best.-Nr.: 6726, € 24,95



Wolf und Renate von Strahlendorff
Die Wurzeln der Vergangenheit reichen tief
Gedanken über Geschichte vor Ort. Geb., 380 Seiten
Best.-Nr.: 7061, € 19,80

Marion Junker
Weihnachten im alten Ostpreußen
Dunkel und kalt war es, der Schnee lag dicht auf weiter Flur und eine unheimliche Stille breitete sich draußen aus, während in den gemütlichen Stuben das Feuer knisterte, alte Geschichten erzählt wurden und über allem der Duft von Pfefferkuchen und Tannengrün lag. So erinnern sich viele Menschen an die Weihnachtszeit vergangener Tage in Ostpreußen. Die Beeinflussung durch verschiedene Kulturen, die eigentümliche Vermischung von Volksgruppen und die unentwegte Veränderung der Bräuche führten zu einer ungewöhnlichen Vielfalt weihnachtlichen Brauchtums - um das Fest auszuschmücken, aber auch das Glück zu locken und das Böse von Haus und Hof fernzuhalten.
Geb., 173 Seiten
Best.-Nr.: 5980

€ 14,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Der PMD wünscht Ihnen eine schöne Adventszeit

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Thorsten Schulte
Silber ist das bessere Gold
Ein geflügelter Spruch lautet: »Silber ist das Gold des kleinen Mannes«. Thorsten Schulte, der Silberexperte Nr. 1 in Deutschland, ist aber davon überzeugt, dass Silber in Wahrheit das Gold des klugen Mannes ist. Noch immer steht Gold im Mittelpunkt des Interesses. Zu Unrecht, denn die Chancen von Silberinvestments sind bedeutend größer als die des Goldes. Dieses Buch klärt auf über historische Preisentwicklungen von Gold und Silber, Förderzahlen, die noch vorhandenen Bodenschätze, die großen Nachfragetrends, bestehende und zukünftige Anwendungsgebiete und vielem mehr. Detailliert wird sowohl die »Angebotsseite« als auch die »Nachfrageseite« von Silber dargestellt. Bei alledem ist dem Verfasser ein ganzheitlicher Ansatz wichtig. Untersucht wird anhand umfassender historischer Daten, ob Immobilien berechtigt als Betongold bezeichnet werden können, Aktien als Inflationsschutz taugen und warum Papiergeldansprüche höchst gefährdet sind. Thorsten Schulte vergleicht Silberinvestments mit anderen Anlagemöglichkeiten und stellt eindrucksvoll die großartigen Gewinnchancen heraus. Der Verfasser will aber auch wachrütteln, was die Fehler und Ungerechtigkeiten unseres heutigen Weltfinanzsystems angeht. Er beleuchtet Zukunftstrends, beispielsweise in den Schwellenländern und an den Rohstoffmärkten. »Sachwert schlägt Geldwert« ist die Kernbotschaft auf der Grundlage einer umfassenden Analyse des Zustands unserer Weltkapitalmärkte und der Weltwirtschaft. Aber so einfach dieser Grundsatz klingen mag, so schwierig gestaltet sich die richtige Antwort in der Vermögensanlage. Der Leser erfährt, warum Silber die richtige Antwort auf die große, vor uns liegende Krise ist.
Geb., 256 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7060, € 19,95

Große Deutsche Märsche

Nur wenige Exemplare vorhanden!

Die beliebtesten deutschen Märsche erinnern an die große Tradition preußischer, bayeri er Militärmusik: Alte Kameraden, Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Preußens Gloria, Des Großen Kurfürsten Reitermarsch, Badenweiler Marsch, Radetzky-Marsch u.v.a. Es spielen das Luftwaffenmusikkorps 3, das Marine-Musikkorps Ostsee und das Polizeiorchester Potsdam.



Laufzeit: 42 Minuten
Best.-Nr.: 7053

€ 12,95

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert
1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.



Best.-Nr.: 6899

€ 13,90

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen



Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90



Oh, es riecht gut
Weihnachtslieder und Musik für unsere Kleinsten
Oh, es riecht gut, Bald nun ist Weihnachtszeit, Laßt uns froh und munter sein, Bimmelt was die Straße lang, So viel Heimlichkeit, Hört doch in den Stuben, Horch, jetzt klopft es an der Tür u.v.m.
Best.-Nr.: 6869, € 12,95



Morgen kommt der Weihnachtsmann
Die schönsten Kinderlieder zur Weihnacht
Morgen kommt der Weihnachtsmann, Schneeflöckchen, Weißröckchen, Vorfreude, schönste Freude, Laßt uns froh und munter sein u.v.m.
Best.-Nr.: 6710, € 12,95

Elch, Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627



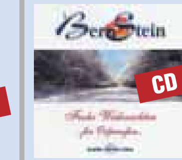
€ 99,95

Maurice Philip Remym
Mythos Bernsteinzimmer
Der Autor geht dem rätselhaften Mythos des Bernsteinzimmers nach und lüftet endlich das Geheimnis um seinen Verbleib. Zum Beweis seiner These wartet der ausgewiesene Kenner der deutschen Geschichte, den dieses Thema seit mehr als fünfzehn Jahren fasziniert, mit vielen neuen Fakten und historischen Dokumenten auf. Wieso haben KGB und Stasi sich einen erbitterten Kampf geliefert und die Wahrheit über die Geschichte des Bernsteinzimmers verschleiert? Welche Interessen steckten dahinter? Und wieso nahmen die westlichen Medien diese Legenden so begierig auf? Mythos Bernsteinzimmer ist eine hochspannende Rekonstruktion der Hintergründe des Überfalls auf Russland, des Untergangs der alten deutschen Stadt Königsberg — und erstmals eine überzeugende Erklärung dafür, warum das Bernsteinzimmer jenseits aller Faszination zum Mythos werden konnte.
Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 2270, € 14,95

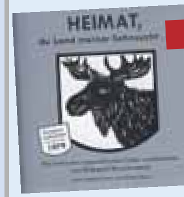
Restposten



Schneeflöckchen, Weißröckchen
Kinderlieder und Gedichte zur Weihnacht
Schneeflöckchen leise, Schneeflöckchen, Weißröckchen, Frau Holle, Frau Holle, Schneeflöckchen tanze, Schneemann, wie siehst du denn aus u.v.m.
Best.-Nr.: 6711, € 12,95



BernStein
Frohe Weihnachten für Ostpreußen
15 weihnachtliche Lieder und Gedichte,
Laufzeit: 37:15 Min.
Best.-Nr.: 6690, € 14,95



„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979
Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder
- Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön
- Zogen einst fünf wilde Schwäne
- Wild flutet der See
- Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
1 Französisches Signal Ausrücken; 2 Preußisches Signal Alarm; 3 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 1 - 3; 4 Geschwindmarsch (AM II. 131); 5 Marsch Kurhannoversche Gardeartillerie (AM III. 103); 6 Beim Siegesfeuer (Flamme empor) Strophen 1 - 4; 7 Schwedischer Kriegsmarsch (AM II. 241); 8 Signal und Marsch 7. Kurhannoversches Infanterie Regiment; 9 Die Gedanken sind frei Strophen 1 - 3; 10 Marsch der Kurhannoverschen Garde-Grenadiere (AM I. 76); 11 Ein Jäger aus Kurpfalz (AM II. 243); 12 Ballade vom Schill bei Dodendorf Strophen 1 - 3, 7; 13 Infanterie-Signale, Kanon; 14 Die Schlacht bei Leipzig; 15 Regimentssignal 2. Hannoversche Jäger; 16 Marsch der Freiwilligen Jäger (AM II. 239 u. AM III. 124); 17 Marsch 2. Kurhannoversches Jägerbataillion (AM II. 232); 18 Schwedische Reitersignale; 19 Marsch der Cambridge Dragoner; 20 Marche des Soldats de Robert Bruce; 21 Jubelmarsch für König Ernst August von Hannover; 22 Alt-Österreichisches Signal: Zum Gebet!; 23 Ich hatt' einen Kameraden Strophen 1 - 3; 24 Preußisches Signal: Ruf zum Gebet!; 25 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 4 - 6; 26 Hannoverscher Zapfenstreich; 27 Yorkscher Marsch (AM. II 37); 28 Krönungsmarschmusik mit Preußenlied Strophen 1, 4; 29 Schwedisches Reitersignal
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin. Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891



€ 13,90

Marianne Kopp und Ulf Diederichs (Hrsg.)
Als wir uns fanden, Schwester, wie waren wir jung
Agnes Miegel an Lulu von Strauß und Torney
Briefe 1901 bis 1922
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 6786, € 22,00



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95



49/10
PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Gefährliches Baltikum

Brüssel – Litauen und Estland haben EU-weit die höchsten Mordraten. Mit 8,8 Morden pro 100 000 Einwohner im Jahr liegt Litauen ganz vorn, Estland folgt mit 6,6. Am sichersten ist es in Österreich mit nur 0,6 Morden auf 100 000, gefolgt von Deutschland mit 0,8. Zum Vergleich: In den für ihre hohe Kriminalität bekannten USA liegt die Rate bei 5,0. Die Zahlen gab Eurostat für die Jahre 2006 bis 2008 bekannt. *H.H.*

Mittels Facebook überführt

Tel Aviv – Etwa 1000 israelischen Frauen wurde ihr Profil beim Freundesnetzwerk Facebook im Internet zum Verhängnis. So war das israelische Militär verwundert, dass inzwischen 43 Prozent der weiblichen Wehrpflichtigen aus „Glaubensgründen“ den Dienst an der Waffe verweigern, obwohl nur 20 Prozent der Bürger als gläubig gelten. Ermittler schauten sich nun die Facebook-Profile vieler Dienstverweigerer an und sahen unter anderem Fotos, die die Damen in kurzen Röcken oder in nicht koscheren Restaurants zeigten. *Bel*

ZUR PERSON

Der unbekannte Spitzenkandidat

Eigentlich wollte der Chef der Jungen Union, Philipp Mißfelder, nur eine Eselsbrücke schaffen, doch die misslang gründlich. Da **Reiner Haseloff**, der Spitzenkandidat der Union für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011, selbst in der eigenen Partei nicht so bekannt zu sein scheint, schlug Mißfelder vor, an den „Knight Rider“-Star David Hasselhoff zu denken. Was von dem 32-Jährigen nett gemeint war, kam vermutlich bei Mitgliedern der Jungen Union nicht an, denn die meist jüngeren Mitglieder kennen Hasselhoff nicht als Star der in den 80er Jahren produzierten Serie, sondern nur aus Schlagzeilen wegen seiner jüngsten Alkoholexzesse. Derartige Assoziationen hat Haseloff keineswegs verdient, zumal er so unbekannt nicht sein kann, schließlich erhielt er bei der Wahl in den CDU-Vorstand 80,4 Prozent, obwohl nur 1,8 Prozent der Delegierten aus Sachsen-Anhalt stammen.



Vielleicht war die Zustimmung aber auch so groß, weil die Delegierten mit dem seit 2006 amtierenden Magdeburger Minister für Wirtschaft und Arbeit schlicht nichts Negatives verbinden. Der Physiker macht unauffällig seine Arbeit und betont im Hinblick auf die in seinem Bundesland starke Partei „Die Linke“ gern, dass Deutschland zu schade für ein erneutes sozialistisches Experiment sei. Der Wunschnachfolger der CDU von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer selbst trat bereits 1976 in die Ost-CDU ein und hat somit eigene DDR-Erfahrungen. Allerdings hat er studieren dürfen, was daraufhin deutet, dass der verheiratete Vater von zwei Kindern den offenen Konflikt mit dem SED-Regime vermied. Derzeit ist er aber in Erklärungsnot geraten, da sein Ministerium über die Jahre 4,4 Millionen Euro Fördergelder zu viel genehmigt hat. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Geplante Kapitulation

Warum Beust auf Sylt bleiben sollte, was von der eisernen Angela zu halten ist, und wieso unsere Souveränität dringend weg muss / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Viele, die auch schon im Winter dort waren, loben die majestätischen Wolkengebirge über dem Horizont. Schwärmen von der kargen Schönheit der Dünen, auf denen sich das schroffe Gras im Nordseesturm wiegt.

Anderen ist auf Sylt einfach nur langweilig in der kalten Jahreszeit. Baden abgesagt, kein „Sehen und gesehen werden“ im Gartencafé und viel zu früh dunkel. Ole von Beust mopst sich furchtbar. Das konnte er nicht vorhersehen, es ist sein erster Altenteilswinter. Doch Beusts Lieblingsinsel scheint den erst diesen Sommer abgetretenen Hamburger Bürgermeister ganz und gar nicht auszufüllen.

Da trifft es sich gut, dass zu Hause gerade alles in die Grütze geht. Nach dem Bruch von Schwarz-Grün rutscht seine CDU auf bis zu 22 Prozent bei den Umfragen, am 20. Februar sind Neuwahlen. Es sieht alles ganz scheußlich aus. Da wirft sich Ole von Beust, jahrelang der unangefochtene Super-Ole von der Alster, erneut in die Schlacht. Er will seinem sandigen Küsten-Kyffhäuser entsteigen und die Partei in höchster Not aus selbiger retten! Als Wahlkämpfer.

Daheim hält sich die Entzückung darüber in Grenzen. Das Angebot erinnert dort an den Piloten, der sich, nach Ausfall aller Maschinen längst abgesprungen, aus dem sicheren Schlauchboot an die abstürzenden Passagiere wendet: Haben Sie keine Furcht, ich bin im Geiste ganz bei Ihnen!

Wer hatte sie denn in dieses schwarz-grüne Unwetter hineingeflogen? Nun sitzt Hilfspilot Christoph Ahlhaus allein in der Kanzel und fingert hastig an den Knöpfen herum.

Die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel interessiert das alles schon nicht mehr. Sie hatte vor Monaten die Lust am schwarzgrünen Kurs verloren und den Radarschirm einfach abgeschaltet. Ihre Hamburger Pfadfinder in Sachen „neue Mehrheiten“ werden ziemlich einsam zerschellen.

Merkel will nicht mehr „weiche Mitte“ machen, sondern richtig harte Sachen sagen. Das kommt zurzeit besser an. Wir müssen aber nicht bange werden: Hart reden heißt ja nicht unbedingt auch hart handeln. Im Zeichen der allgemeinen Verunsicherung kommt der Glanz der eisernen Rüstung, den Merkel in den Euro-Krisen auszustrahlen sucht, bei den Deutschen aber prächtig an. Dass die anderen Europäer sie als gnadenlose Teutonen-Walküre beschimpfen, passt ihr da gar nicht schlecht. Die deutsche Kanzlerin warte – wie die germanischen Schildmaiden – immer erst ab, bis ein Euroland tot auf dem finanziellen Schlachtfeld liege, bevor sie ihre Hand reiche, fauchen sie.

In Wahrheit ist das ein ungerechtes Urteil: Merkels Herz ist aus Gold, moderner gesprochen: aus Geld, dem Geld der deutschen Steuerzahler. Und sie wird dieses Herz rechtzeitig über unseren europäischen Freunden ausschütten.

> Im Walkürenglanz der Kanzlerin merken wir nicht, in welchen Sumpf wir gerade gesteuert werden

Noch kann sie das nicht offen sagen. Mit ihrem schneidigen Walküren-Glanz wäre es schnell aus, wenn die Deutschen zu früh mitbekämen, in welchen Sumpf sie gerade gesteuert werden. Finanzminister Schäuble hat seine (und Merkels) Not der Londoner „Financial Times“ anvertraut: Er brauche noch einige Monate, um den Bundestag davon zu überzeugen, dass er Budgetrechte an die EU abtreten müsse. Dann jedoch, so die Botschaft, wird das gehen. Das mit der „nationalen Souveränität“ hält der Minister jedenfalls für eine Marotte von gestern. Die europäischen Partner müssten dabei aber mitziehen, so Schäuble zu den Briten.

Also mal der Reihe nach: Der deutsche Finanzminister bittet das europäische Ausland, die deutsche Politik dabei zu unterstützen, den deutschen Volksvertretern die Hoheit über deutsche Steuereinnahmen zu entwinden. Sein einziges Problem: Die Abgeordneten würden das vielleicht mit sich machen lassen, aber was sagt das Volk, um dessen Geld es geht? Seine ganze Hoffnung ruht auf zwei Säulen: Dem Gedächtnisschwund der Deutschen und ihrer Unfähigkeit, das Allerwahrscheinlichste vorherzusehen. Im Gedächtnis lauert die Erinnerung, wie überaus „souverän“ die Deutschen auf den Lasten ihrer Vereinigung sitzen gelassen wurden von ihren Freunden und Partnern. Argwöhnisch achteten sie damals darauf, dass kein Pfennig und kein Cent weniger in ihre Zuschusstöpfe floss, nur weil die Deutschen da jetzt ein „Sonderproblem“ haben. So blieb Deutschland trotz allem selbst in den 90ern Hauptnettozahler.

Das änderte sich auch nicht, als dieses Land in eine fast zehnjährige Stagnation nach der Euro-Einführung fiel, während am Mittelmeer die Party stieg. Um zwischen Einheitslasten, EU-Nettozahlungen und Strukturwandel zu überleben, schnurrten die Deutschen ihre Löhne und Sozialhilfen zusammen, vernachlässigten Straßen, Schulen und was noch alles und lebten nur mehr für den Export.

In den sauren 20 Jahren wollte den Deutschen keiner an ihre „Souveränität“. Sollen die doch sehen, wie sie zu Potte kommen – uns geht's doch gut. So schallte es von Hellas bis Irland.

Ja, das war gestern. Aber das haben die Deutschen bestimmt schon alles vergessen, gute Europäer, wie wir sind. Daher wird es uns gar nicht wundern, wenn nun auf einmal, von Hellas bis Irland, von einer gemeinsamen europäischen Haushaltskasse geträumt wird, in die jeder nach seinem Vermögen sein Scherflein einwirft. Und sich jeder nach seinen Bedürfnissen bedienen kann.

Halt, halt! Das hört sich aber verdammt nach europafeindlichem Populismus an! Hier werden die Deutschen nach altbekannter Manier gegen die EU aufgehetzt. Das schadet dem europäischen Gedanken, unserer gemeinsamen Währung und der griechischen Frühverrentung mit 50 (Apropos: Über eine Beschneidung der „Souveränität“ beim Renteneintrittsalter redet niemand. Es geht ja auch nicht über eine gerechte Verteilung der Lasten, sondern der Früchte!)

Bevor wir jedoch zur gemeinsamen Kasse kommen, sollen Übergangslösungen den Weg zum deutschen Geld ebnen. Die Euro-Länder könnten alle gemeinsam die Schulden garantieren, ist so eine Idee. Dann wären alle gleich kreditwürdig. Mit einem ähnlichen Garantie-für-alle-Manöver hat Irland vor zwei Jahren erfolgreich seine Banken gerettet – und sich selbst ebenso erfolgreich in den Hades befördert. Ja, ich weiß: Schönes Vorbild, werden Sie sagen. Aber das Desaster ist dort immerhin erst zwei Jahre später offensichtlich geworden, und wir reden hier doch von „Sofortlösungen“. Wen interessiert Deutschlands Lage in zwei Jahren?

Nicht verzeihen wollen uns die Freunde und Nachbarn Merkels Ausrutscher, dass irgendwann auch die Gläubigerbanken der Staaten an den Risiken beteiligt werden sollen, statt alles bei den Steuerzahlern abzuladen. Solches Gerede mache die Märkte nervös, haut man den Deutschen um die Ohren.

Aha, die „Märkte“. Manchmal würgt in einem die giftige Frage empor, zu wessen Nutz und Frommen wir den Euro eigentlich retten sollen. Zu unserem eigenen, sagt man uns. Na ja, je mehr die Deutschen zahlen, helfen und garantieren, desto heftiger schlägt uns blanker Hass aus dem europäischen Ausland entgegen. Der Leiter des Madrider Büros des „European Council on Foreign Relations“, José Ignazio Torreblanca, schimpft: Deutsche Rücksichtslosigkeit, nicht spanischer Immobilienwahn und Schuldenmacherei, sei an der Krise schuld. Die Probleme Spaniens hätten „nicht zu Hause begonnen, sondern in Deutschland“.

Das wird Schäuble den deutschen Abgeordneten auch noch beibringen müssen, damit sie unser Geld in die Hände der Torreblancas dieser Welt geben. Das dauert aber noch ein paar Monate, wie er ja schon den Briten gesteckt hat. Bis dahin muss Merkel weiter wie eine Löwin dagegen ankämpfen, um nach ihrer geplanten Kapitulation sagen zu können: „Wir haben uns unter maximaler Wahrung deutscher Interessen der europäischen Verantwortung gestellt.“ ¡Salud!

MEINUNGEN

*Der Publizist **Burkhard Müller-Ullrich**, Deutscher und Schweizer zugleich, verteidigt im „Focus“ vom 6. Dezember den **Schweizer** Volksentscheid zur **Abschiebung** krimineller Ausländer:*

„Die Mehrzahl der Menschen spürt, dass Toleranz und Therapie nichts fruchten bei Leuten, die für die Rechtsordnung in ihrem Gastland bloß Hass und Verachtung übrig haben. Dabei ist diese Vorschrift (zur Abschiebung) eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Gastfreundschaft endet immer da, wo der Gast unfreundlich wird.“

*Altkanzler **Helmut Schmidt** springt in „bild.de“ seinem vom SPD-Ausschluss bedrohten Parteifreund **Thilo Sarrazin** zur Seite:*

„Sarrazin hat recht, was die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit vieler Moslems betrifft.“

Hey hey Wiki ...

*Allein schon, was im Namen steckt,
verrät, dass Wikileaks bezweckt,
gehörig anzuecken,
denn „leak“ bedeutet „lecken“.*

*Wie gar in dem Zitat, o
Schreck?
Nein, nein, primär heißt „leak“ ja
„Leck“ –
und Löcher bloßzulegen
bringt auch nicht grade Segen!*

*Da hat sich also wer erkeckt
und Peinlichkeiten aufgedeckt,
auf weißen Westen Flecken
und manchen Dreck am Stecken.*

*Das hat Bewegung
ausgelöst,
sind doch selbst Große bloß
entblößt,
wenn jemand sie entkleidet –
und damit Geister scheidet:*

*Denn eigentlich hat jedermann,
der Politik nicht ändern kann,
wie meist bei solcherlei Malheur
zumindest Spaß dran als Voyeur!*

*Zugleich hat's aber Zorn
geweckt
bei andern, denen's nicht so
schmeckt,
bei Paten aller Arten
und Diensten, nicht ganz zarten.*

*Wird nämlich Transparenz zu groß,
dann sind Agenten arbeitslos,
und das darf nicht passieren,
drum galt es zu agieren.*

*Und seht, zum Heile unsrer Welt
hat prompt es sich herausgestellt,
dass dieser Wiki-Knabe
wen vergewaltigt habe!*

*Ein Schwedenmädel, mit
Gewalt?
Na und – man schafft's ja, eh'
es knallt,
selbst Grund für Krieg zu finden
und andern aufzubinden.*

*Nur ist vielleicht der Doktor No
ein bloßer Strohmann oder so?
Und wenn, wer zieht die Fäden?
Gewisslich keine Schweden!*

*Die Frage, wem die Sache
nützt
– auf die sich sonst ein Fahnder
stützt –
die bringt hier zwar Gemunkel,
indes kein Licht ins Dunkel.*

*Weshalb konkret zu
fragen wär':
Wem schadet's höchstens
peripher? –
Doch manchmal ist's
gescheiter,
man schweigt und bohrt
nicht weiter ...*

Pannonicus